11. Jahrgang 1963 / Postverlagsort: Stuttgart 1. Heft / Januar

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

SIGMUND NEUMANN
Demokratische Staatsgestaltung im Gesellschaftswandel

WALTER BAUM
Marine, Nationalsozialismus und Widerstand

CONRAD ROEDIGER
Die Hilfsaktion für Griechenland 1942/44

HANS-ULRICH WEHLER
„Reichsfestung Belgrad"

DOKUMENTATION
Adenauers Opposition gegen die Gleichschaltung des Preußischen Landtags 1933

FORSCHUNGSBERICHT / NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluke

Schriftleitung:
DR. HELMUT KRAUSNICK
München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Sigmund Neumann . . Der demokratische Dekalog Staatsgestaltung im Gesellschaftswandel . . . 1

Walter Baum . . . . Marine, Nationalsozialismus und Widerstand . 16

Conrad Roediger . . Die internationale Hilfsaktion für die Bevölkerung Griechenlands im Zweiten Weltkrieg . 49

MISZELLE

Hans-Ulrich Wehler . „Reichsfestung Belgrad" 72

DOKUMENTATION

Der Beginn der „Gleichschaltung" in Preußen. Adenauers Haltung in der Sitzung des „Dreimännerkollegiums" am 6. Februar 1933 *(R. Morsey)* 85

FORSCHUNGSBERICHT

Lothar Gruchmann . Das Forschungsvorhaben „Die Justiz im Dritten Reich" 98

NOTIZEN 103

BIBLIOGRAPHIE *1*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 43 36 51. Preis des Einzelheftes DM 7.– = sfr. 8.05; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 24.– = sfr. 26.40 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 19.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.
Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Dieser Nummer liegt ein Prospekt des Sigbert Mohn Verlags und der Deutschen Verlags-Anstalt Stuttgart bei.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

11. Jahrgang 1963 1. Heft/Januar

SIGMUND NEUMANN †

DER DEMOKRATISCHE DEKALOG

STAATSGESTALTUNG IM GESELLSCHAFTSWANDEL

Während der Drucklegung des folgenden Artikels – dem ein Festvortrag zugrunde liegt, der am 7. Mai 1962 anläßlich der Einweihung des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin gehalten wurde – ist sein bereits von schwerer Krankheit gezeichneter Verfasser am 22. Oktober 1962 in Middletown/USA gestorben. Die Verdienste Sigmund Neumanns um die politische Wissenschaft, insbesondere um die Parteiengeschichte, wie auch um die erste Deutsche Hochschule für Politik in Berlin sichern ihm ein ehrenvolles Andenken. Sein eindringlicher und sehr persönlicher Appell zur Besinnung auf die „Grundkategorien" der Demokratie und auf die Erfordernisse für ihre Bewährung – denn darum handelt es sich bei aller Strenge und Klarheit in der folgenden Untersuchung – ist nunmehr vollends eine Art Vermächtnis geworden. *H. R.*

Die Wissenschaft von der Politik ist eine verantwortungsreiche und anspruchsvolle Disziplin. Im Mittelpunkt ihrer Bemühungen steht der Mensch in seiner Beziehung zu Staat und Gesellschaft. Sie ist in diesem tiefsten Sinne politisch, indem sie uns direkt anspricht und täglich zur Entscheidung herausfordert.

Ihre Geburtsstunde ist nicht von ungefähr in den Perioden der großen historischen Umbrüche zu suchen, wenn Staat und Gesellschaft in eine kritische Spannung geraten, wenn überkommene Wertbegriffe und Maßstäbe in Frage gestellt und erneut geprüft werden müssen. Die Meister der modernen politischen Theorie, Hobbes und Locke, Montesquieu und Rousseau, Lorenz von Stein, Karl Marx und J. S. Mill und alle anderen waren Zeitgenossen aufwühlender Konflikte. Wir leben gewiß wiederum in solch herausfordernden Krisenzeiten, die zur geistigen Besinnung aufrufen.

Politik als Wissenschaft hat weder die Aufgabe, persönliche Willensentscheidungen abzunehmen noch grandiose Prophezeiungen zukünftiger Entwicklung zu verkünden. Was ihr allein zusteht, ist das Bemühen, die politische Wirklichkeit in ihren Tatbeständen, in ihren Strukturzusammenhängen und ihren bestimmenden Willenskräften aufzudecken. Diese sachliche Fundierung allerdings ist Voraussetzung für eine verantwortungsbewußte und umfassende politische Entscheidung. Mit solcher stolzen Aufgabe sind grundlegende Schwierigkeiten verbunden. Um ihnen zu begegnen, sind gewisse Warnungszeichen und Spielregeln am Platze. Andeutungen müssen genügen. Wir können unter fachmännischen Freunden Stenographie sprechen. Sie können ohne Schwierigkeiten die Fußstapfen der verbor-

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

genen Fußnoten entdecken, welche oft heißumstrittene Probleme und Auseinandersetzungen unter den internationalen Spezialisten reflektieren.

Die Tatsache, daß die Politische Wissenschaft den Menschen als Subjekt und Objekt ihrer Bemühungen umschließt, bringt die vieldiskutierte und oft mißverstandene Frage von der Wertfreiheit der Wissenschaft auf. Es mag hierzu kategorisch gesagt werden: die beste Garantie einer objektiven Erfassung des gegebenen Tatbestandes ist die klare Erkenntnis der eigenen subjektiven Position, die häufig der wirkliche Grund unserer Beschäftigung mit dem Untersuchungsobjekt ist. (Wenn man Kopfschmerzen hat, merkt man plötzlich, daß man einen Kopf hat.) Erst in seiner Krisenzeit, wenn der Staat nicht mehr eine unausgesprochene Selbstverständlichkeit ist, werden wir seiner Problematik und Existenz gewahr. An ihrer gegenwärtigen Gefährdung erkennen wir unsere vitale Verbundenheit mit der Demokratie. Sobald solche tiefen persönlichen Verflechtungen, und mitunter Vor-Urteile eingangs bewußt erfaßt sind, wird der einsichtige Forscher allerdings doppelt bemüht sein müssen, die echte Stärke und werbende Überzeugungskraft des politischen Gegners objektiv zu erfassen, um ihm gegenüber voll gewappnet zu sein. Es ist nicht nur naiv, sondern geradezu lebensgefährlich, einen Widersacher zu unterschätzen oder falsch zu bewerten. Solche vorausgehende Selbstanalyse ist zugleich die natürliche Verpflichtung des Forschers und Lehrers, die seine Kollegen und Schüler zu abwägender Stellungnahme zwingt. Jedermann ist sein eigener Historiker, Kritiker und Prophet.

Diese beständige Selbstkontrolle im Prozeß der Wirklichkeitserfassung wird durch eine zweite weniger sichtbare Schwierigkeit belastet. Alle Sozialbegriffe sind zeitlich und örtlich bedingt und müssen darum von jeder Generation und in jedem Lande stets neu überprüft werden. In dieser Beziehung leiden wir allerdings allzu häufig an einem typischen „time lag" – einer Zeitverzahnung. Obwohl der Politik von ihren großen Repräsentanten die stolze Aufgabe zugeschrieben wird, bahnbrechendes Vorausdenken zu sein, reflektiert ihre Realität oft das genaue Gegenteil. Wie es mit anerkannten militärischen Strategien und geltenden Verfassungen meist geschieht, so hinken auch politische Theoreme oft um Jahrzehnte nach. Das 20. Jahrhundert ist gewiß keine Ausnahme. Wie treffend wurde von der Schlacht bei Jena berichtet, daß es der Sieg Napoleons war über die Armee Friedrichs des Großen – um 20 Jahre veraltet.

Die wirkliche Verfassung, wie Lassalle einst das Parallelogramm der sozialen und politischen Kräfte bezeichnete, wird selten von der geschriebenen Konstitution erfaßt, die allzu häufig die letzte und nicht die gegenwärtig drohende Krise beantwortet. Und selbst wenn die Weimarer Verfassungsväter umsichtig die westlichen Vorbilder in Betracht zogen, so sahen sie nur fiktive Konstruktionen einer inzwischen radikal gewandelten anglo-amerikanischen Verfassungswirklichkeit. Dies führte zu bedenklichen Fehlschlüssen.

Um ein gegenwärtiges Beispiel anzuführen: Wir leben im wesentlichen noch mit dem romantischen Revolutionsbegriff der 19ten Jahrhundertmitte und sind darum allzu häufig in unserer Strategie hoffnungslos veraltet. Das weittragende

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Geschick des tschechoslowakischen Umbruchs von 1948 ist ein tragischer Beweis, wie gefährlich solche Überalterung sein kann. Die historische Spannung zwischen theoretischer Formulierung und Wirklichkeitserfassung zu überwinden und beide Dimensionen in zeitgemäßen Einklang zu bringen, wird damit viel mehr als eine wissenschaftliche Klarstellung, nämlich eine vordringliche praktische Notwendigkeit für eine schlagkräftige Politik. Es ist eine nimmer endende Aufgabe einer wachsamen Sozialwissenschaft.

Damit berühren wir einen dritten kritischen Punkt der politischen Analyse. Es ist häufig beobachtet worden, daß die Politischen Wissenschaften vornehmlich auf die Beschreibung stabiler Staatsformen und Verfassungsstrukturen und weniger auf die dynamischen Kräfte und Entwicklungsprozesse der Gesellschaft ausgerichtet sind. Allerdings ist in dieser Hinsicht eine radikale, geradezu revolutionäre Wandlung seit kurzem vor allem in den Vereinigten Staaten zu beobachten. Die Begriffsbildung für diese oft schwer bestimmbaren Tendenzen muß notwendig labil, tastend und vorläufig sein, um nützliche Arbeitshypothesen für eine tiefere Durchdringung der sich stets wandelnden Wirklichkeit zu gestatten. Wir sind noch weit von solcher befriedigenden, dynamischen Systematik entfernt. Und doch ist sie doppelt nötig, wenn wir die sich überstürzenden weltweiten Entdeckungen und Beobachtungen sinnvoll einfangen wollen, ohne ihre Materialfülle zu verlieren; denn wirklichkeitsnah wollen wir sein. „Wer auf dem Fußboden schläft, fällt nicht aus dem Bett" – gemäß dem alten chinesischen Sprichwort.

Idealtypen der politischen Formenwelt können bestenfalls als Momentaufnahmen eines sich stets wandelnden Prozesses und als Modelle für polare Konfrontierungen angesehen werden, zwischen denen sich der Strom der wirklichen Kräfte bewegt. Solche Grenzziehungen, wie heutzutage in der Geographie, beschreiben einen weiten Gürtel der Zwischenbezirke grauer Übergangszonen, mitunter eines Niemandslandes. Eine scharfe politische Analyse muß solcher Nuancierung des politischen Kräftespiels Rechnung tragen und sich nicht mit schematischen Begriffen begnügen, selbst wenn diese Tatsache eine saubere Systematik verwirkt. Dazu ist die Wirklichkeit der Politik zu vielfältig und spannungsreich, und jede Vereinfachung führt nur zu kurzsichtigen und demagogischen Strategien.

Um das, was diese lebendige Wissenschaft zu bewältigen hat, zusammenfassend zu deuten, sollte man schließlich auf ihre dreidimensionale Verflochtenheit verweisen. Die politische Gegenwart vollzieht sich gleichzeitig auf drei Bühnen: der internationalen, der nationalen und der persönlichen. Sie sind so eng miteinander verbunden, daß ihre Wechselwirkung zum Schlüsselphänomen der großen Geschehnisse wird. In gewissem Sinne ist es deshalb gleichgültig, an welchem Punkte man eingreift, ob man von dem Primat der Außenpolitik, vom Einfluß der inneren Dynamik der Staaten auf das Weltgeschehen oder von der existentiellen Krise des Menschen ausgeht – man kann nicht umhin, die anderen Kreise einzubeziehen. Alle überkommenen Marksteine der Gebietshoheiten sind zerschlagen. Die sich überstürzende Weltpolitik kann nur noch verstanden werden, wenn man die inneren Sozialspannungen und die Nöte des modernen Menschen in Betracht zieht.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Und der einzelne im Gegenspiel ist so unentwirrbar in die Geschehnisse seiner nationalen und internationalen Umgebung verknüpft, daß sein Schicksal nur aus dem der großen Welt zu begreifen ist.

Alle diese vier Problemkreise finden ihren beispielhaften Niederschlag in dem Zentralthema unserer Vorlesungsreihe: Demokratie im Wandel der Gesellschaft. Es berührt die Kernfrage unserer politischen Existenz und ist darum zu Recht der gegebene Auftakt der Tätigkeit des Otto-Suhr-Instituts.

Die tiefe Verbundenheit, die wir vor allem in diesem Berlin, Vorposten und Brennpunkt des Weltgeschehens, mit der Demokratie empfinden, macht es doppelt notwendig, objektiv ihre Widersacher zu erkennen und in dieser nüchternen Vergleichsanalyse die inneren Triebkräfte, Stärken und Schwächen der gefährdeten politischen Ordnung zu untersuchen.

Um dem Ansturm der gegnerischen totalitären Mächte gewachsen zu sein, muß man sich von neuem darauf besinnen, daß – wie alle Sozialbegriffe – die Demokratie von jeder Generation und in jeder Gesellschaft neu durchdacht werden muß. In der Tat, die Vitalität einer Institution wird an ihrer Fähigkeit bemessen, dem Wandel der Zeiten Rechnung zu tragen und deren dynamische Kräfte in den lebendigen Körper einzubeziehen.

Solcher Anspruch wird doppelt gewichtig in einer Epoche radikaler Umbrüche, und in diesem 20. Jahrhundert – ob wir es mögen oder nicht – sind wir alle zu Kindern und Kreaturen eines Zeitalters der Revolution geworden. Gewiß mag jede selbstbewußte Generation empfinden, daß sie solcher Notzeit radikaler Selbstüberprüfung ausgesetzt ist. Für unser Jahrhundert ist sie eine unleugbare Tatsache. Das Schicksal hat uns wiederum an die historische Ursprungsposition einer echten Politischen Wissenschaft gestellt, in der die Staatsgestaltung sich dem Wandel der Gesellschaft anpassen muß.

In einer solchen Spannungslage muß man besonders darauf bedacht sein, nicht nur die weltbewegenden Prozesse korrekt zu bemessen, sondern selbst vertraute Traditionen und Konzeptionen scharf auf ihre Gegenwartsgültigkeit hin zu prüfen. Der Bestand der Demokratie wird nicht zuletzt von unserer geistigen Beweglichkeit abhängen, historische Vorstellungen abzustreifen und ihre zeitgemäße Rolle neu zu umreißen.

Solche Selbstprüfung unserer Ideenwelt wird gegenwärtig dadurch erschwert und vernebelt, daß wir in diesem Zeitalter des internationalen Bürgerkrieges gleichzeitig im Strome mehrerer und widerstreitender Revolutionen leben, welche die große Welt, die Nation und unsere höchst eigene Existenz zur Probe stellen. Schon vor einem Jahrhundert hat der weise, vorausschauende Schweizer Historiker Jacob Burckhardt festgestellt: „Wenn zwei Revolutionen sich kreuzen, dann frißt die stärkere die schwächere auf." Eine umsichtige Analyse unserer Zeit wird die Zahl der ineinander tiefverschlungenen radikalen Umschläge zumindest verdoppeln müssen und zu der demokratischen und nationalen Welle zu Burckhardts Zeiten die kulturelle Emanzipationsbewegung der noch kürzlich kolonialen Welt und die noch dynamischere „Revolution of Rising Expectations" hinzufügen, die in kürze-

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ster Frist des Westens ökonomische Entfaltung und technologische Meisterung der Welt aufholen und möglicherweise überflügeln will.

Die Demokratie muß sich gegenüber diesem vielfältigen Ansturm behaupten und ihre Kräfte neu formieren. Kurzum, sie bedarf mehr als je einer zeitgemäßen Definition ihrer kritischen Problemlage und Richtlinien für eine konstruktive Antwort.

Der Demokratische Dekalog umschließt Imperative, die uns zur Besinnung auf Grundhaltungen aufrufen und deren Nichtbefolgung weittragende Konsequenzen zeitigt. Richtunggebend und warnend zugleich dienen sie uns als Einführung in Probleme, die uns auf den Nägeln brennen – als Forscher, Lehrer und Staatsbürger.

Durch eine kontrastierende Gegenüberstellung zur totalen Staatsgesellschaft und ihrer bewußt verwirrenden Benutzung gleichklingender Begriffe versucht diese Analyse, Grundkategorien eines Idealtypus hervorzuheben, die es uns ermöglichen, die konkreten Variationen der wirklichen Staatsgestaltungen mit ihren reichen Zwischenschichten schärfer zu bestimmen und damit die drängenden Aufgaben, zukunftstragenden Versprechungen und stets gegenwärtigen Gefahrenherde der modernen Demokratien klarer zu beleuchten.

Die Kategorisierung der Demokratie folgt einer dreifachen Ausrichtung: politisch, soziologisch und ideologisch. In ihrer politischen Ortsbestimmung fragt sie nach dem Ursprung und Ausmaß der Macht in dem Staatsgefüge. Sie versucht daraufhin, zu den zugrundeliegenden Gesellschaftskräften vorzustoßen, indem sie die bestimmte Rolle von Führung und Massenschichten demonstriert. Schließlich fragt sie nach der geistigen Orientierung des Menschen auf internationaler, nationaler und persönlicher Ebene, um damit seine entscheidenden Bindungen zu Staat und Gesellschaft aufzudecken.

Die moderne Demokratie ist gewiß nicht, wie es die Wörterbuch-Definition wahrhaben will, vollgültig durch die „Herrschaft des Volkes" umschrieben, ebensowenig wie die gegenwärtige Diktatur als einzigartige „Autoritätsgewalt eines einzelnen" definiert werden sollte. Und trotzdem kann man als erstes demokratisches Merkmal die typische Verfassungsformel anführen: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Was auch die Methode solcher Volksbefragung sein mag, direkt oder indirekt, parlamentarisch oder plebiszitär, die Legitimierung der Machthaber hängt in letzter Instanz von der Zustimmung der Staatsbürger ab. Und da diese Befugnis stets abrufbar und in ihrer Machtausübung beschränkt ist, ist sie klar von moderner Totalitätsherrschaft abgesetzt, die prinzipiell unbegrenzt in Zeit und Raum ist. Mit solcher Konfrontierung berühren wir allerdings bereits kritische Probleme der Demokratie.

Hier ist nicht der Platz, die substantielle Diskussion um diese Schlüsselfragen der Repräsentanz und ihrer Beziehung zum sogenannten Volkswillen auch nur anzudeuten, die seit Jahrzehnten in der Politikwissenschaft vorgegangen ist und in die sich nunmehr auch die wiedererweckte deutsche Disziplin erneut einschaltet.

Betont sei nur, daß interessante Machtverschiebungen zwischen präsidialen, parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften durch die Zeiten in jeder

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lebendigen Demokratie zu beobachten sind. Sie können geradezu an dem bewegten Schicksal und der wechselnden Popularität der klassischen Studie Woodrow Wilsons „Congressional Government" abgelesen werden. 1884 veröffentlicht, zur Zeit des Tiefstandes der Exekutivmacht zwischen Lincoln und Cleveland, stellte Wilson seine eigene These in Frage um 1900 (in der 15. Auflage seines Buches) und lehnte sie insgesamt ab in seinem späteren Werk „Constitutional Government in the US" (1908) – in Vorbereitung seiner eigenen präsidentiellen Stellung. In Zeiten schwacher Präsidialführung wurde das Buch in der kürzlich vergangenen Phase wieder recht populär, während es gegenwärtig wiederum in den Hintergrund getreten ist.

Tatsache bleibt: Die balancierende Aufgabe der Gewaltenteilung zwischen Regierung, Parlament und richterlicher Befugnis, mißverstanden wie sie auch oft sein mag als das Erbe John Lockes und gewiß voller Spannungen in ihrer amerikanischen Wirklichkeit, ist eine eindrucksvolle Institutionalisierung der Verhütung ständig drohender Macht-Usurpation von seiten der herrschenden Elite. In der Komplexität des modernen Staates und seiner maßlos ausgeweiteten Funktionen wird eine solche Aufspaltung zur Notwendigkeit, wenn man zum Beispiel das Parlament nicht ungebührlich überlasten und in seiner Leistungsfähigkeit ersticken will. Delegierte Gesetzgebung (vornehmlich in Großbritannien praktiziert) ist ein moderner Lösungsweg. Sie überläßt dem Parlament die wesentliche Rahmensetzung und Kontrollfunktion, ohne die vordringliche tägliche Gesetzgebung zu verzögern. Die tragische Geschichte Weimars gibt das warnende Exempel einer bis zur Selbstzerstörung mißverstandenen Übertreibung des Begriffs der parlamentarischen Gesetzgebungsfunktion und zugleich einer unglücklichen Verknüpfung mit plebiszitären Elementen der Demokratie, von der Rolle des Reichspräsidenten bis zur scheinbar demokratischen Institution des Volksentscheids, der unter bestimmten Bedingungen durch seine einseitige Formelhaftigkeit in dem hochdifferenzierten industriellen Massenstaat in Wahrheit gerade zur Zerstörung der Demokratie beitragen und zum Durchbruch demagogischer Kräfte führen kann und geführt hat.

Viel wesentlicher für eine substantielle Anteilnahme des Volkes ist das zweite demokratische Prinzip der freien Wahl von Alternativen. Wiederum im Gegensatz zu dem totalitären Einparteien-Staat, der selbst in seinen dekretierten Wahlen einer einzig gültigen Staatsliste dem Staatsbürger keine freie Entscheidung überläßt, konfrontiert die Demokratie ihre Wähler mit mindestens zwei Eliten-Gruppen, die in ihrem offenen Wettbewerb um die Führung ihre höhere Qualität beweisen müssen. Während häufig der Wesenspunkt der Demokratie in ihrer Mehrheitsentscheidung gesehen wird, ist es für die Lebensfähigkeit des Systems viel ausschlaggebender und charakteristischer, daß das Recht der Minoritäten garantiert wird. In dieser Weise ist nicht nur ein Wechsel der Oligarchien ständig möglich, sondern selbst in ihrer Opposition ist die gegenwärtig benachteiligte Gruppe mit ihren legitimen Ansprüchen in das System zur Genüge eingefügt.

Eine weise demokratische Regierung wird gewiß die zugkräftigen Ideen der

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Opposition absorbieren und oft zum großen Bedauern ihrer politischen Gegner in das eigene Programm einbeziehen. Die Geschichte der britischen und amerikanischen Demokratien weist viele Beispiele solcher Assimilierung neuer Ideen auf (die Rolle der dritten Parteien, der Reformbewegungen um die Jahrhundertwende, sowie der Sozialisten um Norman Thomas in den USA, wie der Liberalen in Großbritannien, beschränkt sich fast ausschließlich auf diese Funktion der Ideenschöpfung). Natürlicherweise bedeutet solche Vorwegnahme konstruktiver Gegenschläge und die damit verbundene Herrschaftsverlängerung für die machthungrige Opposition mancherlei Enttäuschung und Verbitterung. Man mag gegenwärtig in der Tat in westlichen Ländern in der übermäßig ausgedehnten Machtposition und Selbstidentifizierung der Regierungspartei mit dem Staate manche Gefahren sehen, die zur Schwächung des politischen Elans und teilhaftiger Verantwortung der Opposition führen. Denn es ist zweifellos eine wichtige Aufgabe, obwohl keine angeborene Tugend der Regierungspartei, die Opposition nicht in hoffnungslose Apathie zu treiben und statt dessen dem politischen Gegner eine gebührende Stelle einzuräumen. Die Lebensfähigkeit der Demokratie hängt nicht zuletzt davon ab, eine verantwortungsbewußte Alternativführung in das System einzubauen.

Die Rolle der Opposition ist in der Tat ein viel zu vernachlässigtes Thema der politischen Forschung, obwohl W. Ivor Jennings (und andere Gelehrte mit ihm) „Her Majesty's Opposition" mit Recht als die wichtigste Institution im Parlament ansieht. Wachsame Kontrolle der Regierung und Hüter des ungehinderten demokratischen Prozesses, reflektierte ihre Wirksamkeit einen Wesensbegriff der modernen Demokratie: die Idee des Ausgleichs.

Vor mehr als drei Jahrzehnten hatte die erste Deutsche Hochschule für Politik die Dringlichkeit einer Vollbewertung des Konzepts des Ausgleichs erkannt und zum Thema einer gedankenvollen Vorlesungsreihe gemacht. Wie zeitgemäß und – wie wirkungslos war dieser Versuch in einer Atmosphäre des Bruderkampfes am Vorabend der langen Nacht der deutschen Demokratie. Stattdessen wurde die Idee des Ausgleichs zum kompromittierenden Kompromiß degradiert, als Verrat an der reinen, absoluten Wesensidee von der Hand geschäftigter und gesinnungsloser Bonzen. Politik war schlechtweg kein ehrbares Gewerbe für den soliden Bürger, der sie damit den wahrhaft skrupellosen Elementen überließ und einen schweren Preis dafür bezahlte.

Politik als die „Kunst des Möglichen", wie die englische Formel sie umschreibt, setzt eine diametral verschiedene Konzeption voraus. Kompromiß wird demgemäß seit Benjamin Franklins Tagen als eine besondere demokratische Tugend gerühmt, die mit dem Bekenntnis, daß der Gegner möglicherweise im Recht sein mag, seinen Entscheidungsanteil respektiert. Dies ist die Richtschnur einer erwachsenen politischen Haltung, weit entfernt von der eines ewig jünglinghaften, romantischen Kampfrufs: „Zum Hassen und zum Lieben ist alle Welt getrieben. Es bleibt uns keine Wahl, der Teufel ist neutral." Tatsächlich geht es hierbei gar nicht um Neutralität, sondern um wirksame Selbstbehauptung in der Begegnung mit einem respektierten Gegner.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Solch ein freies Zusammenspiel setzt allerdings einen weiteren Schlüsselbegriff voraus, die Idee des Consensus, der jenseits aller politischen Gegensätze den substantiellen und unbezweifelten Bestand der Staatsgemeinschaft anerkennt. Wo immer diese Gemeinschaft geschwächt und in ihrer Verbindlichkeit angezweifelt wird, ist der demokratische Staat zutiefst bedroht. Unsere ernste Besorgnis um die innere Stabilität des heutigen Frankreich, wovon wir von einem seiner schärfsten Beobachter mehr hören werden, ist nicht zuletzt darauf basiert.

Diese politischen Voraussetzungen deuten schon darauf hin, daß die Demokratie kein einfaches Regierungssystem ist, und daß, wo immer sie in Gefahr ist, Ursprung und Lösungen in tieferen Schichten als in den gewiß symptomatischen Phänomenen der Apparatur zu suchen sind.

Hier tritt der enge Zusammenhang zwischen Verfassungsstruktur und Gesellschaftswandel zutage und zugleich die oft unzeitgemäße Definition der Demokratie in unserer Epoche. Im Grunde leben wir noch von der Begriffssubstanz des frühen 19. Jahrhunderts, als die jungen demokratischen Kräfte eines stolzen Bürgertums von „Besitz und Bildung" die absolute Monarchie angriffen und im unerschütterlichen Fortschrittsglauben an die natürliche Ausweitung dieser beiden Qualitäten auf das Gesamtvolk die demokratische Zukunft garantiert sahen.

Die Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts sieht ganz anders aus. Sie kann gewiß nicht durch nostalgische Rückschau auf eine halkyonische Biedermeierzeit gemeistert werden. Die Antwort beruht auch nicht auf der eindrucksvollen, jedoch resignierenden Formel des spanischen Kulturphilosophen Ortega y Gasset, der in dem Aufstand der Massen mit tiefer Verzweiflung die Verdrängung der wirklich großen Protagonisten durch die einst schweigsamen Statisten von der Weltbühne registriert.

In diesem Massenzeitalter muß das Problem der Führung und der Volksbeteiligung neu durchdacht werden, wenn die Demokratie Bestand haben will. Wo es ihr nicht gelingt, wird das Vakuum schnell durch kurzschlüssige demagogische Scheinlösungen überbrückt.

Führung ist ein dritter Wesensbestandteil der fungierenden Demokratie. Nur ein Zeitalter, das gegenüber dem arroganten Machtanspruch der „großen Vereinfacher" (wie wiederum Jacob Burckhardt so treffend das Kommen der modernen Demagogen-Verführer um ein Jahrhundert voraussah), sein Selbstvertrauen verloren hatte, konnte den törichten Gedanken einer „führerlosen Demokratie" erfinden. Oder wie der unglückselige, kurzlebige sächsische Ministerpräsident Zeigner in kritischer Stunde entschuldigend sagte: „Ich war ihr Führer, und darum mußte ich ihnen folgen." Wie jedes politische System bedarf die Demokratie verantwortungsvoller Führung. Eingedenk ihrer politischen Voraussetzung ist die Führung jedoch in der Demokratie institutionell eingebaut in Auswahl, Amt und Ausmaß ihrer Machtposition und darum differenziert je nach der verfassungsmäßigen Struktur jedes Landes und seines spezifischen Schlüssels der Machtverteilung. Solange der demokratische Führer an der Macht ist, muß er sie jedoch auszuüben wissen, und die eindrucksvollen und oft dramatischen Leistungen (vor allem in

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notzeiten) des amerikanischen Präsidenten, des britischen Premierministers, der französischen und deutschen Staatsführer illustrieren die vielfachen Möglichkeiten des Ineinanderspielens der Institutionen.

Demgegenüber kommt der demagogische Führer der Diktatur zum Durchbruch, wo Institutionen die Sozialkrise nicht meistern oder wo sie überhaupt keine Wurzeln fassen konnten. Der Diktator ist eine Ersatzinstitution. Der Ruf nach dem starken Mann ist ein bedrohliches Zeichen, daß Staatsorgane und Parteiprogramme versagt haben.

Diese Betonung der institutionellen Verwurzelung bedeutet allerdings nicht, daß in der modernen Massengesellschaft selbst die demokratischen Machthaber ohne ein gewisses charismatisches Element auskommen können. Der Niedergang und Zusammenbruch der Weimarer Republik mag nicht zum geringen Teil durch den Mangel solch dramatischen Aufrufs beschleunigt worden sein.

Dieser menschliche Ansporn fehlte nicht weniger in der zweiten Führungsschicht, die allzusehr von grauem Bonzentum bestellt wurde. Obwohl von der Forschung allzusehr vernachlässigt, ist dieser Unterbau des Führungsstabes der wirkliche Lebensnerv der politischen Systeme. Und das gilt selbst für die angebliche Einzelherrschaft der Diktatur. Hier wird auch deutlich, daß die demokratische Führung auf eine stete Einbeziehung der Interessengruppen bedacht sein muß, und selbst der mächtige amerikanische Präsident muß eine stets prekäre Balance zwischen Regierung, Parlament und den Sozialkräften des Nationalstaates herstellen.

Nicht daß selbst die moderne Diktatur, vor allem in ihrer Entfaltung in hochindustrieller Gesellschaft, solche Kräfte auf lange Sicht vernachlässigen könnte. Hier mag nur vorweg gesagt werden: Trotz der schillernden Formen von Chruschtschows „Collegialsystem" gegen Stalins „Persönlichkeitskult" (gewiß erscheint ein solches Schlagwort nützlich und notwendig in diktatoriellen Übergangszeiten und möglicherweise in fortgeschritteneren Stadien des Systems) – in letzter Beziehung ist des Diktators Macht dennoch persönlich und nicht institutionell, und sie ist unbegrenzt, solange nicht ein Stärkerer ihn völlig ausschließt. Seine Macht beruht nicht zuletzt darauf, daß er die im Wettstreit befindlichen Pyramiden der Partei, Verwaltung, Armee, Polizei, Wirtschaft und Wissenschaft gegenseitig ausspielen und willkürlich in ihr Machtgefüge eingreifen kann. Purges, unvoraussagbare Absägungen des Führungsstabes, sind ein Wesensbestandteil des Systems. Und ihre Opfer können kaum auf eine nächste Chance hoffen und gewiß nicht in der Zwischenzeit durch die Formierung einer Gegenpartei Anhänger gewinnen. Sie dürfen nicht einmal Bücher schreiben (Djilas). Und wenn diese zeitweisen Machthaber ihre Stellung verlieren, bricht mit ihnen die Pyramide ihrer ganzen Gefolgschaft zusammen, da sie auf das falsche Pferd gesetzt hatte. Die stets gegenwärtige und unberechenbare Unsicherheit der Totalitätsherrschaft hat tiefe Rückwirkungen auf den diktatoriellen Alltag im Gegensatz zur demokratischen Lebensatmosphäre.

Diese Tatsache wird durch das vierte Element unseres Dekalogs beleuchtet. Die

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Demokratie beruht auf garantierter Rechtsordnung gegenüber dem dekretierten Maßnahmenstaat des diktatoriellen Systems. In der Tat, dies war der ursprüngliche historische Ansatzpunkt eines unternehmenden jungen Bürgertums, das gegenüber der Willkürherrschaft des absoluten Monarchen voraussehbare und damit in ihren Konsequenzen berechenbare Maßregeln forderte. Hieraus erwuchs der moderne Verfassungsstaat, der in der Gleichheit vor dem Gesetz die Würde des Menschen und der Staatsordnung verbürgt und durch die parlamentarisch kontrollierte Gesetzgebung täglich bestätigt.

Gleichheit vor dem Gesetz ist ein demokratisches Grundrecht und gibt dem Staatsbürger das Vertrauen, selbst unerwünschte Gesetzgebung wirkungsvoll durch die Volksvertretung und direktere Aktionen zu wandeln. Ein Schritt weiter geht der überaus anspruchsvolle Vorstoß, selbst die gegebene Wirklichkeit durch vorwegnehmende Rechtssetzung zu ändern. Ein solcher kritischer Versuch wird gegenwärtig für die problemgeladene Negerfrage in den Vereinigten Staaten unter der Führung des Obersten Gerichtshofes und mit allem Nachdruck der Regierungsorgane angestrebt. Trotz solcher oft schmerzlichen Eingriffe in althergebrachte, tief verwurzelte Gebräuche mag auf diese Weise die Rechtsprechung einen bisher überaus langsamen Prozeß beschleunigen und damit einen radikalen Gesellschaftswandel zum Durchbruch bringen.

Staatsgestaltung und Gesellschaftswandel in täglichen Einklang zu bringen, obliegt im besonderen dem fünften Element des demokratischen Dekalogs, der politischen Partei, zumindest in den entwickelten Staaten des Westens. Diese entscheidende Institution – Lebensnerv der modernen Politik – hat kürzlich in der internationalen Forschung erneute Beachtung gefunden (woran ich mich selbst nicht ganz unschuldig fühle). Sie ist nicht nur oberflächlich abwertenden populären Schlagworten entgegengetreten, sondern hat auch ernsthaftere, geradezu klassische Formeln wie Robert Michels' „Eisernes Gesetz der oligarchischen Tendenzen" in Frage gestellt. Hiermit ist gewiß ein weites Feld konkret wissenschaftlicher Durchdringung eröffnet worden.

An dieser Stelle soll nur ein meist vernachlässigter Faktor hervorgehoben werden, der für unser Thema von besonderem Gewicht ist. Politisch werden die Parteien nicht nur durch ihre Organisation, Programmatik und ihr bewußtes „Streben nach Machtanteil" (in der bekannten Max Weberschen Definition), sondern noch mehr durch die Erfüllung ihrer wesentlich politischen Funktion, die Integrierung ihrer Anhänger in das Staatsganze. Gewiß ist es die Aufgabe der Parteien in Lord Bryces Worten als „Makler der Ideen", die unendlichen Variationen der Entscheidungsmöglichkeiten auf wenige Hauptnenner und damit politisch wirksame Alternativen zu reduzieren. Jedoch über solche Repräsentierung bestimmter Gruppenforderungen im politischen Forum hinaus haben die Parteien die vielleicht noch wichtigere Aufgabe, diese speziellen Belange durch ihre balancierende Einbettung in die staatliche Gesamtordnung einzubauen. Diese Transformierung des isolierten Wählers in ein zoon politikon oder (in moderner Terminologie) seine Integration in den Staat, die ihn erst zum bewußten Staatsbürger macht, bleibt

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Grundverpflichtung jeder echten Partei, auch wenn sie solche politische Verantwortung in ihrer täglichen Praxis oft vernachlässigen mag und manche sogenannte Partei sie niemals praktiziert.

Diese Wesensaufgabe ist es, die die Parteien von den pressure groups abhebt. Wenn und wo es ihnen nicht gelingt, läuft der Staat die Gefahr eines Zerfalls in einen Neo-Feudalismus mächtiger Interessentengruppen. Und wo die Parteien nicht zu dieser politischen Erziehungsaufgabe gegenüber ihrer Gefolgschaft bereit sind, müssen andere Institutionen der Bürokratie, Armee, Kirche, Ortsgemeinde und der nachbarlichen Stammesgruppe oft in die Bresche treten. Die Entwicklungsländer liefern uns vielerlei Beispiele solcher Hilfsinstanzen; allerdings auch erschütternde Illustrierungen ungenügsamer Ersatzleistungen, die dringend auf die schließliche Entfaltung eines verantwortlichen Parteiwesens hoffen lassen. Der Mangel oder Fehlschlag solcher notwendigen Integration gibt das Warnsignal für eine radikale Nationalkrise. Das Schicksal der ersten deutschen Republik demonstriert in erschütternder Weise diesen Sinn und zuweilen Unsinn der politischen Parteien.

Ehe wir die Konsequenzen und Krisenelemente der Parteien für die sich wandelnde Gesellschaft berühren, sollte ein sechstes Merkmal der modernen Volksregierung angeführt werden: der Pluralismus des demokratischen Alltags. Eine demokratische Gesellschaft ist weit mehr als eine politische Ordnung, in der das Volk von Zeit zu Zeit zur Wahl aufgerufen wird. Wenn diese seltene Gelegenheit der aktiven Teilnahme ihr Hauptmaßstab wäre, dann wäre es um manche Demokratie mit niedriger Wahlbeteiligung schlecht bestellt, und Diktaturen mit geradezu 100% erzwungener Teilnahme wären die „wahren Demokratien". Was das demokratische Klima einer Gesellschaft bestimmt, ist vielmehr, daß solche aktive Beteiligung in den vielfältigsten Gruppen ausgeübt und auf die persönlichen Gemeinschaften ausgedehnt wird, wo sie in der Tat in der Lokalgemeinde, Kirche, Nachbarschaft, Schule und unzähligen Vereinen viel bedeutsamer und wirksamer wird. Vor allem ist durch diese freie Entfaltung und selbst Spannung vielfältiger Aktivitäten statt diktatorieller Gleichschaltung jedem die Freiheit der Teilnahme und Differenzierung garantiert. Diese Tatsache gibt dem demokratischen Staatsbürger das Gefühl der Zugehörigkeit, vitaler Anteilnahme und gleichzeitiger Unabhängigkeit. Auch hier sind allerdings in der gegenwärtigen Massengesellschaft manche Gefahrenherde zu beobachten, vor allem wo die Großstadtnivellierung natürliche Bindungen von Familien und Nachbarschaft zerstören und eine wache, unternehmungsbereite Gesellschaft neue Formen der Sozialbindungen schaffen muß, was jedoch nicht immer gelingt.

Und damit berühren wir das wahrscheinlich kritischste Element der soziologischen Anforderung an die moderne Demokratie. Schon Bagehot hat in seinen berühmten Thesen den Ausspruch postuliert, daß neben anderen offensichtlichen Bedingungen vor allem keine wesentliche Sozialgruppe von der Machtbeteiligung ausgeschlossen sein darf. Und diese Gefahren sind besonders bedrohlich, wenn eine Gesellschaft im radikalen Umbruch begriffen ist. Wenn man einen einzelnen Faktor für die Krise der modernen Demokratie anführen sollte, so müßte man ihn wahr-

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scheinlich in der Entwicklung von wesentlichen Gruppen suchen, die nicht in die Sozialordnung eingebettet werden können. Solche Krisenschichten sind in der Tat das Rohmaterial und die Massenbasis für den erfolgreichen Durchbruch des totalen Staates, der in der gleichgeschalteten Organisation amorpher Massen seine schließliche Konsolidierung findet.

Was auch immer die spezifischen sozialen Gefahrenherde in der Demokratie sein mögen: ein durch Kapitalkonzentration, Inflation oder Depression radikal erschüttertes Bürgertum, eine zutiefst unbefriedigte Angestelltenschaft, eine wurzellose Arbeitslosenmasse, eine Bauernschaft ohne Hof und Haus, heimatlose Flüchtlinge oder die ewig kämpfenden Irregulären der kriegerischen Jungmannschaft, die von den Schlachtfeldern zurückkehrten und nie den Weg nach Hause fanden, um zu den maßgebenden Fürsprechern einer permanenten Revolution zu werden – was diese höchst diversen Gruppen zusammenbringt, ist die bittere Tatsache, daß sie nicht in den lebendigen Staat integriert wurden oder werden konnten und darum schließlich aus Verzweiflung, Trotz und tiefem Unmut sich einer neuen unbekannten und darum vielversprechenden Gesellschaft mit Haut und Haaren verschrieben.

Dabei ist es allerdings für die Demokratie entscheidend, daß dieser Auf- und Loslösungsprozeß nicht von ungefähr über Nacht geschieht und daß solche langsame Aushöhlung der Gesellschaftsordnung einer wachsamen politischen Führung die Aufgabe und Möglichkeit bietet, die entwurzelten Massenschichten wieder einzufangen, bevor sie endgültig abgewandert und mit demagogischen Versprechungen in die totale Zwangsordnung des Garnisonstaates eingeschmolzen sind.

Die lebendige Demokratie ist mehr als eine Staatsordnung prekärer Machtbalancierung politischer Institutionen und dynamischer Gesellschaftskräfte. Sie ist darüber hinaus eine Idee, die dem Menschen richtunggebend in allen Dimensionen seiner Aktivität sein muß. Solche ideologische Ortsbestimmung der letzten drei Punkte unseres Dekalogs zeigt vielleicht am deutlichsten, wie sehr diese schwierigste aller Staatsverfassungen gegenwärtig neuen Spannungen und Ansprüchen ausgesetzt ist.

Die internationalen Krisen, die sie überkommen muß, scheinen heutzutage die dringendsten Probleme zu präsentieren. Während ihre eigene politisch-soziale Fundierung klar auf eine Weltgestaltung hinzielt – in Übertragung ihres inneren Lebensprinzips –, die eine pluralistische Völkergemeinschaft von frei agierenden Staaten im Rahmen einer respektierten Rechtsordnung zum dynamischen Ausgleich zu bringen sucht, ist die Wirklichkeit mit geradezu übermenschlichen Schwierigkeiten belastet.

Dies gilt nicht nur für den allgegenwärtigen, dominierenden und scheinbar unüberbrückbaren Dualismus des sogenannten demokratischen und totalitären Blocks. Vielleicht noch größere Anforderungen der Neuorientierung sind durch die unserer Themenreihe zentraleren Umbrüche kontinentaler Transformierungen diktiert.

Das phänomenale Erwachen der Entwicklungsländer erfordert für die Demokratie eine notwendige Distanzierung von einer imperialistischen Vergangenheit. Wenn auch deren Ertrag sich in historischer Perspektive keineswegs so negativ und

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erfolglos erweisen wird, wie er von kommunistischer Ideologie propagandistisch gebrandmarkt und in ihre weltumspannende Strategie der koordinierten Revolutionen eingespannt wird – in den Augen der kürzlich „befreiten" Völker ist die Demokratie allzuhäufig schlechthin mit „kolonialer Ausbeutung" identifiziert. Demgegenüber können sich die Sowjetunion und Rot-China trotz ihres eigenen oft tiefergreifenden Neo-Imperialismus als eindrucksvolle Vorbilder einer beschleunigten Transformierung von hoffnungslos rückständiger Wirtschaftsordnung zu hochentwickelter Industrialisierung und technologischen Durchbrüchen von dramatischer Weltraumbewältigung präsentieren. Und für eine Entwicklungsnation voll außerordentlicher Erwartungen und mit äußerst beschränkten Mitteln an trainierten Menschenkräften und dringend benötigten Rohmaterialien und Kapitalbasen – ganz zu schweigen von bedrohenden Bevölkerungsexplosionen – erscheinen die demagogischen Versprechungen einer zentral dirigierten Totalitätsherrschaft recht verführerisch. Demgegenüber befindet sich die traditionelle Demokratie in ihrem bedachtsamen Prozeß des institutionellen Wachstums und umsichtig trainierten Expertenstabes hoffnunglos im Hintertreffen. Obwohl ein weitverbreiteter Pessimismus nicht ganz am Platze ist, müssen gewiß die Demokratien gegenüber diesen neuen Aufgaben ihren oft verschütteten Erfindergeist wieder anfachen und die Vitalität ihrer Ideen zur Probe stellen. Selbst wo es ihnen gelingt, sich in diesen Prozeß wirksam einzuschalten, ist eine Warnung am Platze. Der erfolgreiche Durchbruch wirtschaftlicher Entwicklung mit ihren begleitenden rationalen Techniken und Leistungsprinzipien bedeutet keineswegs die automatische Übernahme solcher Grundhaltungen im politischen Prozeß einer maßvollen Volksbeteiligung und Zivilverantwortung. Solche Modernisierung kann in keiner Weise mit Sicherheit erwartet und bestenfalls auf lange Sicht erreicht werden.

Mehr Hoffnung mögen die westlichen Demokratien in ihren eigenen Bemühungen überstaatlicher Formierungen registrieren. Auf diesem Gebiet sind gewiß, vor allem in Westeuropa, unerwartete Fortschritte zu verzeichnen. Jedoch die entscheidenden Wendungen erfordern eine geistige Neuorientierung, die nicht in Kurzschlüssen erfolgen kann. Es geht im Grunde um die Entwicklung ganz neuartiger Bindungen über traditionelle Vaterlandsliebe hinaus. Rationale Erkenntnisse der praktischen Vernunft reichen dazu nicht aus. Solche Wandlungen bedürfen gemeinsamer Schicksalserfahrungen und nicht zuletzt geraumer Zeit, um tiefere geistige Neuverpflichtungen einzugehen.

Dasselbe gilt für notwendige innere Umstellungen auf nationalem Gebiet. Hier wiederum haben sich die demokratischen Ideen des 19. Jahrhunderts als ungenügend erwiesen. Wir sind weit entfernt von Humboldts Nachtwächterstaat oder der Laissez-faire-Gesellschaft in unserer Entwicklung zur sozialen Marktwirtschaft und dem Welfare-State. Der Staat muß um des Individuums Sicherheit und Wohlseins willen tief in den Alltag hineingreifen, wenn er die Gefahren aufziehender Krisenschichten der Gesellschaft meistern und damit die immer bereiten Ausbeuter ihrer Nöte bannen will.

Solche unerhörte Erweiterung der Funktionen schafft die vieldiskutierten und

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allgegenwärtigen Probleme einer sinngemäßen nationalen Planung, einer verantwortlichen Verwaltung, eines ganz neuen Verhältnisses von Führung und Masseneinsatz, einer Neuordnung unserer politischen Institutionen – Regierung, Parteien, öffentliche Meinung. Wir müssen dafür demokratische Antworten finden – keinen Leviathan Incorporates oder die Friedhofsordnung des Garnisonstaates –, kurzum, eine Gesellschaftsordnung, die soziale Sicherheit verspricht, ohne individuelle Initiative und freiheitliche Verantwortung zu ersticken.

Althergebrachte Ideologien des Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus müssen neu durchdacht werden, wenn sie wirksame Richtlinien für unsere Verhaltensweisen in dieser radikal verwandelten Gesellschaft bieten sollen. Und damit erreichen wir das letzte und für die Demokratie vitalste Element: den menschlichen Einsatz. Dies bringt uns zu unserem ursprünglichen Ansatzpunkt zurück, die letzthin persönliche Basis der politischen Entscheidung in der Demokratie, womit sich der Kreis ihrer substantiellen Definition schließt.

Denn dies ist ihr Alpha und Omega: das Vertrauen in des Staatsbürgers Fähigkeit, zwischen dem Guten und dem Bösen zu wählen. In der klassischen Formulierung von Dostojewskis Großinquisitor zutiefst angegriffen, hat dieser Glaube in unserer Zeit schwere Erschütterungen erlebt – nicht nur in dem Frontalangriff der Lebensphilosophie gegen einen naiven Rationalismus des 19. Jahrhunderts, sondern noch mehr in den bitteren Erfahrungen demagogischer Massengefolgschaft, die der Sicherheit des Wunders, des Geheimnisses und der Autorität leichtfertig ihre persönliche Freiheit opferte. Auch nach dem Zusammenbruch kontinentaler Totalitätsherrschaft und vielleicht selbst noch dringlicher gegenüber der differenzierten Machtausdehnung des Sowjet-Blocks ist die Frage nach der menschlichen Kapazität, die gegenwärtige Weltkrise zu meistern, nicht mehr zur Ruhe gekommen. Hier, und hier vor allem – nicht in ökonomischen Versprechungen und militärischer Macht – ist in der Tat die Einbruchsstelle totaler Vorstoßmöglichkeiten in der westlichen Welt zu suchen. Die Erschütterung des allumfassenden Vernunftglaubens, die menschliche Vereinsamung in der modernen Massengesellschaft, die Entfremdung von echter beruflicher Erfüllung und traditionellen Gemeinschaftsbindungen, Ordnungen und Ideenkreisen, totale Kriege und Revolutionen, die Unmenschlichkeit der Endlösung und des drohenden Atomtodes, die tiefe Schuld und große Angst scheinen keine Maßstäbe menschlicher Verhaltensweisen mehr für uns zu lassen. Gegenüber solch radikaler Zerstörung der großen Welt bleibt kaum etwas anderes übrig, als sich auf die innere Substanz individuellen Bewußtseins zurückzuziehen, um die Kraft der Selbstbehauptung zu gewinnen – eine letzte Verteidigungslinie und Instanz der Lebensbejahung.

Und dennoch kann der Mensch nicht ohne Sozialbindungen leben. Nichts fürchtet er mehr als die Einsamkeit. Darum kann solch ein Rückzug auf das Selbst ihm auf lange Sicht nie geben, was er zuinnerst braucht: das elementare Gefühl der Zugehörigkeit, geborgen und benötigt zu sein, und eine unerschütterte Bindung über die eigene Existenz hinaus. Dies allein kann in ihm Selbstvertrauen und Sinngebung des Lebens stets erneuern. Die totalen Mächte – und täuschen wir uns

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht darüber hinweg – finden ihren stärksten Appell in ihrer Mission, die heute ihrem Genossen bestimmte Aufgaben in seiner Gesellschaft setzen und morgen ihm die Welt versprechen.

Jedoch die Wahl ist nicht zwischen falsch gestellten Alternativen von absoluter, totaler Staatsverpflichtung und absolut freischwebendem Individualismus. Zoon politikon, der er ist, findet der Mensch seine eigenste Erfüllung und Befreiung in seiner maßgebenden Rolle in der Gesellschaft. Er will ein Sozialindividuum sein. Die Größe der Demokratie ist, daß sie ihm solche Möglichkeiten der gleichzeitigen Freiheit und Verpflichtung in täglicher Bewährung eröffnet und ihn damit zu einem wertvolleren Menschen macht.

Jede Generation und jede Gesellschaft muß ihre eigenen fruchtbaren Wege der Erfüllung finden und damit die Probleme der Welt des Staates und des Menschen erneut in Angriff nehmen. Die Demokratie beginnt daheim und in unserer eigenen Existenz.

Und wenn ich als ein „ewiger Student" des Generationsproblems mir ein voreiliges Urteil erlauben darf, so möchte ich doch sagen, daß mir die gegenwärtige junge Generation – hier und überall in der mir bekannten Welt – viel vielversprechender erscheint als ihre Vorgänger, einschließlich meiner eigenen.

Vor allem scheint sie mir weder utopischen Welterwartungen noch ihrem Gegenstück auf gleicher Ebene, der zynischen Verzweiflung, zu verfallen, die beide den Anforderungen der komplizierten und anspruchshegenden Gegenwart ausweichen. Statt dessen sehe ich weitgehend einen freudigen Wirklichkeitssinn, der sich im Alltag der demokratischen Bewährung erfüllen will und mit Geduld und Ausdauer doch nicht die weite Sicht verliert. „The realist with vision" ist, was wir brauchen wenn wir vom Menschen aus die fast übermenschlichen Probleme unserer Zeit in jeder Situation neu bewältigen wollen – und das ist und bleibt unsere höchst persönliche Aufgabe.

Victor Hugo, einst befragt, was er eigentlich von der Zivilisation dachte, antwortete: „Es ist eine gute Idee, jemand sollte damit den Anfang machen." Oder um es anders zu fassen, lassen Sie mich eine schlichte amerikanische Anekdote erzählen – sie handelt von einem Mann (und wem unter Ihnen käme das nicht bekannt vor), der sich vergeblich auf einen Artikel zu konzentrieren versuchte inmitten des lärmenden Spiels seines jungen Sohnes.

In der Verzweiflung nahm der Vater die letzte Seite seines Journals, auf der eine große Weltkarte abgebildet war, und zerriß sie in kleine Fetzen. „Hier hast du eine schöne Beschäftigung, versuche mal die Karte zusammenzustückeln." Und damit hoffte er, für eine lange Zeit den Störenfried loszusein. Jedoch nach wenigen Minuten kam der Bursche stolz mit der zusammengefügten Landkarte zurück. „Wie hast du denn das so schnell zustande gebracht, mein Sohn?" „Oh, das war gar nichts", erwiderte der Junge. „Auf der anderen Seite war ein großes Photo eines Menschen. Alles was ich zu tun hatte, war den Menschen wieder zusammenzubasteln, und die Welt war in schönster Ordnung."

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WALTER BAUM

MARINE, NATIONALSOZIALISMUS UND WIDERSTAND

Fritz Hartung zum 80. Geburtstag

I

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, zu der die deutsche Marine ebensowenig unmittelbar beigetragen hatte wie das Heer[1], wurde von ihr nicht nur ohne erkennbaren Widerspruch hingenommen, sondern großenteils begrüßt[2]. Warnende oder ablehnende Stimmen waren jedenfalls nicht zu hören. Daß ein älterer Seeoffizier als „Preuße" dem „Österreicher" Hitler gegenüber gewisse Vorbehalte empfand[3], war innerhalb der Marine, die sich etwas darauf zugutehielt, der „Schmelztiegel der Nation" zu sein und von landsmannschaftlichen Ressentiments nichts zu wissen[4], eine Ausnahme, die noch weniger politisches Gewicht besaß als vereinzelte skeptische Worte bei Messegesprächen in jener Zeit[5]. Was indes in der Heimat immerhin möglich gewesen wäre, war „draußen" so gut wie undenkbar. Die „einwandfreie Haltung" des Kreuzers „Köln" z. B., der im Dezember 1932 mit Kadetten zu einer Schulschiffreise ausgelaufen war und den 30. Januar 1933 in Übersee erlebte[6], verstand sich daher von selbst. Verwirrende, auf Sensationsmeldungen der Auslandspresse beruhende Vorstellungen von den neuen Zuständen in der Heimat konnten sich allenfalls vorübergehend auf die „Stimmung", aber nicht auf die „Haltung" der Offiziersanwärter auswirken; nach ihrer Berichtigung noch unterwegs durch die jüngeren Kameraden auf der „Karlsruhe", die bei ihrer Ausfahrt der heimkehrenden „Köln" begegnete, war das Unbehagen rasch verflogen[7].

[1] Vgl. H. Krausnick, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: Die Vollmacht des Gewissens, hrsg. von der Europäischen Publikation e. V., München 1956, S. 193ff., 200; W. Sauer, bei Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik . . ., 2. Aufl., Stuttgart-Düsseldorf 1957, S. 283f.

[2] Institut für Zeitgeschichte, Archiv, Zeugenschrifttum (zit.: IfZ, Zs.) Nr. 1483 (Admiral a. D. Bastian); Nr. 41 (Adm. a. D. Fuchs); Nr. 1799; Nr. 364. – Karl Dönitz, Zehn Jahre und zwanzig Tage, Bonn 1958, S. 300.

[3] IfZ, Zs. Nr. 1483 (Adm. a. D. Bastian).

[4] Vgl. Erich Raeder, Mein Leben, Tübingen 1956/57, Bd. II, S. 14f. – „Palladium der in der deutschen Einheit liegenden Kraft": Adm. Scheer an Seeckt im April 1920 (Fr. v. Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben 1918–1936, 18.–37. Tsd., Leipzig [1940], S. 494).

[5] IfZ, Zs. Nr. 41 (Admiral a. D. Fuchs); Nr. 1739. – Der Flottenchef Vizeadmiral Gladisch etwa war wohl persönlich kein Freund der „Braunen", andererseits aber für das scheinbar Positive des Nationalsozialismus aufgeschlossen und viel zu vorsichtig, um seine ungünstige Beurteilung der höheren Funktionäre der Partei in größerem Kreise laut werden zu lassen. So ergab sich seine vorzeitige und brüske Ablösung im Herbst 1933 auch nicht aus einem spürbaren Widerstand politischer Natur, sondern aus einer persönlichen Initiative Raeders, die sich auf gewisse sachliche Differenzen berief. – (IfZ, Zs. Nr. 1781; 339; 1479; 667; 1481; Nr. 41 [Adm. a. D. Fuchs]; 1796; 1774.)

[6] Raeder a. a. O., I, S. 280.

[7] Mitteilungen von kompetenter Seite an den Verfasser.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weil Hitler wohl wußte, was er der Nichteinmischung der Reichswehr verdankte, mußte er versuchen, sie mindestens auf dieser Linie zu halten, oder besser noch, sie zu gewinnen. Deshalb beeilte er sich, mit ihrer Führung Kontakt zu bekommen. Er stellte sich ihr schon am 3. Februar bei einem Empfang im Hause Hammersteins mit einer längeren Rede als Kanzler vor[8]. Offenbar hatte er damit bei der Admiralität größeren Erfolg als bei der Generalität[9] und konnte ihn beim ersten Vortrag Raeders kurz darauf noch festigen[10]. Womit er die Marine gewann, war – neben dem allgemeinen Versprechen, die Wehrmacht aus der Innenpolitik herauszuhalten – die ausdrückliche Zusage, sie großzügig auszubauen, ohne es zu einem Wettrüsten, geschweige denn einem Konflikt mit England kommen zu lassen. Dem Werben Hitlers um die Marine diente auch sein Erscheinen bei deren Übungen im Mai 1933[11] sowie eine entsprechende Presse-Propaganda[12], die das noch schwelende Mißtrauen wegen seiner scharfen Kritik an Tirpitz und der deutschen Flottenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg[13] auslöschen sollte[14].

Ebenso aufrichtig – „auf Abruf" – wie seine Versicherung, die Armee aus der Politik herauszuhalten, meinte Hitler damals seine Auslassungen zur Englandpolitik. Rein kontinental eingestellt, hat er – um mit Tirpitz zu sprechen – „die See nicht verstanden". Sie war und blieb ihm „unheimlich"[15], wozu seine starke Anfälligkeit für die Seekrankheit beigetragen haben mag[16]. Andererseits „schwärmte" er für die Marine[17] und begeisterte sich mit seinem unleugbaren Sinn für Technik vornehmlich für die großen Schiffe als Höchstleistungen technischer Präzision[18]. So förderte er den Ausbau der Marine[19], wünschte jedoch keinen Gegensatz zu Eng-

[8] Vgl. die Dokumentation (hrsg. v. Th. Vogelsang) in dieser Zeitschrift Bd. 2 (1954) S. 434ff.

[9] Vgl. Raeder a. a. O. I, S. 280f.; II, S. 106f.; IMT, Bd. XIV, S. 30; IfZ, Zs. Nr. 54. – Für das Heer: vgl. Anm. 8; H. Krausnick a. a. O. (vgl. Anm. 1), S. 203 und H. Foertsch, Schuld und Verhängnis, Stuttgart 1951, S. 33.

[10] Raeder a. a. O. I, S. 281f; II, S. 108ff.

[11] VB (Berliner Ausg.) vom 24. 5. 1933.

[12] Ebenda, 25./26. 5. 33 (Dr. Dietrich über die „Flotte im Zeichen des jungen Deutschlands"); allgemein: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–42 (hrsg. von Gerh. Ritter), Bonn 1951, S. 146.

[13] Vgl. Mein Kampf, 534–537. Aufl., München 1940, S. 299f.

[14] Vgl. Raeder a. a. O., II, S. 107.

[15] Vgl. Karl Jesko v. Puttkamer, Die unheimliche See, Wien/München 1952, S. 11f.; dazu IfZ, Zs. Nr. 1482; 1799; 1800; 1788 u. a. m.

[16] Als der erfolgreiche Kommandant des Hilfskreuzers „Orion", der damalige Kapitän z. S. Weyher, sich nach langer Fahrt im FHQ zurückmeldete, hatte Hitler dem enttäuschten Seeoffizier wenig mehr zu sagen als: „Für mich, Herr Kapitän, hätte das 14 Monate lang jeden Tag Seekrankheit bedeutet." IfZ, Zs. Nr. 1788.

[17] Gelegentlich erklärte er einmal im Kreis von Marineoffizieren, daß er selber gern Seeoffizier geworden wäre! IfZ, Zs. Nr. 41 (Adm. a. D. Fuchs). – Für seine Begeisterung, als ihm von der Marine ein Modell des Panzerschiffs „Deutschland" geschenkt wurde: IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

[18] Raeder a. a. O., II, S. 157; IfZ, Zs. Nr. 41 (Adm. a. D. Fuchs); Puttkamer a. a. O., S. 11; Otto Dietrich, 12 Jahre mit Hitler, München 1955, S. 115.

[19] Zum ganzen vgl. Rolf Bensel, Die deutsche Flottenpolitik von 1933 bis 1939. Beiheft 3

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

land, sei es wegen seiner wesentlich kontinentalen Ziele, sei es wegen seiner Bewunderung für die politische Leistung des Empire, sei es auf Grund seiner Rassen-Ideologie. Mit dem von ihm angeregten Flottenabkommen – abgeschlossen am 18. Juni 1935 – schien Hitler dann das Fundament einer dauernden Verständigung gelegt[20]. Daß dennoch ein Konflikt nicht ausbleiben konnte, wenn er, weit über eine Revision des Versailler Vertrages hinausgehend, die gewaltsame Vorherrschaft auf dem Kontinent erstrebte, erkannte er ebensowenig, wie er die britische Mentalität überhaupt begriff. Über jene drohenden Konsequenzen täuschte sich auch die Marine selbst hinweg, obwohl Hitler seine Expansionsabsichten früh offenbart hatte und obwohl Raeder selbst schon von dem bloßen Versuch einer Änderung der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags eine Kriegsgefahr befürchtete[21]. Jedenfalls hielt Raeder einen Krieg, schon wegen der materiellen Schwäche der Marine, auf lange Zeit für undenkbar[22]. Die scheinbare „Übereinstimmung" zwischen ihm und Hitler in den „für die Zukunft der Marine entscheidenden Fragen" machte ihn und damit die ganze Marine[23] zu vertrauensvollen Gefolgsleuten des innen- und außenpolitisch erfolgreichen „Führers"[24], der ihnen für die Terrorakte der Organe des Regimes seltsamerweise nicht persönlich verantwortlich erschien[25].

Freilich gab es für die Marine auch weniger – oder doch weniger ernsthafte – Reibungen mit der Partei als für das Heer. Von Hause aus hatte sie kaum Berührung mit den örtlichen Dienststellen der NSDAP, oder sie dominierte in den Küstenstandorten derart, daß die dortigen Instanzen der Partei sich nicht an sie heran-

der Marine Rundschau, Berlin-Frankfurt/M. 1958. – Der Schiffbau-Ersatzplan für 1933 wurde im März aufgestellt und schon im April/Mai in Kraft gesetzt. So begann bald der Bau an diesen Schiffen, darunter der späteren „Scharnhorst", und eines Schwimmdocks. Wolfg. Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, in: K. D. Bracher, W. Sauer, G. Schulz, Die NS-Machtergreifung, Köln und Opladen 1960, S. 798. – Geld für den Bau dieses Docks wurde vom ostpreußischen Gauleiter Koch aus der „Spende zur Förderung der nationalen Arbeit" überwiesen: ebda, S. 800.

[20] Vgl. insbes. Raeder a. a. O., I, S. 300ff.; II, S. 24ff., 333. Ferner W. Malanowski, Das dtsch.-engl. Flottenabkommen v. 18. 6. 1935 als Ausgangspunkt für Hitlers doktrinäre Bündnispolitik, in: Wehrwiss. Rundschau 5 (1955), S. 408ff.; D. C. Watt, The Anglo-German Naval Agreement of 1935, in: Journal of Intern. Hist. 1956, S. 155ff.

[21] Raeder a. a. O., II, S. 167. – Im übrigen brach Hitler den Flottenvertrag rasch, indem die beiden späteren Schlachtschiffe „Bismarck" und „Tirpitz" größer als angegeben gebaut wurden: 52 000 t statt offiziell 35 000 t, – was nach sachkundigem Urteil von Marineseite „dem Ziel dieses Abkommens mit England, eine nochmalige Gegnerschaft der beiden Länder zu vermeiden", widersprach. Der Bruch des Vertrages in dieser Hinsicht war von den Engländern schon bald nach der Kiellegung der Schiffe, spätestens 1937, erkannt. – Vgl. dafür Paul W. Zieb, Logistik-Probleme der Marine, in: Die Wehrmacht im Kampf, Bd. 31, Neckargemünd 1961, S. 141. – Hitler am 3. 2. 33 über seine Expansionsabsichten: s. oben mit Anm. 8 und 9.

[22] Raeder a. a. O., II, S. 34, 152ff.

[23] Raeder a. a. O., II, S. 333.

[24] Raeder a. a. O., II, S. 110.

[25] Raeder a. a. O., II, S. 114, 134.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trauten[26]. Zwischenfälle, die in „Zusammenstößen" von Marineangehörigen mit Parteiorganen bestanden oder auf Amtsanmaßung von Parteifunktionären beruhten, wurden zum Teil mit Nachdruck von Raeder selbst geregelt[27]; sie verursachten jedenfalls keine Animosität gegen die Nationalsozialisten, wie sie von der Marine in der Zeit vorher der „Linken" gegenüber empfunden worden war[28]. Die Niederschlagung des sogenannten Röhm-Putsches stärkte sogar im Ganzen das Vertrauen in Hitler[29], obwohl die illegalen und brutalen Methoden der Aktion rasch bekannt wurden und bei einem Teil des Offizierkorps Empörung und Erschütterung hervorriefen[30]. Ein Versuch des damaligen Korvettenkapitäns Heye, Raeder gemeinsam mit dem Heer zu einer wirkungsvollen Stellungnahme bei Hitler zu veranlassen, schlug aber fehl, – und zwar kaum deshalb, weil Raeder persönlich zu ängstlich dafür gewesen wäre, sondern weil er „nicht zuständig" zu sein glaubte und überdies von einem solchen Schritt Nachteile für die Marine befürchtete[31]. Trotz dieser eben erst gemachten Erfahrungen leistete er darum ohne Bedenken den neuen „persönlichen" Eid[32], und ihm folgend die Marine, wobei sie die an sich ja ganz unmotivierte erneute Vereidigung einerseits als „Routine-Angelegenheit" auffaßte[33], andererseits aber auch als ersehnte Herstellung eines persönlichen Loyalitätsverhältnisses begrüßte[34].

Seinen eigenen Worten nach wurde für Raeder die Grenze, an der seine Gefolgschaft für Hitler endete, lediglich von seinem Fachgebiet bestimmt[35]. Nicht das Terrorsystem konnte ihn dazu bewegen, aus Protest seinen Abschied einzureichen, geschweige denn Widerstand zu leisten, sondern erst und allein die Tatsache, daß Hitlers Maßnahmen schließlich seinem fachlichen Gewissen zuwiderliefen. Wohl hat die Bekämpfung der Kirche dem überzeugten Christen Raeder manches Mißbehagen bereitet; doch sicherte er nur die Marine-Seelsorge energisch und erfolgreich gegen die Angriffe der Partei und trat für seine Marinepfarrer bei der Gestapo ein[36]. Desgleichen schützte er aktive Seeoffiziere, die nach der Rassen-Ideologie der NSDAP „nicht einwandfrei" waren, vor Verfolgungen, behielt sie entweder im Dienst – und zwar ohne Nachteile für ihre Laufbahn – oder sorgte für ihr

---

[26] Raeder a. a. O., II, S. 116; Dönitz a. a. O., S. 302.

[27] Raeder a. a. O., II, S. 117. Für die Zwischenfälle selbst siehe: Geheimakte über NSDAP-Zwischenfälle vom Januar 1933–30. 6. 34 (Sammelgr. 1, Sachgr. n, Untergr. 53) in Akten des OKW (Alexandria, Va.), Archiv-Nr. OKW/879.

[28] Raeder a. a. O., II, S. 15; Dönitz a. a. O., S. 302.

[29] Raeder a. a. O., I, S. 289; Dönitz a. a. O., S. 300f.; IfZ, Zs. Nr. 54.

[30] IfZ, Zs. Nr. 246 (Vizeadm. a. D. Heye).

[31] Raeder a. a. O., II, S. 22f.

[32] Raeder a. a. O., I, S. 290.

[33] IfZ, Zs. Nr. 1788 sowie weitere Zeugenbefragungen.

[34] IfZ, Zs. Nr. 979, 1630 u. a. – Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang daß es einem Seeoffizier unter der Weimarer Republik gelang, den ihm nicht zusagenden Eid auf die Verfassung zu umgehen und doch im Dienst zu bleiben. (Mitteilungen an den Verfasser.)

[35] Raeder a. a. O., II, S. 294.

[36] Ebenda, S. 131f., 135ff.; IfZ, Zs. Nr. 1808 (ehem. Marinedekan Ronneberger).

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ehrenvolles Ausscheiden und weiteres Fortkommen[37]. Wenn er darüber hinaus in wenigen Einzelfällen alter Bekanntschaft helfend eingriff, obwohl die betreffenden Personen nicht „in sein Ressort" fielen[38], so ändert das nichts an seiner prinzipiellen „Selbstbeschränkung"[39], d. h. an dem Verzicht, seine amtliche Autorität für die Kirche und die verfolgten Juden überhaupt einzusetzen.

Da Hitler ihm in den ersten Jahren innerhalb der Marine freie Hand ließ[40] – weil er mit dem Ausbau seiner eigenen Position genug zu tun hatte und inzwischen die Marine bei einem hervorragenden Fachmann gut aufgehoben wußte –, sah Raeder keine Veranlassung, sich einzuschalten, wenn das Recht mit Füßen getreten wurde. Nach dem Prinzip der „unpolitischen" Haltung des Soldaten und seiner „unbedingten Korrektheit gegen die bestehende Regierung" gab es für die Marine „keinen Zweifel" – und Raeder ließ keinen daran aufkommen –, „daß eine unbedingte Disziplin in den eigenen Reihen selbst bei größten Belastungen aufrechterhalten werden müsse"[41]. Ob wirklich noch niemand in jenen Tagen in die Zukunft sehen und wissen konnte, „was sich Jahre später ereignen würde", wie Raeder dazu hilfsweise argumentiert hat, blieb bei solchen Vorsätzen ohnehin eine akademische Frage.

II

Die ersten Zweifel an Hitler wollen Raeder im Frühjahr 1938 anläßlich der Blomberg-Fritsch-Krise gekommen sein[42]. Die Vorstellungen eines – damals noch „jüngeren" – Seeoffiziers wie Heye, gemeinsam mit dem Heer energische Schritte bei Hitler zu unternehmen, lehnte er jedoch ab[43], während er ein halbes Jahr später, nach der „Kristallnacht" vom 9./10. November 1938, auf die empörten Meldungen einer Reihe führender Offizieren der Marine[44] wenigstens über „die Unmoral der Handlungen und die eingetretene Schädigung des deutschen Ansehens" Klage beim Staatsoberhaupt führte[45]. Obwohl von der lahmen – in der Diktion auf Raeder berechneten – Ausrede Hitlers[46] „innerlich nicht befriedigt", ließ er

[37] IfZ, Zs. Nr. 1479 und Mitteilungen von kompetenter Seite an den Verfasser; Raeder a. a. O., II, S. 132.

[38] Vgl. Raeder a. a. O., II, S. 133 und die eidesstattl. Erklärungen betroffener Personen: ebda., S. 338ff. – Für Niemöller trat R. nur vorsichtig ein: II, S. 141ff.

[39] Raeder a. a. O., II, S. 132f. – Äußerungen Hitlers über das in seinen Augen „etwas bigotte Christentum" Raeders: Dr. Goebbels' Tagebücher, hrsg. von L. P. Lochner, Zürich 1948, Eintragung v. 9. 3. 1943, S. 261.

[40] Ebenda, S. 115f.

[41] Ebenda, S. 22f., auch für das Folgende.

[42] Raeder, a. a. O. I, S. 111f., 119ff.

[43] IfZ, Zs. Nr. 246 (Vizeadm. a. D. Heye).

[44] Raeder a. a. O., II, S. 133f.; Dönitz a. a. O., S. 302f.

[45] Raeder a. a. O., II, S. 133f.

[46] Nach Raeder erklärte Hitler ihm, der (bzw. die) Gauleiter sei (bzw. seien) „ihm aus dem Ruder gelaufen". — Vgl. bereits Krausnick (a. a. O., S. 370 mit Fußnote 532), der sich auf das übereinstimmende Zeugnis Adm. a. D. Patzigs berufen kann.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich damit abspeisen und sah seinen Grundsätzen entsprechend keine weiteren „Möglichkeiten des Eingreifens".

Sehr anders reagierte Raeder aber schon wenige Tage danach, als Hitler während eines Vortrages vor ihm plötzlich heftig die bisherige Baupolitik der Marine, und zwar namentlich die Pläne der beiden – später „Bismarck" und „Tirpitz" getauften – Schlachtschiffe kritisierte[47]. In diesem Augenblick ersuchte der Oberbefehlshaber der Marine in relativ scharfer Form um seine Entlassung. Von da an häuften sich die Auseinandersetzungen – die jedesmal Raeders Ressort betrafen – so daß er, der von seinem ersten Abschiedsgesuch auf Drängen Hitlers Abstand genommen hatte, trotz äußerer Ehrungen sein Amt zum 1. Oktober 1939 erneut zur Verfügung stellte[48].

Der inzwischen ausbrechende Krieg machte Raeder freilich sofort anderen Sinnes[49], obwohl er gerade in diesem Augenblick allen Grund zur Enttäuschung und zum Zweifel an Hitler gehabt hätte[50]. Jetzt auszuscheiden, erschien seinem rein „soldatischen" Denken als Desertion. Wenn die Marine schon, unfertig wie sie war, nicht mehr tun konnte als „kämpfend und in Ehren unterzugehen"[51], so wollte Raeder ebenso selbstverständlich auf seinem Posten bleiben, wie dies von jedem Kommandanten eines Schiffes verlangt wurde. Wie wenig er bedachte, daß wesentlich mehr auf dem Spiel stand als seine persönliche Ehre oder selbst die der Marine[52], zeigt auch seine Verständnislosigkeit für das Verhalten von Beck, das er nicht einmal als Möglichkeit in Erwägung zog[53]. Um was es wirklich ging, erkannte mit aller Klarheit fast allein der Abwehrchef Canaris[54], der mit Raeder

---

[47] Raeder a. a. O., II, S. 126f.

[48] Ebenda, S. 128f. (Am 1. April 1939, anläßlich des Stapellaufs des Schlachtschiffs „Tirpitz" in Wilhelmshaven, war Raeder zum Großadmiral befördert worden: S. 129.)

[49] Ebenda, S. 131.

[50] Ebenda, S. 166ff. – Noch kurz vor Ausbruch des Krieges sagte Raeder in einer Ansprache in Stettin: „Glaubt doch nicht, daß der Führer mit England Krieg führt; er wird doch nicht leichtfertig das bisher Erreichte aufs Spiel setzen!" IfZ, Zs. Nr. 1630 (Kpt. z. S. a. D. Kupfer).

[51] Raeder a. a. O., II, S. 171 und „Gedanken des Ob. d. M. zum Kriegsausbruch", 3. 9. 1939, persönl. Akten Raeders (ungedruckt), Akten der Seekriegsleitung. Hierin sagt R., daß „nicht vor 1944 mit dem Krieg zu rechnen" gewesen sei, daß Hitler „bis zum Schluß" (22. 8. auf dem Obersalzberg) an die „Vermeidung des Krieges" geglaubt habe; und über die Marine, daß die U-Boote viel zu schwach seien, um „ihrerseits kriegsentscheidend zu wirken", die Überwasserstreitkräfte aber nur zeigen könnten, „daß sie mit Anstand zu sterben verstehen und damit die Grundlagen für einen späteren Wiederaufbau zu schaffen bereit sind".

[52] Für Raeders persönlichen Ehrbegriff bezeichnend erscheint es, daß er nach Hitlers schwerem Angriff auf den „Geist" der Marine nach dem wenig glücklichen Kampf gegen einen britischen Geleitzug im Nordmeer Ende Dezember 1942 bereit war, vor dessen Augen Gift zu nehmen, wenn er seine Vorwürfe nicht zurückzog (IfZ, Zs. Nr. 1481).

[53] Raeder a. a. O., II, S. 130, 293f.

[54] Vgl. besonders sein Wort bei Kriegsausbruch: „Das ist das Ende Deutschlands": Krausnick a. a. O., S. 380 (mit den Belegen). Über Canaris: ders., in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 3, S. 116ff.; die Dokumentation „Aus den Personalakten von Canaris" in dieser Zeitschrift 10 (1962), S. 280ff. sowie bereits K. J. Abshagen, Canaris, Patriot und Weltbürger, Stuttgart 1949.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

selbst wie mit der Marine im ganzen zu wenig unmittelbaren Kontakt mehr besaß[55], als daß sein Anteil am Widerstand gegen Hitler seiner Waffengattung zuzurechnen wäre. Vielmehr distanziert sich „die Marine" noch heute weitgehend von ihm, wie sie denn – von wenigen Ausnahmen abgesehen – überhaupt „den Widerstand" ablehnt[56].

Dennoch fehlte es – neben Canaris – nicht an einigen einsichtigen Männern innerhalb der Marine, die sich an dem ersten, noch „legalen" Akt der deutschen militärischen Opposition während der Sudeten-Krise im Hochsommer 1938 beteiligten. Bis dahin waren, wie gesagt, Raeder und die Marineführung von Hitlers Rüstungen nicht beunruhigt worden. Sogar die Ankündigungen vom 5. November 1937, bekannt durch das Hoßbachdokument, will Raeder nicht ernst genommen, sondern Görings beruhigenden Versicherungen geglaubt haben, Hitler wolle das Heer nur bei seiner Aufrüstung anspornen[57]. Daran änderte selbst die neue Weisung des Oberbefehlshabers der Wehrmacht vom 7. bzw. 21. Dezember 1937[58] nichts, weil der Ernstfall an die Voraussetzung „voller Kriegsbereitschaft auf allen Gebieten" oder einer sicheren Neutralität der Westmächte geknüpft war, – was dem ganzen Plan scheinbar theoretischen Charakter gab. Nun zeigte der Aufmarschplan „Grün" gegen die Tschechoslowakei zwar ein Nahziel, das Raeders schwerste Bedenken hätte hervorrufen müssen, weil es über eine Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausging[59]. Doch reagierte er immer noch nicht, obwohl er jetzt auch „fachlich" betroffen war und die schon länger spürbare Feindseligkeit Hitlers gegen England das Schlimmste befürchten lassen mußte[60]. Stark beeindruckt von den vorangegangenen außenpolitischen Erfolgen Hitlers, vertraute er noch immer auf ihn und sein „Glück"[61].

Dafür hegten im Oberkommando der Marine zwei Männer die gleichen Sorgen wie Beck: der Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Vizeadmiral Guse, und sein erster Operationsoffizier, Fregattenkapitän Heye, – bezeichnenderweise Offiziere in Stellungen, die denen des Chefs des Generalstabes und seines Ia entsprachen. Heye, Sohn des ehemaligen Chefs der Heeresleitung und ein Offizier, der schon vor der „Machtübernahme" durch politisches Denken „unangenehm aufgefallen"

[55] Raeder a. a. O., II, S. 134, 193f.; IfZ, Zs. Nr. 54 u. a.; Dönitz a. a. O., S. 298f.

[56] Kurt Assmann, Deutsche Schicksalsjahre, Wiesbaden 1950, S. 483. – Protokoll Vizeadm. a. D. Arps (ungedr.); Denkschrift Adm. a. D. Kleikamp (ungedr.; Abschriften im Institut für Zeitgeschichte). – Befragungen überlebender Zeugen.

[57] IMT, Bd. XIV, S. 44f.; Raeder a. a. O., II, S. 149f. – Dagegen vertrat Dönitz seit 1937 „sehr bestimmt" die Auffassung, daß es bald zum Krieg mit England kommen werde: Zieb a. a. O. (vgl. Anm. 21), S. 143.

[58] IMT, Bd. XXXIV, S. 745ff.; Akten z. Dt. Ausw. Politik 1918–1945, Serie D, Bd. 7, Baden-Baden 1956, S. 547ff.

[59] Dazu Raeder a. a. O., II, S. 167.

[60] Da in der Marine inzwischen die Meinung stark vertreten worden war, daß England in einen bewaffneten Konflikt Deutschlands mit der Tschechoslowakei eingreifen würde, wurden Gespräche darüber „von oben" verboten (IfZ, Zs. Nr. 1809).

[61] Raeder a. a. O., II, S. 131; dazu die Tagebücher von Ulrich von Hassell, „Vom anderen Deutschland", Zürich/Freiburg 1946, S. 17 (Eintr. v. 14. 9. 38).

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war[62], verfaßte im Juli (1938) eine „Lagebetrachtung" im Falle eines deutschen Angriffs auf die Tschechoslowakei[63]. Wie Beck sah er das Eingreifen Englands und Frankreichs voraus, möglicherweise später auch Amerikas und Rußlands, weil der deutsche Überfall „wie ein Fanal" wirken werde und die anderen sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen würden, „die deutsche Gefahr ein für allemal zu bannen". Schon ein Krieg gegen die Westmächte aber bedeute „den Verlust des Krieges für Deutschland mit allen Folgen". In geschickter Taktik geißelte Heye an dieser Stelle zugleich den Terror im eigenen Lande, indem er ihn als Grund für die gefährliche Antipathie des „feindlichen und neutralen Auslands" gegen Deutschland hinstellte, der durch Stärkung der „Staatsautorität . . . gegenüber den Befugnissen und Rechten der Partei . . . weitgehend der Boden entzogen" werden sollte[64]. Die abschließende Feststellung der Aufgabe des Soldaten dem Politiker gegenüber: „der politischen Führung die militärische Beurteilung, auch der ungünstigsten Lage darzulegen, damit die politische Führung die Größe ihrer Verantwortung kennt und ihre Entschlüsse nicht auf unvollständige Unterrichtung aufbaut", war wohl an Clausewitz orientiert, wurde von Heye indes der besseren „Wirkung" halber lieber mit einem angeblichen „Führerwort" begründet. Ihm schloß sich Guse an mit der – für den zurückhaltenden und von Natur nicht „kämpferischen" Chef der Skl sehr beachtlichen – Forderung gemeinsamer Vorstellungen der drei Oberbefehlshaber der Wehrmacht bei Hitler, bzw. wenigstens der beiden Oberbefehlshaber des Heeres und der Kriegsmarine, da Göring wahrscheinlich „nicht dazu zu bewegen sein" werde. Doch auch ein gemeinsamer Schritt von Brauchitsch und Raeder unterblieb, weil soldatische Gehorsamspflicht und die Hoffnung, es werde wieder gut gehen, beide davon abhielten[65].

---

[62] Insbesondere bei einer Diskussion in einem Führergehilfenlehrgang für Heer und Marine anläßlich eines Besuches Schleichers i. J. 1929: IfZ, Zs. Nr. 246 (Vizeadm. a. D. Heye).

[63] Weisungen des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht für den Fall „Grün", Akten des OKM, 1. Abt. Skl Ia; Heft 2, Befehle für Geheimhaltung, Anlaufen der Maßnahmen, Stellungnahmen usw. (ungedr., Bundesarchiv Koblenz); dazu IfZ, Zs. Nr. 246 (Vizeadm. a. D. Heye). – Vgl. Krausnick a. a. O., S. 312ff.

[64] „Die Stimmung in den maßgebenden Staaten ist ausgesprochen deutschfeindlich. Diese Stimmung beruht nicht so sehr auf Sympathie mit den Tschechen als auf Antipathie gegen Deutschland. Sie wird dauernd genährt durch die Ansichten des Auslandes über die Zustände in Deutschland, die bei dem einzelnen Ausländer beinahe eine Kreuzzugsstimmung aufkommen lassen. Die Methoden der geistigen und politischen Gleichschaltung des deutschen Volkes, die Art und Weise, wie die Kirchen- und die Judenfrage nach den zahlreichen ins Ausland gelangenden Nachrichten gelöst wird, lassen für den denkenden Ausländer Deutschland als Sowjetrußland sinnverwandten Staat erscheinen . . . Das bisherige System der Gestapo, die Behandlung der Kirchen- und Judenfrage müssen in festere, gesetzliche Formen gegossen werden. Die Staatsautorität muß gegenüber den Befugnissen und Rechten der Partei gestärkt werden." („Beurteilung der Lage Deutschland-Tschechei – Juli 1938" – vgl. Anm. 63.)

[65] Immerhin behauptet Assmann a. a. O., S. 45 (vgl. auch Marine Rundschau 58 [1961], S. 9), ohne näheren Nachweis, das OKM habe im Sommer 1938 Hitler „eine eindrucksvolle Denkschrift" vorgelegt, in welcher der Besorgnis vor einem Krieg mit England Ausdruck gegeben worden sei. Wenn dies zutrifft, so könnten die erwähnten Denkschriften dazu den Anstoß gegeben und dabei teilweise Verwendung gefunden haben.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei dem darauf folgenden ersten Akt „illegaler" Opposition, dem Versuch, Hitler in dem Augenblick mattzusetzen, in dem er den „Fall Grün" verwirklichen wollte, war von der Marine niemand beteiligt. Wohl stand Canaris leitend und schützend hinter Oster, der im Verschwörerkreis um Halder und Witzleben als der „Motor" erschien, doch kann er eben nicht als Vertreter „der Marine" betrachtet werden. Dasselbe gilt von dem damaligen Kapitänleutnant Liedig, der ebenfalls zur Abwehr gehörte und bei einer Heeresdienststelle eingesetzt war. Er hatte sich mit für den Stoßtrupp zur Verfügung gestellt, der unter der Führung seines ehemaligen Kameraden aus der Brigade Ehrhardt, Oberstleutnant Heinz, in die Reichskanzlei eindringen und Hitler verhaften sollte[66].

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der weiter tätigen, wenn auch sich wandelnden Oppositionsgruppe um Halder und Witzleben und dem späteren Widerstandskreis in der Marine ist nicht zu erkennen. Verschiedene Versuche des Generalstabschefs, auch Marineoffiziere heranzuziehen, waren nicht nur erfolglos, sondern sogar gefährlich[67]. Verhältnismäßig offen konnte Halder wohl mit dem damaligen Chef der Seekriegsleitung, Admiral Schniewind, reden. Doch bei allem Verständnis für Kritik am Regime verstand dieser weitergehende Andeutungen, wie: daß man die kritische Einstellung in Taten umsetzen müsse, nicht oder wollte sie nicht verstehen. Ihre gegenseitige Sympathie schloß hier wohl eine Gefährdung Halders aus, während dieser bei den wenigen anderen Seeoffizieren, die er ansprach, froh sein mußte, daß sie keinen Alarm schlugen. Die „völlige Unbrauchbarkeit" der Marine „für Zwecke des Widerstandes" bestätigte sich für den Generalstabschef so kraß, daß er sie danach bewußt nicht weiter umwarb[68], zumal sie „technisch" nur wenig nutzen konnte. Wenn sie später dennoch – obschon nur mit einer kleinen Zelle und nur teilweise aktiv – an der militärischen Opposition beteiligt war, scheint das auf „zufälligen" persönlichen Umständen zu beruhen: nämlich darauf, daß es Claus von Stauffenberg war, der im Herbst 1943 die aktive Leitung des Widerstandes in der Armee übernahm und er einen Bruder (Berthold) in der Seekriegsleitung hatte, der im Völkerrechts-Referat der Operationsabteilung – zuletzt als sogenannter Marine-Oberstabsrichter – tätig war. Eine „autochthone" Opposition entstand in der Marine also nicht, sondern es bedurfte dazu des Anstoßes von außen.

III

Ohne Zweifel hat Claus von Stauffenberg diesen Anstoß zum aktiven Widerstand in der Marine gegeben. Obwohl Beck ihr dafür ebensowenig Bedeutung beimaß

[66] E. Zeller, Geist der Freiheit, München, 3. Aufl. 1956, S. 36; G. Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, 3. Aufl., Stuttgart 1956, S. 195; Krausnick a. a. O., S. 344f.

[67] Mitteilung von Gen. Oberst a. D. Halder an Verf. (5. 9. 56); auch für das Folgende (IfZ, Zs. Nr. 240).

[68] Auch auf Grund von Mitteilungen von Gen. Adm. a. D. Schniewind an Verf. (3. 10. 56).

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie zuvor Halder[69], sollte wenigstens soviel erreicht werden, daß sie nach dem erhofften Erfolg des Anschlages auf den neuen Kurs einschwenkte[70]. Die Erfahrung vom März 1943 – daß nämlich damals selbst bei geglücktem Attentat der anschließende Umsturz nicht „glatt" verlaufen wäre[71] – ließ dies ratsam erscheinen.

Trotz ihres Temperaments-Unterschiedes – Claus: stürmisch-drängend, Berthold[72]: ruhig und gelassen – war Berthold seinem einundeinhalb Jahre jüngeren Bruder von jeher eng verbunden. Daß er sich indes von diesem hätte hinreißen lassen, sofern er nicht von sich aus zu denselben Anschauungen oder Entschlüssen kam, ist nach dem Urteil eines Freundes nicht anzunehmen[73]. Ja, es scheint unmöglich, einen von beiden als Inaugurator anzusprechen: bei der Art ihrer brüderlichen Verbundenheit hätte Claus nicht ohne Berthold gehandelt, und dieser wäre ohne des Bruders Begabung und Feuer nicht zum Handeln gekommen[74]. Sein sittlich fundiertes Gerechtigkeitsgefühl ließ ihn, der anfänglich im Nationalsozialismus positive Ansätze zu erkennen geglaubt hatte, bald zum überzeugten Gegner werden. Stets bereit, das Recht und die Menschlichkeit zu vertreten, verhinderte er in seiner Kriegs-Dienststellung unauffällig, oder doch ohne daß es den Betroffenen immer klar wurde, manches Unrecht[75]. Wenn sich die deutsche Seekriegsführung an die Regeln des Völkerrechts hielt, so war das auch sein Verdienst[76]. Über die Lage des Reiches war er teils durch seine offizielle Position, mehr aber noch durch seine persönlichen Beziehungen zu Trott zu Solz, den er seit 1938/39 kannte, gut und laufend informiert. Die Einsicht, daß der Untergang drohte, trieb auch ihn zum Handeln. Dabei kam es gerade ihm wesentlich darauf an, daß die Sühne für die Verbrechen des Nationalsozialismus eine deutsche Sache blieb, die noch vor Kriegsende erfolgen müsse. Nicht durch Maßnahmen der Gegner – wie es später geschah –, sondern durch deutsche Gerichte sollten die Schuldigen bestraft werden, und erst danach Verhandlungen – wie er hoffte, für einen Kompromißfrieden – folgen[77].

---

[69] Kaltenbrunner-Bericht vom 1. 8. 44, in: Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944, hrsg. vom Archiv Peter, Stuttgart 1961, S. 115.

[70] Ebenda, S. 115f.

[71] Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler. (Fischer-Bücherei) Frankfurt/M. und Hamburg 1959, S. 100.

[72] Vgl. über ihn allgemein: Eberh. Zeller, Geist der Freiheit. Der Zwanzigste Juli, 3. Aufl., München 1956, S. 166ff.; Annedore Leber, Das Gewissen steht auf, Berlin-Frankfurt/M. 1956, S. 126f.; A. Strebel, In memoriam B. Schenk Graf v. Stauffenberg (1905-1944), in: Ztschr. für ausl. öfftl. Recht u. Völkerrecht, Bd. XIII, Stuttgart u. Köln 1950/51, S. 14ff.; Th. Pfizer, Die Brüder Stauffenberg, in: Rob. Boehringer, Eine Freundesgabe, hrsg. v. Erich Boehringer u. Wilh. Hoffmann, Tübingen 1957, S. 487ff.

[73] IfZ, Zs. Nr. 1797 (Werner Traber, Vorstandsmitgl. der Hamburg-Amerika-Linie, damals „Hilfsarbeiter" in der Seekriegsleitung).

[74] Mitteilung von Prof. Dr. R. Fahrner an Verf. (5. 7. 62). IfZ, Zs. Nr. 1790.

[75] Zeller a. a. O., S. 167; IfZ, Zs. Nr. 1797 (W. Traber).

[76] Vgl. auch Raeder a. a. O., II, S. 316ff.

[77] IfZ, Zs. Nr. 1797 (W. Traber); Kaltenbrunner-Berichte a. a. O., S. 19, 189.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So trat Berthold von Stauffenberg im Herbst 1943 an den damaligen Korvettenkapitän Alfred Kranzfelder heran, dem er zuerst dienstlich, dann aber auch menschlich eng verbunden war[78] und der schließlich mit ihm das Martyrium teilen sollte. Kranzfelder, aus einer bayrischen Juristenfamilie stammend, war eher aus romantischer Veranlagung denn aus Neigung für den Soldatenberuf Seeoffizier geworden. Er wollte einfach hinaus in die Welt, die er dann zu einem Teil auf einer Schulschiffreise des Kreuzers „Berlin" kennenlernte. Hätten nicht materielle Umstände ihn daran gehindert – sein Vater starb früh und hinterließ die Familie in recht beschränkten Verhältnissen –, so wäre er wohl Wissenschaftler geworden, um der „Wahrheit" nachzuspüren. Bemerkenswert ist, daß ihn im Fernen Osten der Buddhismus, „die große Ruhe in sich selbst", besonders anrührte[79]. Geistig und körperlich sehr begabt, auf guter Schule vorgebildet (Jesuitenschule), wurde er „Crew-Ältester", d. h. Jahrgangsbester, von 1927. Erkannte man seine Leistungen wie seine Kameradschaftlichkeit wohl allerseits an, so fand er doch nur wenig engere Freundschaft. Ein gewisser beruflicher und gesellschaftlicher Ehrgeiz, verbunden mit einiger Verschlossenheit, soweit er nicht auf geistige Verwandtschaft stieß, ließen ihn manchem fremd erscheinen. Seine zum guten Teil andersartige Laufbahn – er wurde „Dickschiffs- und Stabsmann", während die Kameraden mehr bei kleineren Einheiten und „an der Front" eingesetzt wurden – hat wohl den Abstand vergrößert[80]. Nachdem ein Anfall von Lungenbluten seine Zeit als Wachoffizier auf dem Panzerschiff „Admiral Scheer" vorzeitig beendet und auch eine Kur in der Schweiz ihn nicht wieder borddienstfähig gemacht hatte, wurde er in die Seekriegsleitung kommandiert, um nun im Kriege im „Politischen Referat" der Operationsabteilung verwendet zu werden[81]. Hier war er mit Berthold von Stauffenberg in dienstliche Berührung gekommen, aus der sich, bei allem Unterschied des Temperaments, auf Grund einer geistigen, seelischen und sittlichen Übereinstimmung enge Freundschaft entwickelte. Voller Abscheu gegen die Unrechtsnatur des Systems und verzweifelt über die politische und militärische Lage, bejahte er – nach längerem Ringen mit sich selbst – seit Februar 1943 grundsätzlich den Umsturz[82], so daß Berthold von Stauffenberg in ihm rasch einen Helfer für seine Ziele fand.

Vorsichtig gingen die beiden nun daran, den Kreis zu erweitern. Sie wandten sich im Herbst 1943 an den Korvettenkapitän z. V. Dr. Sydney Jessen, der als Feindlage-Bearbeiter in der Nachrichtenabteilung der Skl (3/Skl) Dienst tat[83]. Es war zu erwarten, daß nach dem geplanten Attentat und Hitlers Tod eine Phase der Direktionslosigkeit eintreten werde; also kam es darauf an, daß die Verschworenen

[78] Über ihn allgemein: Zeller a. a. O., S. 179f.; Aufzeichnungen von Frau Ruth Graf, geb. Kläger (K's ehem. Verlobten): IfZ, Zs. Nr. 1803.

[79] Zeller a. a. O., S. 179; IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen); Zs. Nr. 1803 (Frau Graf).

[80] IfZ, Zs. Nr. 1783 (Kkpt. a. D. Oehrn); Zs. Nr. 1775.

[81] IfZ, Zs. Nr. 1774 u. 1800.

[82] IfZ, Zs. Nr. 1803 (Frau Graf).

[83] IfZ, Us. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Jessen).

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich der Macht vergewisserten und verhinderten, daß ein Nachfolger aus der NS-„Elite" die Gelegenheit für sich nützte. Dabei galt es vor allem, die Nachrichtenmittel der Marine in die Hand zu bekommen oder wenigstens für die Gegner zu blockieren. Daher der Weg zu Jessen, den Kranzfelder zufällig auf einer Privatgesellschaft kennengelernt hatte, wobei sich beide rasch politisch völlig verstanden[84].

Jessen, der sich persönlich wohl sofort zur Verfügung stellte, aber „technisch" im gewünschten Sinne nicht helfen konnte, wies die beiden weiter an den ihm vertrauten Kapitän z. S. Kupfer, damals Chef der Abteilung Nachrichtenübermittlungsdienst[85]. Sie besuchten ihn und begannen ein „eindeutiges politisches Gespräch", das jedoch zu keinen konkreten Vereinbarungen führte. Kupfer, der Berthold von Stauffenberg zum ersten Mal sah, war erklärlicherweise sehr überrascht und fragte bei Jessen nach, wieso die Herren zu ihm gekommen seien und was es damit auf sich habe. Die Antwort, daß Jessen sie zu ihm geschickt habe, zerstreute den Verdacht einer „Bespitzelung".

Der bald darauf folgende zweite Besuch Stauffenbergs und Kranzfelders bei Kupfer verlief daher in voller Offenheit untereinander. Die beiden gestanden freimütig ein, daß sie Verbindung mit Widerstandskreisen im Generalstab d. H. hätten und daß dort die Beseitigung des Regimes geplant sei. Es sollten im gegebenen Augenblick Fernschreiben auf allen möglichen Kanälen ergehen, und es komme darauf an, diese Nachrichtenmittel zu besitzen und für Gegenbefehle zu lähmen. An eine Zerstörung des Netzes sei nicht gedacht. Ihre klare Frage war, ob Kupfer als Abteilungschef des Nachrichtendienstes in der Seekriegsleitung die Durchgabe der Aufrufe gewährleisten und anschließend den Apparat stillegen könne. Kupfer seinerseits sagte daraufhin nicht sofort zu, sondern schlug eine dritte Zusammenkunft vor. Er mußte sich überlegen, ob er überhaupt mitmachen wollte und ob die an ihn gestellten Forderungen technisch durchführbar waren, – auch, ob noch jemand hinzugezogen werden sollte. All das besprach er mit Jessen und kam zu einem vollen „Ja", das er den Verschworenen mitteilte.

Es folgten einige weitere Besprechungen, die darum gingen, ob die Marine als solche nicht doch aktiv an dem Widerstand beteiligt werden könne. Aber schnell waren Kranzfelder, Kupfer und Jessen sich darüber einig, daß die Gefahr, verraten zu werden, in keinem Verhältnis zu dem möglichen Nutzen stehen würde: es waren einfach nicht genügend Truppenteile zum Einsatz für die Zwecke der Opposition vorhanden. Die Frage, ob die Marine überhaupt „ansprechbar" sei, wurde in diesem Augenblick nicht weiter geprüft, da Jessen von dem Mißerfolg eines Versuchs überzeugt war. Bemühungen, den Kreis wesentlich zu erweitern, wurden daher nicht unternommen, und die einzige Verbindung der Marine zur militärischen Opposition im Heer war und blieb Berthold von Stauffenberg. Die Marine geriet darum in der nächsten Zeit an den Rand der Entwicklung bzw. in die Rolle eines bloßen „Mithörers", der soweit informiert wurde, wie es für die Erfüllung der ihm zugedachten Aufgabe nötig war. Insbesondere fand keinerlei Schrift-

[84] Ebenda.

[85] IfZ, Zs. Nr. 1630 (Kpt. z. S. a. D. Kupfer); auch für das Folgende.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wechsel statt, was die meisten der Beteiligten später vor dem Schlimmsten bewahrte, zumal sie von den weiteren Zusammenhängen und Verbindungen innerhalb des Widerstandes, zum Kreisauer Kreis oder zum zivilen Widerstand um Goerdeler, nichts erfuhren[86].

Ursprünglich war die Nachrichtenzentrale der Marine in der Bendlerstraße bzw. am Tirpitzufer in Berlin konzentriert. Die verstärkten Angriffe alliierter Bomber auf die Hauptstadt veranlaßten aber den Chef der Seekriegsleitung, Meisel, vorsorglich Ausweichlager im Norden der Stadt bei Bernau und Eberswalde vorzubereiten[87], wohin auch gegen Ende November 1943 Teile des OKM umzogen[88]. Das ehemalige Berliner Amt wurde dezentralisiert, denn Kapitän Kupfer hatte seine eigene Dienststelle jetzt in Eberswalde, andere Führungsstäbe saßen in Bernau, und die Waffenämter waren verstreut untergebracht[89]. Die damit auftretende Frage, ob die rasche Durchgabe der Befehle nach einem Anschlag noch garantiert sei und das Netz blockiert werden könne, mußte Kupfer mit „Nein" beantworten.

Damit fiel die Marine, ohnehin auf eine Nebenrolle beschränkt, faktisch aus. Gleichwohl wurde noch manches kritische Gespräch geführt, doch weihte man die betreffenden Offiziere schließlich nicht ein, weil man sie nicht belasten wollte, zumal man von ihnen keine wirksame Hilfe erwarten konnte.

Ferner wurde die Suche nach einem Admiral nicht aufgegeben, der sich vielleicht zur Verfügung stellen würde, was bei der Befehlsstruktur und Mentalität der Marine sehr wichtig gewesen wäre. Hierauf abzielende Gespräche wurden von Jessen mit Vizeadmiral Weichold geführt, der im März 1943 von seinem Posten als „Deutscher Admiral beim italienischen Admiralstab" abgelöst worden war[90]. Ursprünglich mit Dönitz befreundet, hatte er später dessen stärkstes Mißfallen erregt, weil er ihm nach der Ernennung zum Oberbefehlshaber der Marine offen erklärt hatte, der Krieg im Mittelmeer sei verloren. Er war daher mit fadenscheinigen Begründungen[91] „in die Wüste geschickt" worden und konnte noch froh sein, daß er mit der bloßen Versetzung in die Reserve davongekommen war.

Als Jessen sich an Weichold – einen Crew-Kameraden – wandte, war er, ohne es zu ahnen, an einen Eingeweihten geraten. Für ihn war Weichold einfach der bewährte[92] und vertrauenswürdige[93] Admiral, der mit seinem persönlichen und

---

[86] IfZ, Zs. Nr. 1484 (Jessen); umgekehrt wußten auch die zivilen Kreise nicht von der Opposition in der Kriegsmarine: Mitt. von Dr. v. Schlabrendorff vom 14. 2. 61 u. Dr. Stroelin vom 3. 12. 56; vgl. auch H. B. Gisevius, Bis zum bittern Ende, Zürich 1946, 2. Aufl.

[87] IfZ, Zs. Nr. 1739.

[88] Walter Lohmann u. Hans H. Hillebrand, Die deutsche Kriegsmarine 1939–45, Bad Nauheim 1956ff., Bd. I, Abt. 31, S. 1 („Bismarck" bei Eberswalde, „Koralle" bei Bernau).

[89] IfZ, Zs. Nr. 1630 (Kpt. z. S. a. D. Kupfer); Nr. 1772.

[90] IfZ, Zs. Nr. 667 (Vizeadm. a. D. Weichold); Lohmann-Hillebrand a. a. O., Bd. III, Abt. 291, S. 422.

[91] Vgl. Dönitz a. a. O., S. 367f.

[92] Weichold war Chef des Stabes der Hochseeflotte unter Admiral Boehm gewesen, Leiter der Marine-Akademie und Deutscher Admiral beim Ital. Marine-OK (Supramarina).

[93] Beide waren, wie gesagt, Crew-Kameraden, Weichhold war Crew-Ältester gewesen.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fachlichen Ansehen vielleicht größere Teile der Marine im Sinne der Opposition zu beeinflussen vermochte. Von den Verbindungen Weicholds zu Moltke konnte er nichts wissen. Diese beiden hatten in Berlin und in Rom manches sorgenvolle und heikle politische Gespräch geführt; aber Weichold lehnte, wie Moltke, ein Attentat ab[94], wenn auch teilweise aus anderen Gründen: nicht so sehr aus ethischen Motiven als aus der politischen Erwägung, daß ein gelungener Anschlag eine neue Dolchstoßlegende heraufbeschwören könne und daß es deshalb besser sei, wenn Hitler sich selbst ad absurdum führe. Obwohl dies weitere Opfer forderte, war Weichold gegen ein Attentat und ließ daher keine Bereitschaft erkennen, sich dem aktiven Widerstand anzuschließen.

Noch weniger weit gediehen bzw. als noch problematischer erwiesen sich die Überlegungen Kupfers, einen anderen Admiral zu gewinnen. Er mußte schließlich auf jeden direkten Versuch verzichten, weil nach seinem Eindruck die für ein entscheidendes Gespräch erforderliche Vertrauensbasis nicht gewährleistet war[95].

An Gladisch – seit Kriegsbeginn Reichskommissar am Oberprisenhof – dachte anscheinend niemand. Wohl hatte er für seinen engeren Stab Persönlichkeiten gewählt, die nicht mit der Partei sympathisierten: an der Spitze, als seinen Vertreter, Admiral von Gagern[96], weiter Prof. Dr. Wiedmann, den Mitschöpfer der deutschen Prisenordnung[97], mit dem er befreundet war und mit dem man offen reden konnte[98]; dazu den nachmaligen Staatssekretär Dr. Lenz[99] oder den Korvettenkapitän von Tirpitz, den Sohn des einstigen Großadmirals[100]. Daß Gladisch sich selbst im Sinne des Widerstandes exponieren werde, war nach den bisherigen Erfahrungen aber kaum anzunehmen[101], und so wurde er offenbar nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Als er dann doch erfuhr, daß man Hitler und seine Clique mit Gewalt beseitigen wolle, hat er darüber strengstes Stillschweigen gewahrt[102]. – Auch Vizeadmiral Ruge, damals im Stabe Rommels in Frankreich, wurde nicht herangezogen, obwohl er eher in Frage gekommen wäre als Gladisch. Mehr als einmal hatte der Marschall offen und vertraulich mit dem Admiral über seine Sorgen gesprochen[103] und Widerhall gefunden[104]; auch machte Speidel ihm gegenüber Andeutungen,

[94] IfZ, Zs. Nr. 667 (Vizeadm. a. D. Weichold).

[95] IfZ, Zs. Nr. 1630 (Kpt. z. S. a. D. Kupfer).

[96] IfZ, Zs. Nr. 1794 (Dr. Lenz); Zs. Nr. 1796 (Dr. v. Tirpitz); Zs. Nr. 1793 (Frl. Langheld, ehem. Sekretärin von Gladisch). – Über die Amtseinführung des Oberprisenhofs am 24. 9. 39 vgl. Karl Schwarz, Der Krieg, seine Vorgeschichte und seine Entwicklung bis zum 1. Februar 1940, Berlin 1940, S. 333.

[97] Prisenordnung vom 28. 8. 39; RGBl 1939/I, S. 1585 u. Schwarz a. a. O., S. 316ff.

[98] IfZ, Zs. Nr. 1794 (Dr. Lenz).

[99] Ebenda.

[100] IfZ, Zs. Nr. 1796 (Dr. v. Tirpitz).

[101] IfZ, Zs. Nr. 1781, 1479, 1635.

[102] IfZ, Zs. Nr. 339, 1479, vgl. auch Nr. 1793 (Frl. Langheld).

[103] Friedrich Ruge, Rommel und die Invasion. Erinnerungen, Stuttgart 1959, S. 178f. u. ö.

[104] Bei einer solchen vertraulichen Besprechung Ende Juni 1944 äußerte Ruge, Hitler müsse durch Tod freiwillig abtreten, worauf Rommel ihm nur antwortete: „Sie sind ja ein rauher Krieger", aber nicht weiterging. – Ebd., S. 191.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ohne indes Ruge ein „vollständiges Bild des Geplanten" zu geben[105]. So war dieser noch am 20. Juli ahnungslos, bis ihn Speidel, in der Meinung, der Umsturz sei gelungen, über alles unterrichtete[106]. Sicherlich wäre Ruge danach eindeutig mit den Verschworenen gegangen, kam aber zu seinem Glück nicht mehr dazu, weil inzwischen auch in Paris der Umschwung eingesetzt hatte. Seine mögliche Bereitschaft für die Sache der Opposition war in der kleinen „Zelle" in der Seekriegsleitung nicht bekannt, und so ist sie an ihn nie mit konkreten Fragen oder Wünschen herangetreten.

Für die Opposition bedeutete das alles, daß die Marine für einen aktiven Einsatz nicht zu haben war, und Kupfer teilte Berthold von Stauffenberg dies als abschließendes Ergebnis mit. Der kleinen Gruppe von Seeoffizieren, zu welcher – ohne deren Wissen – noch die zwei „Zivilisten" aus Stauffenbergs Umgebung: der Freiburger Ordinarius für Kunstgeschichte Kurt Bauch[107] und der Hapag-Direktor Werner Traber[108], hinzukamen, blieb nichts anderes übrig, als stillzuhalten und auf die Initialzündung von seiten der Armee zu warten. Daß Berthold von Stauffenberg und Kranzfelder auf einer Dienstreise nach Schweden im Winter 1943/44 im Interesse des Widerstandes tätig wurden[109] und daß Berthold von Stauffenberg, als juristischer Berater der Opposition[110], an den Aufrufen maßgeblich mitarbeitete[111],

---

[105] Vgl. Anm. 103.

[106] Ebd., S. 224.

[107] Bauch war aktiver Seeoffizier des 1. Weltkrieges, als Ltn. entlassen, als ObLtn. d. Res. 1939 wieder eingezogen, seit 1942–43 im OKM (1/Skl) enge Zusammenarbeit mit B. v. Stauffenberg u. Kranzfelder, 1944 als Kkpt. d. Res. entlassen (Angaben von Prof. Bauch, IfZ, Zs. Nr. 1789).

[108] Der Hapag-Direktor Werner Traber, im Kriege „Hilfsarbeiter I" in der Op. Abt. der Skl (1/Skl), wurde zuerst im Herbst 1943 von dem Adjutanten Claus v. St.'s, Obltn. Werner v. Haeften, mit den „Ideen des 20. Juli" bekannt gemacht, nicht von Berthold v. St., aber wohl mit dessen Wissen (Mitt. Trabers an den Verfasser, IfZ, Zs. Nr. 1797).

[109] IfZ, Zs. Nr. 1789 (Prof. Bauch); Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen, wörtl. Wiedergabe von Mitteilungen von Frau Graf, der ehem. Verlobten Kranzfelders). Danach handelte es sich um den Versuch, über die Wallenbergs Verbindung zu Churchill herzustellen.

[110] Kaltenbrunner-Berichte a. a. O., S. 20.

[111] B. v. St. hat alle Punkte der (zunächst drei) Aufrufe (einen an die Deutschen allgemein, einen an das kämpfende Heer und einen besonderen an die deutschen Frauen, der später fortfiel) mit Prof. Bauch und dem Germanisten Prof. Rudolf Fahrner, der mit B. v. St. befreundet war, durchgesprochen. Fahrner, seinerzeit Ordinarius in Athen, hatte schon im Oktober 1943 in Berlin gemeinsam mit den Brüdern Stauffenberg die Aufrufe entworfen. Er war dann Ende Juni 1944 von Claus v. St. erneut dringend nach Berlin gerufen worden, wo er sich vom 28. 6.–5. 7. in Claus v. St's Wohnung aufhielt und diesen mehrfach auch in der Bendlerstraße sprach. Für zwei Tage kam er zu Besuch in die „Koralle", wo er im Zimmer des gerade auf Urlaub weilenden Kranzfelder in der Baracke Berthold Stauffenbergs wohnte, angeblich wegen der gemeinsamen Arbeit an einer Odyssee-Übersetzung (an der sie auch arbeiteten!), in Wahrheit, um gewünschte bzw. nötig gewordene Änderungen an den Aufrufen vorzunehmen (Prof. Bauch, Frau Appel, jetzt Frau Pfohl, und Fahrner an den Verfasser; IfZ, Zs. Nr. 1789, 1634, 1790; vgl. auch Fahrners Leserbrief an die FAZ vom 17. 11. 1961). Die neuen Fassungen der (nur mehr zwei) Aufrufe wurden Claus St. und von ihm wieder anderen Beteiligten (Fahrner nimmt an: vor allem Beck) vorgelegt und schließlich von allen genehmigt (IfZ, Zs. Nr. 1790).

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

änderte nichts an der beengten Aktionsmöglichkeit des kleinen Kreises innerhalb der Marine selbst.

Dennoch sollte die Entwicklung schließlich aus seiner Mitte heraus, was das Datum der Auslösung betrifft, entscheidend, und zwar verhängnisvoll beeinflußt werden. Nachdem Claus von Stauffenberg mehrfach vergeblich geplant hatte, die Bombe zu zünden, war er entschlossen, die nächste Gelegenheit zu ergreifen. Ein neuer Termin lag noch nicht fest[112], klar war indes, daß die Zeit drängte[113]. Ob Stauffenberg aber auf jeden Fall am 20. Juli, für den er ins FHQu bestellt wurde, gehandelt hätte, ist doch wohl fraglich[114], hätte er nicht *scheinbar ausweglos* vor der Notwendigkeit gestanden. Vielleicht hätte der Umstand, daß die Sitzung wegen der großen Sommerhitze statt im Bunker in der leichten Baracke stattfand, ihn sonst noch einmal davon abgehalten. Denn sollte der erfahrene Frontoffizier – trotz verständlicher Nervosität – nicht bemerkt haben, daß die Wirkung der Sprengladung erheblich gemindert war, wenn die „Dämmung" durch die festen Wände entfiel? Gerade weil die Pläne darauf basierten, daß Hitler selber beseitigt war, mußte er das Risiko scheuen, daß der Tyrann am Leben blieb. Er handelte jedoch, weil er meinte, keine andere Wahl zu haben. Und dies ging auf Mitteilungen Jessens zurück.

Korvettenkapitän Dr. Jessen gehörte seit Jahren zum Freundeskreis der Familie der Frau von Bredow, geb. Gräfin von Bismarck, in Potsdam, der Schwester des dortigen Regierungspräsidenten[115]. Er stand dem Hause so nahe, daß ihm ein Zimmer überlassen wurde, als er seine eigene Berliner Wohnung durch Luftangriff verloren hatte. Dort verbrachte er, soweit der Dienst es zuließ, sein Wochenende, und so auch den Sonntag, den 16. Juli 1944. Liebenswürdig, hilfsbereit und großzügig, wie die Gräfin war, lud sie gewöhnlich noch eine Anzahl jüngerer und älterer Gäste ein, darunter Ausländer, die in der wohltuenden Atmosphäre des Hauses geistige und körperliche Erholung fanden. Dazu gehörte an diesem Tage auch ein junger Adeliger ungarischer Staatsangehörigkeit, der als Bankangestellter in Berlin tätig war.

Dieser erzählte Jessen nachmittags im Gespräch, in Berlin gehe das Gerücht um, das FHQu werde in der kommenden Woche in die Luft gesprengt. Jessen erschrak.

[112] Wohl fand am 16. 7. eine „entscheidende" Besprechung in der Wohnung Cl. v. St's statt, aber ein neuer Termin war einfach nicht festzulegen: Kaltenbrunner-Berichte a. a. O., S. 101 f., 91. – Die Behauptung von Gisevius a. a. O., II, S. 302, Claus habe an diesem Tage Beck das „Ehrenwort gegeben, kommenden Donnerstag die Bombe, so oder so, zur Auslösung zu bringen", geht zu weit. Claus v. St. konnte gar nicht bestimmen, wann er wieder ins FHQu fuhr, höchstens sich entschließen, grundsätzlich die nächste Gelegenheit nicht wieder verstreichen zu lassen (Oberst a. D. von Scheliha, Mitgl. d. Oppos., ehem. Mitarbeiter von Gen. Olbricht. Im Wesentlichen übereinstimmend: IfZ, Zs. Nr. 1484, Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

[113] Leber und Reichwein waren schon verhaftet worden (Gisevius a. a. O., II, S. 242 f.), Goerdelers Verhaftung stand bevor (ebda., S. 299 ff., auch Kaltenbrunner-Berichte a. a. O., S. 524). – Daß Claus v. St., um Leber zu retten, das Attentat überstürzte, wird von Frau Leber selbst keineswegs voll bestätigt (Mitt. von Frau Leber v. 6. 4. 57 an d. Verf.).

[114] Zeller a. a. O., S. 237.

[115] IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen), auch für das Folgende.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Er war ja grundsätzlich über die Pläne der Verschworenen im Bilde und mußte die grobe Indiskretion eines Eingeweihten vermuten. Der Quelle auf den Grund zu gehen, schien ihm nicht angängig, weil er den jungen Grafen nur flüchtig kannte. Obwohl die Dame des Hauses den Nationalsozialismus schärfstens ablehnte, konnte der Gast gefährlich sein, so daß eine Demaskierung ihm gegenüber nicht ratsam schien. Möglicherweise hätte der Ungar, wenn er die Verbindung Jessens mit dem Widerstand erfahren hätte, freimütig seine Informationsquelle genannt: eine Tochter des Hauses, die diese Nachricht wieder von dem Adjutanten des Obersten von Stauffenberg, Werner von Haeften, hatte. Die Indiskretion war wohl fahrlässig genug, jedoch bis dahin nicht über das Haus hinausgedrungen, wie der junge Mann übertreibend behauptet hatte. Zum Unglück für die Opposition kam dieser echte Tatbestand aber erst nach dem Fehlschlag vom 20. Juli durch die Untersuchungen der Gestapo ans Licht[116], und das Schicksal nahm inzwischen seinen Lauf.

Jessen, der sich bemühte, weiter kein Aufsehen zu erregen, meldete nämlich sein Erlebnis tags darauf in der „Koralle" Stauffenberg und Kranzfelder, als er sie am Abend erreichte. Da alle drei von der Gefährlichkeit der Indiskretion völlig überzeugt waren, fuhr Kranzfelder am 18. Juli in die Bendlerstraße zu Claus von Stauffenberg und kam gegen 17 Uhr zurück mit der Nachricht, daß dieser sich daraufhin zu einem sofortigen neuen Versuch entschlossen habe, auch wenn er nur Hitler allein und nicht zugleich auch Himmler und Göring treffen könne. Er habe hinzugefügt, dies werde sein letzter Versuch sein[117]. Darauf fuhr Berthold zu seinem Bruder, und der Schlag wurde vorbereitet[118]. Die Mitverschworenen wurden unterrichtet[119]. Den letzten Abend verbrachten die Brüder zusammen ohne die Freunde[120].

Am Nachmittag hatten Jessen und Berthold von Stauffenberg noch einen langen Spaziergang gemacht, wobei ersterer die Frage stellte, ob etwas für den Fall des Scheiterns des Attentats vorgesehen sei[121]. Berthold verneinte entschieden, es sei alles auf das Gelingen aufgebaut. Seiner Frau jedoch hatte er am 14. Juli, dem Tage vor einem der mißglückten Versuche, anvertraut: „Das Furchtbare ist, zu wissen, daß es nicht gelingen kann und daß man es dennoch für unser Land und unsere Kinder tun muß[122]." Nach menschlicher Voraussicht konnte alles gelingen. War es das Bewußtsein für das jeder menschlichen Berechnung sich entziehende Ausmaß des Unternehmens, was die Verschworenen bescheiden machte, dazu das Gefühl der persönlichen Verantwortung gegenüber den nächsten Angehörigen, weshalb sie für den schlimmsten Fall ein Trostwort hinterlassen wollten? Für sie

[116] Kaltenbrunner-Berichte a. a. O., S. 116f.; ebenso IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt a. D. Dr. Jessen).

[117] Jessen a. a. O., Kaltenbrunner-Berichte a. a. O., S. 55.

[118] Ebda; Zeller a. a. O. (vgl. Anm. 66), S. 237ff.

[119] Yorck und Schwerin schon am 18. 7. (?): Kaltenbrunner-Berichte a. a.O., S. 110; Witzleben und Stieff am 19. 7.: ebda, S. 45, 100.

[120] Das Gewissen steht auf, a. a. O. (vgl. Anm. 72), S. 126; auch Zeller a. a. O., S. 240.

[121] IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

[122] Das Gewissen steht auf, a. a. O., S. 126.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

alle galt wohl, was Kranzfelder einmal schrieb: „Machen wir ruhig Pläne, denn die Hoffnung ist die unversiegliche Kraftquelle, aus der wir schöpfen können und sollen. Denken wir im Glück ein wenig ans Unglück und im Unglück ein wenig an kommendes Glück, beim Zusammenbruch an den Aufbau, der da kommt, an das neue Grün, das aus den Ruinen sprießt[123]." In diesem Geiste waren sie zum Handeln und auch zum Opfer bereit.

IV

Am 20. Juli 1944 gegen 13,20 Uhr, während einer Besprechung in der Seekriegsleitung, erhielt Dönitz einen Anruf, er möge sogleich ins „Führerhauptquartier" kommen[124]. Gründe für die dringende Forderung waren nicht angegeben worden, so daß der ObdM ungehalten rückfragen ließ[125]. In der Meinung, Probleme der Seekriegsführung sollten erörtert werden, wollte er nicht unvorbereitet fahren und gab den Befehl, in Zukunft stets sofort festzustellen, um was es sich handle. Da aber auch die Rückfrage keinen weiteren Aufschluß gab, machte sich Dönitz gegen 14,15 Uhr, zusammen mit seinem persönlichen Berater, Konteradmiral Wagner, noch immer ahnungslos auf die Reise. Erst beim Empfang auf dem Flugplatz Rastenburg – gegen 16,45 Uhr – erhielt er von dem damals ins FHQu kommandierten Korvettenkapitän Mejer Kenntnis vom Attentat.

Die Bombe Stauffenbergs, die für Hitlers Umgebung verderblicher war als für den Tyrannen, hatte alle drei Seeoffiziere, die bei der Lagebesprechung anwesend waren, verwundet. Hitlers Marineadjutant, Konteradmiral von Puttkamer, und der zum Wehrmachtführungsstab kommandierte Kapitän z. S. Assmann erlitten schwere, der Vertreter des ObdM im „Führerhauptquartier", Vizeadmiral Voss, relativ leichtere Verletzungen[126]. Sie mußten sofort ins Lazarett überführt werden[127]; doch hatte Voss zuvor noch den nur leicht verletzten Luftwaffen-Oberst von Below gebeten, den Oberbefehlshaber anzurufen[128]. Den wahren Sachverhalt durfte Below nicht angeben, weil man die Ereignisse vorerst geheim hielt, um die Fahndung nach dem – bereits hinreichend verdächtigen – Täter nicht zu gefährden. Allerdings waren die Gegenaktionen des Regimes in den ersten Stunden nach dem

[123] Mitt. von Frau Graf (IfZ, Zs. Nr. 1803).

[124] Niederschr. üb. d. Bespr. des ObdM beim Führer am 20./21. 7. 44: Skl B.Nr. 1. Skl Ib 2226/44 gKChefs. vom 25. 7. 44 (ungedruckt, Akten der Skl.); KTB der 1. Skl vom 20. Juli 1944, S. 433 ff. (ungedr., Akten der Skl); IfZ, Zs. Nr. 1576, 1772; Dönitz a. a. O., S. 399.

[125] „Führerbesprechung" vom 20./21. 7. 44 (Akten der Skl); IfZ, Zs. Nr. 1576; Nr. 1786, auch für das Folgende.

[126] Dönitz selbst entging durch einen Zufall einem ähnlichen oder schlimmeren Schicksal: Ursprünglich hatte er geplant, am 20. und 21. Juli zu einem Routinebesuch ins FHQu zu fahren, dann aber auf die Meldung, Mussolini werde erwartet, davon Abstand genommen und seine Reise auf den 21. verschoben bzw. beschränkt. Das bewahrte ihn vor der Bombe („Führerbesprechungen", a. a. O., Akten der Skl; ferner IfZ, Zs. Nr. 1576 u. a.).

[127] Assmann a. a. O. (vgl. Anm. 56), S. 455 ff. (Schilderung der Vorgänge durch Kpt. z. S. a. D. Heinz Assmann). IfZ, Zs. Nr. 285; 1786.

[128] IfZ, Zs. Nr. 1786; Dönitz a. a. O., S. 399 irrt sich in diesem Punkt.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anschlag weder schnell noch zielsicher. Hitler selber „hielt Hof", statt zu handeln[129], und mehr der Umstand, daß auch die Opposition kostbare Zeit verlor, verhinderte eine Krise auf Grund der ungewissen Lage, als daß sie durch Energie und klare Anweisungen aus der Zentrale des Systems im Keim erstickt worden wäre[130].

Bei der Seekriegsleitung ging das bekannte Fernschreiben Witzlebens um 20.05 Uhr abends ein[131]. Weil an diesem Tage in der „Koralle", dem Ausweichquartier der Skl nahe Bernau, die neue Kinobaracke eingeweiht wurde, war der Chef der Skl, Admiral Meisel, zusammen mit seinem Adjutanten, Dr. jur. Raudszus, zur Vorführung gegangen[132]. Da erschien ein „Läufer" (Ordonnanz) mit einer Meldung, die Meisel öffnete und beim Schein der Projektors las. Das Schreiben, das mit den Worten begann: „Der Führer Adolf Hitler ist tot", überraschte ihn derart, daß er es zunächst wortlos an Raudszus weiterreichte. Seine erste gedankliche Reaktion, die Nachricht sofort bekanntzugeben, verwarf er gleich wieder. Die Rundfunkmeldung des Nachmittags über das gescheiterte Attentat war ihm im Augenblick offenbar noch nicht bekannt[133], doch nahm er mit Recht an, daß die plötzliche dringende Berufung des Oberbefehlshabers ins FHQu mit diesen Ereignissen zusammenhänge. Er rechnete sich aus, daß Dönitz inzwischen dort eingetroffen sein mußte, und beschloß, bei ihm sicherheitshalber nachzufragen. Bevor noch die Verbindung zur „Wolfsschanze" zustandekam, wurde jedoch von dort aus angerufen (20,50 Uhr). Dönitz selbst war am Apparat, erklärte kurz, daß Hitler lebe, und befahl, daß die Kriegsmarine nur seinen oder Anordnungen des „Reichsführers SS" folgen dürfe[134]. Damit war, nachdem Meisel den Befehl zum Teil schon telefonisch voraus[135] und zwischen 22,40 und 22,58 Uhr noch durch Fernschreiben an alle Befehlshaber und Marine-Oberkommandos durchgegeben hatte[136], die Lage für die Marine eindeutig geklärt und ihre Loyalität gegenüber dem Regime gesichert.

Von entscheidender Bedeutung für das Gelingen des Umsturzes – vielleicht von gleichem Rang wie die Beseitigung Hitlers selbst –, wäre gewesen, daß die Opposition den Nachrichten-Apparat des Systems in ihre Hand bekam oder wenigstens

[129] Mussolini war zu Besuch gekommen; dann erschienen Bormann, Göring, Ribbentrop usw.: Zeller a. a. O., S. 275ff.

[130] Nach dem Fehlschlag vom 15. Juli konnten es die Verschwörer nicht noch einmal wagen, den „Walküre-Alarm" rechtzeitig auszulösen, sondern mußten diesmal erst den Erfolg des Attentats abwarten.

[131] KTB der 1. Skl (Akten der Skl).

[132] IfZ, Zs. Nr. 1739; Nr. 1795 (Dr. Helmut Raudszus), auch für das Folgende.

[133] Im KTB aufgezeichnet: 18,28 Rundfunk-Sondermeldung ...; Text (Zeitangabe dabei unrichtig bzw. sehr ungenau) in: 20. Juli 1944, 5. Aufl., hrsg. von Erich Zimmermann und Hans-Adolf Jacobsen, Bonn 1960, S. 157.

[134] „Führerbesprechung" vom 20./21. Juli 44; dazu Anlagen des KTB der 1. Skl (Akten der Skl).

[135] KTB des MOK Norwegen vom 20. 7. 44, S. 154ff.; handschriftl. Randbem. des Chefs der Skl im KTB des Marinegruppenkommandos West unter dem 20. 7. 44. Dazu IfZ, Zs. Nr. 1739, 1800.

[136] KTB der 1. Skl.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das FHQu von der Außenwelt abschnitt[137]. Anfangs gewann der Aufstand tatsächlich an Boden, weil die Verschwörer ihre Befehle absetzen konnten[138]. Auch der Marine-Nachrichtenoffizier (MNO) Berlin hatte das Fernschreiben Witzlebens gegen 19,00 Uhr an alle höheren Dienststellen der Marine durchgegeben[139], die es – außer dem Flottenchef[140] – innerhalb der nächsten Stunden richtig empfingen[141]. Inzwischen hatte jedoch schon die rückläufige Bewegung eingesetzt, wobei es erstaunlich bleibt, wie der Befehl des Feldmarschalls von Witzleben an vielen Stellen immer noch wirkte. Zum Teil war zwar die Rundfunk-Sondermeldung des Nachmittags nicht gehört worden, wie im Bereich des weit entfernten Marine-Gruppenkommandos Süd (in Sofia)[142], zum andern bewährte sich wohl jene geschickte Einleitung des Fernschreibens, die ja den Putsch einer „gewissenlosen Clique frontfremder Parteiführer" behauptete und insofern nicht im Widerspruch zur Rundfunkmeldung stand[143]. Bei den Marine-Oberkommandos Norwegen (in Oslo), Ostsee (in Kiel) und Nordsee (in Wilhelmshaven) wurde, obwohl die Nachricht vom Scheitern des Attentats über den Äther bekanntgeworden war, befehlsgemäß Alarm ausgelöst, bis durch die Gegenanweisungen des ObdM bzw. der Skl die Peripetie kam[144].

---

[137] Hierzu u. zum Folgenden das neue Zeugnis über die Vorgänge in der Nachrichtenzentrale des FHQu von dem damaligen Wehrmachtsnachrichtenoffz. Obstltn. i. G. Sander, in: Annedore Leber – Freya Gräfin von Moltke, Für und Wider, Entscheidungen in Deutschland 1918–1945, Berlin-Frankfurt a. M. 1961, S. 205f.

[138] Zeller a. a. O., S. 278ff.; über die Vorgänge in der Nachrichtenzentrale des OKW: ebda., S. 288ff.

[139] Er wird deshalb im KTB der 1. Skl kameradschaftlich abgedeckt durch den Eintrag, er habe, nachdem er das Fernschreiben vom Nachrichtenoffizier des OKW zur Weitergabe erhalten habe, „mit Recht Bedenken" gehabt, es sofort weiterzugeben, und es daher lediglich dem Chef der Skl zugeschrieben, dabei gleichzeitig beim MNO Koralle fernmündlich weitere Weisungen betr. die Behandlung des FS eingeholt. Dazu steht die Tatsache im Widerspruch, daß ungefähr zur gleichen Zeit, wie der Chef der Skl das FS erhielt, auch andere höhere Kommandostellen der Marine den Spruch mit ungefähr der gleichen Abgangszeit bekamen. Der Eintrag ist also retuschiert.

[140] Der Flottenchef, Generaladmiral Schniewind, war auf dem Flottentender „Hela" eingeschifft und lag in Kiel. Er erhielt die erste Kenntnis von dem Geschehen des Tages durch den Chef der Marinestation Ostsee: KTB des Flottenkommandos (ungedr., Akten der Skl).

[141] Marine-Gruppenkommando West um 21.20 Uhr; KTB; MOK Nordsee um 20,30 Uhr, nachdem zuvor schon ein Alarmbefehl vom X. AK eingelaufen war: KTB; MOK Ostsee um 20,30 Uhr, ebenfalls vorher dort Alarmbefehl vom X. AK: KTB; MOK Norwegen um 21,10 Uhr: KTB; Marine-Gruppenkommando Süd nach 21,00 Uhr: KTB; am spätesten MOK Italien nach 22,00 Uhr über den Umweg des Luftwaffen-Netzes: KTB und Akten-Notiz von Dr. Raudszus bei KTB der 1. Skl.

[142] KTB. – Deshalb erhielt z. B. der auf Kreta stationierte Konteradmiral Weyher erst mitten in der Nacht von dem Attentat Kenntnis, als ihm der Gegenbefehl von Dönitz überbracht wurde: Mitteilung von K. Adm. a. D. Weyher an den Verf.

[143] Text des Fernschreibens – ohne die Einleitung, wie sie bei den an die Marine gerichteten Fernschreiben lautete: „Der Führer Adolf Hitler ist tot" –: Publikation „20. Juli 1944" (vgl. Anm. 133), S. 124ff., Text der Sondermeldung ebda., S. 157. – FS im Original bei den Akten des OKM.

[144] KTBs.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ob Paris „das Erbe Berlins übernehmen"[145] und den Staatsstreich noch hätte vollenden können, nachdem er in der Reichshauptstadt zusammengebrochen war, ist zweifelhaft. Jedenfalls stemmte sich in Paris die Marine aktiv dagegen: der Befehlshaber des Marine-Gruppenkommandos West, Admiral Krancke, war bereit, seine Truppen zur Befreiung des verhafteten SD einzusetzen und auf das Heer schießen zu lassen[146]. Der dortige SD-Chef Oberg dankte ihm denn auch am nächsten Morgen „für das tatkräftige Verhalten ... in der vergangenen Nacht"[147]. Die Seekriegsleitung sah die Rolle, die Krancke sich selbst zuschrieb, allerdings als weniger bedeutend an, zumal er sich auf ihre Kosten herausstrich und sie dadurch geradezu gefährdete. Auf ihren Einspruch mußte Krancke deshalb das zu seinen Gunsten retuschierte Kriegstagebuch einen Monat später durch einen Zusatz berichtigen, der den eigenen Anteil der Skl, d. h. den klärenden Anruf ihres Chefs gegen 10 Uhr abends, ausdrücklich festhielt[148].

Der Chef der Seekriegsleitung war es auch, der die Festnahme Berthold von Stauffenbergs anordnete und sie deshalb ausdrücklich gegen seinen Oberbefehlshaber reklamierte[149], der sich dieses „Verdienst" gern selber zugeschrieben hätte[150]. Zwar wurde Berthold von Stauffenberg, der sich in die Bendlerstraße begeben hatte, dort in der Nacht ohnehin von Skorzeny verhaftet[151], der wieder auf Befehl von Kaltenbrunner bzw. Himmler handelte; aber in der Periode der Verfolgungen nach dem 20. Juli war keiner hochgestellt und bewährt genug, als daß es nicht ratsam für ihn gewesen wäre, seine Treue zum „Führer" zu dokumentieren. Deshalb der Wettstreit zwischen Dönitz und Meisel; Raeder, der in Ungnaden entlassene ehemalige ObdM, beeilte sich sogar, seine Loyalität persönlich „in der Höhle des Löwen" zu versichern, – wobei er freilich seiner Sache so wenig gewiß war, daß er vorsichtshalber eine geladene Pistole mit sich nahm[152]. Bedauern darüber, daß es „nicht geklappt" habe, sprach man damals höchstens in ganz vertrautem Kreise aus, – wie es sogar Kranckes Stabschef, Admiral Hoffmann, tat[153]. Ein Wort der Zustimmung oder Bewunderung für die Opposition verlauten zu lassen, war tollkühn und grenzte an Selbstmord, wurde aber dennoch von jüngeren Offizieren ge-

---

[145] Vgl. Walter Bargatzky, Die letzte Runde – in Paris, in: 20. Juli 1944, S. 153ff., das Zitat: S. 155. – Ferner: Wilh. Ritter v. Schramm, Der 20. Juli in Paris, Bad Wörishofen 1953.

[146] Am 21. 7. 44 um 0,45 Uhr befiehlt Admiral Krancke, daß seine Truppen zum Einsatz klarzumachen seien: KTB.

[147] Eintrag im KTB, S. 6675.

[148] Nachtrag von Admiral Krancke im KTB mit Datum vom 21. 8. 44.

[149] Handschriftl. Aktennotiz von Adm. Meisel für das KTB (ungedr.).

[150] „Führerbesprechungen" vom 20./21. 7. 44, Zeit 21,40 Uhr.

[151] Otto Skorzeny, Geheimkommando Skorzeny, Hamburg 1950, S. 205ff.; Eugen Gerstenmaier, Das andere Deutschland, und: Tag des geheimen Deutschland, in: Reden und Aufsätze, Stuttgart 1956, S. 264ff. und 273ff.

[152] Raeder a. a. O., II, S. 292f. – Als sich die Verlobte des verhafteten KKpts Kranzfelder an Raeder mit der Bitte um Hilfe wandte, lehnte er brüsk ab, er wolle mit den Verbrechern nichts zu tun haben: IfZ, Zs. Nr. 1803 (Frau Graf).

[153] IfZ, Zs. Nr. 1799.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wagt[154], von denen einige – ohne zum Widerstand zu gehören – offenbar den Sinn des Geschehens besser erfaßten, als die maßgebliche höhere Führung es tat oder wollte.

Besonders vorsichtig mußten die Mitwisser der Verschwörung sein, die fast alle von vornherein verdächtig waren, weil sie zu Berthold von Stauffenberg in dienstlichen oder persönlichen Beziehungen gestanden hatten. Am meisten litt Kranzfelder unter der Furcht der Entdeckung. Als der hochsensible Mann bei einer Besprechung in der Operationsabteilung der Skl das Mißlingen des Anschlages erfuhr, war er so betroffen, daß er kreideweiß wurde und unter dem Vorwand, sich krank zu fühlen, den Raum verließ[155]. Er wollte „nicht auf dem Sandhaufen sterben"[156] und war die nächsten Tage so bedrückt, daß er dadurch der Sekretärin Stauffenbergs, die noch nichts von seiner Verbindung zur Opposition gewußt hatte, auffiel[157]. Obwohl selbst in höchster Gefahr, quälte ihn doch noch mehr die Sorge um den Freund, der schon in den Händen der Gestapo war. Wenige Tage darauf wurde auch er verhaftet. Wie er verraten wurde, ist nicht voll geklärt[158]. Berhold Stauffenberg jedenfalls hat niemanden preisgegeben[159]. Vorwürfe machte sich im Gefängnis bei einem flüchtigen Gespräch mit Jessen Hauptmann d. R. Kaiser: er habe – wenn auch nur mit den Anfangsbuchstaben – Namen von Angehörigen des Widerstandes in seinem Notizbuch aufgezeichnet[160]. Am 24. Juli wurde Kranzfelder von Offizieren im Beisein des Geschwaderrichters Nischling durch den Chef der Skl befehlsgemäß verhaftet und in Handschellen nach Berlin zur Gestapo überführt[161]. Vom sogenannten Volksgerichtshof wurde er am 10. August, zusammen mit Berthold von Stauffenberg, verurteilt und danach hingerichtet[162]. Voller Verzweiflung über das fernere Schicksal seines Volkes, ging er selbst gefaßt in den Tod[163].

Alle anderen kamen glücklicher davon. Wohl wurde auch Jessen eine Woche nach dem Anschlag verhaftet[164], ein unbedachtes Wort Kranzfelders – die Aussage, daß Jessen ihm das Gerücht von einem bevorstehenden Sprengstoffanschlag

[154] IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Jessen); Nr. 1634 (Frau Pfohl, Sekretärin Berthold von Stauffenbergs). – Kpt. z. S. Weniger wagte sogar dem Adlatus Dönitz', Kpt. z. S. v. Davidson, gegenüber zu äußern, als dieser auf die „Verräter" schimpfte, er werde noch einmal froh sein, wenn sein Sohn auf einem Schulschiff mit dem Namen „Alfred Kranzfelder" Dienst tun dürfe. Der Gerechtigkeit halber muß dabei erwähnt werden, daß Dönitz Weniger trotzdem deckte; IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

[155] IfZ, Zs. Nr. 1807 (Kpt. z. S. a. D. Viehweger).

[156] IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

[157] IfZ, Zs. Nr. 1634 (Frau Pfohl).

[158] Zeller schreibt a. a. O., S. 180, ein an sich belangloses Ferngespräch, das von Görings „Forschungsamt" abgehört worden sei (Titel so, nicht „Forschungsstelle"!), habe Kranzfelder verraten. An die Quelle dieser Nachricht, die er nicht genannt hat, kann er sich aber nicht recht erinnern (Brief vom 25. 8. 57).

[159] Vgl. Frau Pfohls Bericht über Fahrners und ihr eigenes Entkommen (trotz Gestapo-Verhören im letzteren Fall): IfZ, Zs. Nr. 1806.

[160] IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

[161] IfZ, Zs. Nr. 1739; Nr. 1634 (Frau Pfohl).

[162] „Mordregister": gedruckt in: „20. Juli 1944", S. 202f.

[163] IfZ, Zs. Nr. 1634 (Frau Pfohl); Nr. 1803 (Frau Graf).

[164] IfZ, Zs. Nr. 1484 (Fregkpt a. D. Dr. Jessen); auch für das Folgende.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf das FHQu mitgeteilt habe – wurde ihm zum Verhängnis[165]. Weil ihm aber trotz eifriger Nachforschungen der Gestapo nicht mehr nachgewiesen werden konnte als diese – von Jessen als pflichtgemäße Meldung bezeichnete – Mitteilung, wurde er bald aus dem „Komplex 20. Juli" herausgenommen. Statt dessen sollte ihm in Bregenz wegen einiger „defaitistischer" und „wehrzersetzender" Äußerungen gegenüber einem ehemaligen Kameraden der Prozeß gemacht werden. Er wurde im August aus der Wehrmacht ausgestoßen, doch bevor ihm das Urteil gesprochen werden konnte, rettete ihn der allgemeine Zusammenbruch[166].

Weil die Gestapo, die auf bloßen Verdacht hin sofort viele Heeresoffiziere aus ihren Wohnungen geholt hatte, in dem geschlossenen Lager der Skl nicht gleichermaßen zupacken durfte, wurden die übrigen Mitwisser der Verschwörung vor einem schlimmen Ende bewahrt. Am meisten gefährdet waren die Sekretärin Bertholds von Stauffenberg und Professor Bauch. Beide hatten aber am Tage nach dem Fehlschlag noch Zeit, alles belastende Material – die für den Fall des Gelingens vorbereiteten Aufrufe – zu beseitigen[167]. Zudem waren ihre nächsten Vorgesetzten, Konteradmiral Meyer als Chef der Operationsabteilung der Skl und Dr. Eckhardt als Leiter des Völkerrechtsreferats, bemüht, unauffällig, aber wirksam zu helfen. Das Verhör von Fräulein Appel durch Eckhardt wurde so menschlich und behutsam durchgeführt, daß diese auch Professor Fahrner schützen konnte. Der Versuch der Gestapo, sie durch Überrumpelung doch noch zu fangen, mißlang am Tage darauf nicht zuletzt durch einen glücklichen Zufall[168], so daß ihr schließlich mit der Verleihung einer Kriegsauszeichnung durch Meyer sofort demonstrativ das Vertrauen ausgesprochen wurde. Bauch andererseits, der das Mißtrauen vieler gegen ihn nahezu körperlich fühlte, konnte nach Rücksprache mit dem Admiral bei der Personalabteilung des OKM in Eberswalde selbst dafür sorgen, daß der schon öfter von der Freiburger Universität gestellte, ihm bis dahin aber immer unerwünschte Antrag auf „u. k.-Stellung" jetzt bearbeitet wurde. Um nicht noch in letzter Minute in die Nachforschungen der Gestapo verwickelt zu werden, konnte er schon geraume Zeit vor der offiziellen Entlassung (1. Sept.) „auf Urlaub" fahren und aus dem Blickfeld verschwinden.

Weiter geriet keiner der Mitwisser mehr in unmittelbare Gefahr; weder Traber noch Kupfer wurden auch nur einmal verhört[169]. Letzterer, der durch einen langen Lazarett-Aufenthalt nach einem Sportunfall die unmittelbare tägliche Verbindung mit der Gruppe um Stauffenberg verloren hatte und vor dem 20. Juli gerade wieder dienstfähig geworden war, befand sich an diesem Tage – mit Einverständnis der Verschwörer – auf einer Besichtigungsreise bei Swinemünde. Auf der Durch-

[165] Kaltenbrunner-Bericht vom 1. 8. 44: Spiegelbild (vgl. Anm. 69), S. 116f.

[166] Vgl. auch Frankf. Allg. Ztg. Nr. 164 v. 18. 7. 62, S. 11.

[167] IfZ, Zs. Nr. 1789 (Prof. Bauch); Nr. 1634 (Frau Pfohl), auch für das Folgende.

[168] Prof. Fahrner hatte ihr bei seiner Abreise von der „Koralle" einige bereits fertige Teile der „Odysee"-Übersetzung (vgl. Anm. 111) überlassen, die sie in ihre Schreibtischlade legte. Sie wurden ihr und F. später bei der Durchsuchung des Zimmers ein ungeahntes Entlastungsmaterial: IfZ, Zs. Nr. 1634 (Frau Pfohl).

[169] IfZ, Zs. Nr. 1707 (Werner Traber); Nr. 1630 (Kpt. z. S. a. D. Kupfer).

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fahrt zum Genesungsurlaub von Kranzfelder noch kurz und unverblümt gewarnt, erhob sich für ihn in seinem Kurort am Bodensee die bange Frage, ob er einer möglichen Verhaftung durch Flucht in die Schweiz zuvorkommen solle. Weil er damit sich und seine Freunde belastet hätte, unterließ er dies, ohne es bereuen zu müssen.

Dafür geriet der Kriegstagebuchführer der Skl, Korvettenkapitän Mejer, noch in arge Bedrängnis, als man schon glauben konnte, daß sich die Verfolgungswelle nach dem 20. Juli gelegt habe. Mejer, der tatsächlich nichts mit dem Umsturzversuch zu tun hatte, obwohl er dem Regime nicht freundlich gesonnen war, wurde plötzlich mittelbar durch Goerdeler „belastet", weil er in seiner Eigenschaft als Leiter des „Deutschen Nachrichten-Büros" zu ihm und anderen Beteiligten früher gewisse, aber nicht tiefere Beziehungen unterhalten hatte[170]. In seinem Falle bewährte sich die „Geschlossenheit" der Marine nach innen und außen noch einmal. Der Chef der Skl glaubte ihm die ehrenwörtliche Versicherung seiner Unschuld und setzte sich so energisch für ihn ein, daß die Gestapo ihn unverzüglich wieder freigab und nicht weiter behelligte[171]. Der politische Kredit, den Dönitz persönlich und die Marine insgesamt besaßen, rettete, paradox genug, alle Angehörigen und Mitwisser der Opposition in ihren Reihen außer denen, die sich so weit kompromittiert hatten, daß sie den Schergen Himmlers nicht mehr entzogen werden konnten. Ohne daß er es wollte, kam die scharfe Reaktion des ObdM den Gefährdeten zugute. Hitler durfte überzeugt sein, daß Dönitz nichts unterlassen werde, „jeden zu vernichten, der sich als Verräter entpuppt"[172], – und so gedeckt, konnten einige höhere Führer ihre Untergebenen unauffällig, aber wirksam schützen[173]. Indem so verhindert wurde, daß der wahre Umfang des Anteils der Marine am Widerstand bekannt wurde, stieg ihr politisches Ansehen weiter, bis Hitler sich am Ende allein von ihr nicht „verraten" fühlte[174] und ihren Oberbefehlshaber zu seinem Nachfolger bestimmte.

[170] IfZ, Zs. Nr. 1791 (Otto Mejer, früherer Direktor des DNB).

[171] Ebda; ferner IfZ, Zs. Nr. 1738 u. 1795.

[172] Rundfunkanspr. des ObdM in der Nacht zum 21. 7. (gedr. bei Zeller a. a. O., S. 285), ferner sein Tagesbefehl an die Kriegsmarine: ungedr., Anl. zum KTB der 1. Skl (I b 2226/44 gKChefs.).

[173] Der Versuch des damaligen Inspekteurs des Bildungswesens der Marine, Vizeadmiral Rogge, den Sohn von General Lindemann vor der „Sippenhaftung" zu retten, scheiterte allerdings durch einen unglücklichen Zufall. Er verabredete mit Admiral von Friedeburg, damals II. Admiral der U-Boote, daß der zum Bereich der B. I. gehörende Oberfähnrich Georg L. zur U-Flottille in Bergen „in Marsch gesetzt" wurde. Von da aus sollte er einen neuen Marschbefehl erhalten usf., so daß er – dauernd unterwegs – dem Zugriff der Gestapo entzogen würde. Leider wurde er auf einer Eisenbahnfahrt von einer Feldpolizeistreife erkannt und verhaftet (Mitt. an d. Verf.). – Er wurde am 14. 11. 44 unter fadenscheinigen Begründungen vom „Volksgerichtshof" zu 5 Jahren Zuchthaus und weiteren 5 Jahren Ehrverlust verurteilt: Spiegelbild (vgl. Anm. 69), S. 557 u. 560 ff. – Auch war der Geschwaderrichter Nischling, der bei Kranzfelders Verhaftung und bei den anderen Verhören in der Skl tätig wurde, um Fairneß bemüht: IfZ, Zs. Nr. 1634 (Frau Pfohl) u. 1484 (Fregkpt. a. D. Dr. Jessen).

[174] Sogar seiner „Leibstandarte" traute er kurz vor dem Zusammenbruch nicht mehr: Heinz Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951, S. 381. Vgl. auch Hitlers „politisches Testament": Walter Lüdde-Neurath, Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches, Göttingen 1951, S. 128–132.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

V

In der Abschiedsansprache vor seinen engeren Mitarbeitern am 1. Februar 1943 hatte Raeder erklärt: „Ich glaube, Sie werden mir darin zustimmen, daß es mir gelungen ist, im Jahre 1933 die Marine geschlossen und reibungslos dem Führer in das Dritte Reich zuzuführen. Das war zwanglos dadurch gegeben, daß die gesamte Erziehung der Marine in der Systemzeit trotz aller Einflüsse von außen her auf eine innere Haltung hinzielte, die von selbst eine wahrhaft nationalsozialistische Einstellung ergab. Aus diesem Grunde hatten wir uns nicht zu ändern, sondern konnten von vornherein aufrichtigen Herzens wahre Anhänger des Führers werden[175]."

Selbst wenn man berücksichtigt, daß Raeder sich selbst und die Marine aus Sorge um die eigene Sicherheit[176] wie um die Zukunft seines Lebenswerkes[177] für ältere und „bessere" Nationalsozialisten ausgab, als es der Wirklichkeit entsprach, waren seine Ausführungen im Kern richtig. Das oft kolportierte Schlagwort Hitlers von der angeblich „kaiserlichen" Marine[178] ist jedenfalls kein Gegenargument[179]. Denn fühlte die Marine tatsächlich „kaiserlich", so bedeutete das noch keineswegs ein entschiedenes Eintreten für die Person des letzten Kaisers – so viel sie ihm auch verdankte – oder auch nur für eine Restauration der Monarchie[180]. Der Operationsbefehl für die Flotte bei Kriegsbeginn 1914, der die Marine lahmlegte, hatte das Vertrauen in die „allerhöchste Führung" erschüttert[181], und der Übertritt Wilhelms II. nach Holland den Rest zerstört. So war die „kaiserliche Einstellung" vor allem eine Sehnsucht nach einer starken, verantwortlichen Führung. Je weniger das ohnehin ungeliebte parlamentarisch-demokratische System hier bot, desto mehr wuchs das Verlangen nach einer starken Hand; und wenn beim Heer die Gleichsetzung von straffer Befehlsführung und starkem Staat aus preußisch-monarchischer Tradition herrührte, so bei der Marine aus noch älteren, sozusagen

---

[175] Ungedruckt (benutztes Expl. befindet sich in Privatbesitz). – Zu diesem Abschnitt vgl. jetzt auch den allerdings recht allgemein gehaltenen Aufsatz von Wahrhold Drascher, Zur Soziologie des deutschen Seeoffizierkorps, Wehrwiss. Rundschau 12, 1962, S. 555–569.

[176] Raeder hatte lange Schwierigkeiten mit Heydrich – der indessen schon am 4. 6. 42 an den Folgen des Attentats auf ihn gestorben war – und mit Göring gehabt: Raeder a. a. O. II, S. 117ff. – Vgl. auch seine Bedrohung nach dem 20. Juli 44: a. a. O. II, S. 292. – Wie schwer das Zerwürfnis zwischen Hitler und Raeder war – obwohl bei dessen Verabschiedung die Form gewahrt wurde –, zeigt auch die Tatsache, daß der scheidende Ob. d. M. nicht mit dem Eichenlaub ausgezeichnet wurde.

[177] Bei Niederlegung seines Oberkommandos sagte Raeder zu Hitler: „Bitte schützen Sie die Marine und meinen Nachfolger vor Göring!" – Für sein Mißtrauen gegenüber Dönitz: vgl. Raeders Aussagen in Moskau, in Nazi Conspiration and Aggression Bd. VIII, S. 713. 730ff.

[178] Hitler zu Halder am 19. Dez. 1941: Peter Bor, Gespräche mit Halder, Wiesbaden 1950, S. 112; das Wort benutzt z. B. bei Foertsch a. a. O. (vgl. Anm. 9), S. 71; Hans Herzfeld, Das Problem des deutschen Heeres 1919–1945, Laupheim 1952, S. 8; Erich von Manstein, Aus einem Soldatenleben 1887–1939, Bonn 1958, S. 270.

[179] So eine Reihe ehem. hoher Marineoffiziere: Befragungen.

[180] IfZ, Zs. Nr. 12 u. 979.

[181] Vgl. Alfred von Tirpitz, Erinnerungen, Leipzig 1919, S. 524; Raeder a. a. O. I, S. 103f.; Admiral (Albert) Hopman, Das Kriegstagebuch eines deutschen Seeoffiziers, Berlin 1925, S. 18.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

natürlichen Bedingungen des Bordlebens und der Seefahrt[182]. Daher zunächst die Hingabe an Hindenburg, der auch für die Marine der „Ersatzkaiser" war[183], – dann die Hoffnungen auf Hitler[184].

Daneben war die Marine von jeher relativ „liberal"[185]. Verhältnismäßig jung, nicht aus feudalistisch-aristokratischen Wurzeln entsprungen, personell weitgehend „bürgerlich" zusammengesetzt[186], nicht landsmannschaftlich gebunden in ihren Einheiten, durch Auslandsdienst weltoffen[187], war sie schon zur Zeit der Monarchie ihrem eigentlichen Gründer und Förderer gegenüber freier und unbefangener als die Armee[188] – wie umgekehrt der Kaiser sich an Bord zumeist ungezwungener, „menschlicher" gab als gewöhnlich und sich von Seeoffizieren auch Kritik und offene Worte gefallen ließ[189]. Die Revolution von 1918 – so schmerzlich die Erinnerung daran auch brannte, und so wenig es je wieder dahin kommen sollte[190] – hinterließ weiterhin ihre Spuren: die Marine war seitdem verhältnismäßig „sozial" eingestellt, ohne „sozialistisch" zu werden[191]. Es herrschte, nicht nur im inneren Dienst, ein besonderes Gefühl für soziale Belange des „Volkes", so daß der Nationalsozialismus, der, eklektisch wie er war, auch solche Töne anschlug, hierin bei der Marine Widerhall fand[192].

[182] Über die harte Disziplin vgl. L. Persius, Menschen und Schiffe in der kaiserlichen Flotte, Berlin 1925, S. 130ff. – Ferner Bernhard Ramcke, Vom Schiffsjungen zum Fallschirmjäger-General, Berlin 1943, S. 23f., und Ernst von Salomon, Der Fragebogen, Hamburg 1951, S. 397. – Wegen der besonderen Verhältnisse an Bord wurde der Kriegsmarine sogar – im Gegensatz zum Heer – die Kriegsgerichtsbarkeit (an Bord) im Versailler Vertrag gestattet: Raeder a. a. O., I, S. 174; II, S. 229.

[183] Hatte Admiral von Trotha am 12. März 1919 über den „Offizier in seinem Beruf" geschrieben: „In der Vergangenheit gab sich der Offizier mit seiner ganzen Person in die Hand des Monarchen als der Verkörperung des Staates, seines Vaterlandes . . . Heute haben diese Verhältnisse sich ganz verschoben. Der ideelle Mittelpunkt liegt jetzt im völkischen Staat, im Vaterland selbst. Die Person des Präsidenten, die von den Stimmen des Volkes selbst abhängig ist, kann die Bedeutung wie früher nicht haben . . .", so galt das damals gegenüber Ebert, der am 11. Februar 1919 gewählt worden war. Mit Hindenburgs Wahl hatten sich die „Verhältnisse" erneut „verschoben" in Richtung der unvergessenen Tradition. Jedenfalls spielte die Persönlichkeit des Generalfeldmarschalls für Raeder und die Marine eine entscheidende Rolle. Hindenburgs Entschlüsse, auch die politischen, waren „dienstliche Befehle", deren Richtigkeit und Notwendigkeit nicht diskutiert wurden. – Vgl. „Volkstum und Staatsführung". Briefe und Aufzeichnungen aus den Jahren 1915–1920, Berlin 1928, S. 197f. – Ferner: Raeder a. a. O., I, S. 213f., 279f., 289f.

[184] Bezeichnend dafür auch die Denkschrift (im ganzen ungedruckt) von Adm. Gerlach „Über die ethischen Grundlagen einer neuen deutschen Wehrmacht", verfaßt Mai 1951.

[185] IfZ, Zs. Nr. 1739 u. 1780.

[186] Vgl. auch Tirpitz a. a. O., S. 2. – Ferner Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt a. M. 1958, S. 71.

[187] Vgl. für scharfe Kritik daran, daß in der kaiserlichen Marine der Auslandsdienst später zu kurz kam: Persius a. a. O., S. 124f. – Sonst Raeder a. a. O., I, S. 277ff.

[188] IfZ, Zs. Nr. 1739.

[189] Tirpitz, a. a. O., S. 40, 132ff.; Raeder a. a. O., I, S. 62ff.

[190] Raeder a. a. O., I, S. 240.

[191] Raeder a. a. O., I, S. 240ff.; IfZ, Zs. Nr. 1635, 1629, 1774.

[192] Gerlach a. a. O. (vgl. Anm. 184).

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als Schrittmacher des Nationalsozialismus gelten ferner wohl die ehemaligen Freikorpsleute[193], – eine Ansicht, die von der traditionslosen „Bewegung" selbst bisweilen propagiert wurde[194], um sich mit konstruierten „Ahnenreihen" eine gewisse Legitimität zu schaffen. Tatsächlich entstammte eine Anzahl prominenter nationalsozialistischer Funktionäre den Freikorps[195]. Was aber die Marine angeht, so rekrutierte sie sich ihrerseits keineswegs so ausschließlich aus den Freikorps, wie es nationalsozialistische Propaganda – sei es aus Unwissenheit, sei es in tendenziöser Absicht – behauptet hat[196]. Die im Jahre 1933 maßgebliche höhere Führung hatte nicht erst den Umweg über die Freikorps gemacht, sondern war kontinuierlich im Dienst geblieben oder nach einer mehr oder minder langen Pause in die neue Marine eingetreten[197]. Weiter sind die Angehörigen der verschiedenen ehemaligen Freikorps in der Reichsmarine nicht einander gleichzusetzen: diejenigen, die nur vorübergehend in Freiwilligenverbänden innerhalb oder außerhalb des Reiches (Baltikum) gekämpft und sich schon vor dem Kapp-Putsch der neuen Wehrmacht der Republik zur Verfügung gestellt hatten, wurden von den später Gekommenen mit Mißtrauen, ja fast als Überläufer betrachtet[198]. Ein Unterschied bestand sogar zwischen den Angehörigen der beiden ehemaligen Brigaden Ehrhardt und Loewenfeld, die in diesem Zusammenhang die wichtigsten sind[199]. Die letzteren standen dem neuen Staat zwar zunächst reserviert gegenüber, söhnten sich jedoch – besonders nachdem ihrem alten Führer Mitte 1922 das Kommando über den Schulkreuzer „Berlin" anvertraut worden war[200] – mit den neuen Verhältnissen weit eher aus als die Ehrhardtleute[201]. Von einer festen Einheitsfront dieser antirepublikanischen Elemente kann also keine Rede sein – abgesehen davon, daß gerade einige ehemalige Ehrhardtleute später zum „Widerstand" stießen[202]. Immerhin war, im ganzen gesehen, eine gewisse gefühlsmäßige Aufnahmebereitschaft für

[193] Vgl. dafür allgemein Robert G. L. Waite, Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918–1923. Cambridge, Mss. 1952; ferner John W. Wheeler-Bennett, Die Nemesis der Macht, Düsseldorf 1954, S. 316f.

[194] Hitler in einer Lagebesprechung (vermutlich vom 2.) März 1945: Hitlers Lagebesprechungen, Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945, hrsg. v. Helmut Heiber, Stuttgart 1962, S. 899; Himmler in seiner Rede vor den Gauleitern am 3. August 1944: in dieser Zeitschrift Bd. 1 (1953), S. 365.

[195] Vgl. die Listen bei Waite a. a. O., S. 285ff.

[196] Siehe Anm. 194; ferner E. v. Schmidt-Pauli, Geschichte der deutschen Freikorps 1918–1924, Stuttgart 1936, S. 351.

[197] Befragungen.

[198] IfZ, Zs. Nr. 1481.

[199] Es ist bezeichnend, daß bei den Zwischenfällen 1920 auf der Marineschule Mürwik sich Loewenfelder und Ehrhardt-Leute gegenüberstanden. IfZ, Zs. Nr. 12, 1785, 285, 1481.

[200] IfZ, Zs. Nr. 1785, 54; Raeder a. a. O., I, S. 188.

[201] Allerdings waren die schärfsten Gegner der Republik, wie Manfred von Killinger, schon wieder ausgeschieden, und es gelang dem Kommandeur der Marineschule Mürwik, dem späteren Vizeadmiral Tillessen, nach einem „Aufstand" durch ein geschicktes psychologisches Manöver Ehrhardts „Bann" bei seinen ehem. Anhängern weitgehend zu brechen: IfZ, Zs. Nr. 12.

[202] Oberstleutnant Friedrich Wilhelm Heinz und Korvettenkapitän Liedig: vgl. Krausnick a. a. O. (vgl. Anm. 1), S. 344.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Parolen des Nationalsozialismus bei den Freikorpsleuten vorhanden; zumindest sträubten sie sich später nicht, Hitler als Kanzler und „Führer" anzuerkennen[203].

Spürbar wurde die Neigung für den Nationalsozialismus in der Marine gegen Ende der zwanziger bzw. Anfang der dreißiger Jahre. Bis dahin hatte er in den nördlichen Teilen des Reiches und an der Küste allgemein eine geringere Rolle gespielt als im Süden. Mit seinem Anwachsen und seiner Ausbreitung nordwärts (14. Sept. 1930!) erregte er natürlich auch in der Marine zunehmend Aufmerksamkeit, und zwar hauptsächlich unter den jüngeren Offizieren sowie den Unteroffizieren und Mannschaften. Nachdem sie schon vorher gelegentlich heimlich und in Zivil Versammlungen und Kundgebungen der NSDAP besucht hatten, zum Teil aus reiner Freude am „Klamauk", wurden sie je länger, desto mehr von den „nationalen" und „sozialen" Tönen sowie dem angeblichen unbedingten Gegensatz zum Kommunismus beeindruckt[204], bis die „Idee" bei ihnen ziemlich offene und entschiedene Bekenner fand[205]. Die älteren und höheren Offiziere allerdings hielten sich – auf jeden Fall äußerlich – mehr zurück[206]. Kapitän z. S. von Schröder, der Sohn des „Löwen von Flandern", war eine auffallende Ausnahme: Wohl war seine Einladung Hitlers auf den Kreuzer „Köln", der zufällig in Wilhelmshaven lag, als auch Hitler die Stadt besuchte, keine geplante Aktion[207], aber doch eine politische Demonstration. Sie wurde als solche, obwohl der Kommandant formal im Recht war, von älteren Seeoffizieren mißbilligt[208]; immerhin verfehlte die bei dieser Gelegenheit abgegebene Versicherung Hitlers, für einen Auf- und Ausbau der Marine arbeiten zu wollen [209], nicht ihre Wirkung auf die Marineführung[210], die ihre Hoffnungen um so mehr auf eine Regierung Hitlers setzte, als sie mit ihren Forderungen bei den vorhergehenden Kabinetten, nicht nur bei den Sozialdemokraten, oft auf Gegnerschaft gestoßen war[211].

Raeder, seit dem 1. Oktober 1928 Chef der Marineleitung, wußte nicht nur, daß der Nationalsozialismus in der Marine Fuß gefaßt hatte[212], sondern sogar, daß er

[203] Seeckt schrieb an Adm. Scheer 1920 (Fr. v. Rabenau a. a. O., S. 495): „In den beiden Marinebrigaden [gemeint waren: Ehrhardt und Loewenfeld] steckt ohne Zweifel ausgezeichnetes Material, aber auch die große Gefahr der Überspannung der Führergeltung. Es muß die richtige Mitte gefunden werden zwischen engem Vertrauensverhältnis vom Vorgesetzten zum Untergebenen und sachlicher und persönlicher Unterordnung."

[204] IfZ, Zs. Nr. 54; Dönitz a. a. O., S. 299f.

[205] IfZ, Zs. Nr. 364, 1628.

[206] Auch der „Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte", KAdm. Kolbe, und der spätere Gen. Adm. Saalwächter sympathisierten mit dem NS, hielten sich aber äußerlich zurück.

[207] IfZ, Zs. Nr. 54, 1482, 246.

[208] IfZ, Zs. Nr. 1479.

[209] Eintragung ins Gästebuch des Kreuzers „Köln"; vgl. auch K. J. Puttkamer a. a. O. (vgl. Anm. 15), S. 9.

[210] Puttkamer a. a. O., S. 9; Raeder a. a. O., II, S. 107.

[211] Raeder a. a. O., I, S. 228ff. – Ferner: Gustav Adolf Caspar, Die sozialdemokratische Partei und das deutsche Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik. Beiheft 11 der Wehrwiss. Rundschau, Frankfurt/M. 1959, und Wolfgang Wacker, Der Bau des Panzerschiffes „A" und der Reichstag, Tübingen 1959.

[212] IfZ, Zs. Nr. 364, 1628.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für sie gefährlich geworden war. Seine Erinnerungen verschleiern dies[213], bezeugen indessen seinen „Attentismus", der Hitler zugute kam. Denn auf die alarmierende Meldung des damaligen Chefs des Stabes der Ostsee-Station, Admiral Marschall, im Herbst 1932[214], die überwiegende Mehrzahl der Kommandeure in seinem Befehlsbereich glaube ihrer Leute im Falle eines Einsatzes bei einem nationalsozialistischen Putsch nicht sicher zu sein, gab ihm Raeder nichts weiter zur Antwort, als die vage Versicherung, er werde die Marine schon so führen, daß sie keinen Schaden nehme.

Obwohl selber kein „Politiker", also auch kein Nationalsozialist[215], sondern reiner „Soldat", beobachtete Raeder aufmerksam den politischen Horizont und hatte eine gute Witterung für die Wirkung politischer Entwicklungen auf sein Ressort[216]. Für sein Lebenswerk, den bestmöglichen Auf- und Ausbau der Marine, war er bereit, unter allen Flaggen zu segeln. „Woher ich meine Panzerschiffe kriege, ist mir egal!" war seine Maxime[217] – und Hitler versprach ihm welche! So wartete er ab – in der Zwischenzeit mit Hilfe seiner persönlichen Autorität bemüht, der Marine eine Zerreißprobe zu ersparen und Provokationen zu verhindern[218] – bis ihm Hindenburgs Entschluß ermöglichte, die neue Flagge zu setzen[219]. Hierin traf er sich auf halbem Wege mit der Marine – die aus ersichtlichen Gründen von vornherein für den Nationalsozialismus viel anfälliger war als das Heer[220].

VI

Den Vorwurf, durch die Meuterei auf der Flotte die Revolution 1918 ausgelöst zu haben, wurde von der Marine schmerzlich empfunden und verursachte ein

[213] Raeder a. a. O., I, S. 279f., II, S. 14.

[214] Der spätere Flottenchef Admiral (und schließlich Generaladmiral) Marschall war beunruhigt durch die bürgerkriegsähnlichen Zustände abends beim „Holstenbummel" in Kiel – Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten – und hatte deshalb die Kommandeure seines Befehlsbereichs zusammengerufen, um die Lage zu besprechen.

[215] Raeder erstrebte kein „politisches" Amt, wollte nicht Reichswehrminister werden: a. a. O., I, S. 271f. – Mit den Nationalsozialisten hatte er vor der „Machtergreifung" nur unmittelbar Berührung durch den ehem. Konteradmiral von Levetzow: ebda. I, S. 172; II, S. 107.

[216] Foertsch a. a. O. (vgl. Anm. 9), S. 33.

[217] IfZ, Zs. Nr. 667 (Vizeadm. a. D. Weichold).

[218] Raeder a. a. O., I, S. 279f.; II, S. 19, 22.

[219] Die Marine war gewohnt, Raeder zu folgen: Befragungen; Raeder a. a. O., I, S. 238ff.; II, S. 15, 21ff.; Puttkamer a. a. O. (vgl. Anm. 15), S. 10; Admiral a. D. Karlgeorg Schuster in seiner Besprechung der Erinnerungen Raeders: Marine Rundschau 53 (1956), S. 188f. – Für Raeders straffe Führung vgl. auch: Kurt Assmann, Großadmiral Dr. h. c. Raeder und der Zweite Weltkrieg in: Marine Rundschau 58 (1961), S. 5.

[220] Vgl. die verallgemeinernde Formulierung eines scharf beobachtenden Offiziers des Heeres: „Die Marine, deren Mannschaft im Jahre 1918 als erste gemeutert und ihrem kaiserlichen Gründer die Treue versagt hatte, schloß sich dem System ohne Bedenken an und sonnte sich in der Gunst der Partei und des Führers." (D. v. Choltitz, Soldat unter Soldaten, Konstanz 1951, S. 43).

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Trauma, das sie nie überwand[221]. Canaris war einer der wenigen, die sich von solchen Befangenheiten freigemacht hatten[222]. Hier lag ein wesentlicher Grund dafür, daß sich die Marine, selbst nachdem sie erkannt hatte, wohin Hitler steuerte, nicht gegen ihn stellte. Gefördert noch durch die Erlebnisse des Kapp-Putsches, durch welchen sie fast wieder auseinandergebrochen war[223], entwickelte sich im Laufe der Zeit ein „Komplex"[224] mit der fixen Idee: Nie wieder abweichen von der „Legalität", nie wieder „politisieren", nichts gegen die „Regierung"[225]! Die ganze Erziehung in der Marine zielte in diese Richtung und wirkte noch fort, als die Grundlagen des Rechtsstaates, die ja die Voraussetzung für solche Loyalität sind, vom Hitler-Regime längst verlassen worden waren.

Wenn überhaupt, so war eine Revision dieser Haltung nur durch Befehl „von oben" möglich. Raeder, der von der Verworrenheit der Befehlsverhältnisse und Dienststellen während des Ersten Weltkrieges stark beeindruckt worden war, erstrebte vom ersten Tage seiner Leitung an eine energische Zusammenfassung und baute eine so straffe persönliche Führung auf, wie sie bis dahin nicht existiert hatte[226]. Gegen Offiziere, die ernstlich – und vor allem: nach außen erkennbar – andere Meinungen vertraten als er, konnte er rücksichtslos vorgehen; sie wurden verabschiedet. Der häufige und rasche Wechsel der Flottenchefs ist nur der augenfälligste Beweis dafür[227]. Eben deshalb war Raeder auch entschiedenster Gegner eines neuen Admiralstabes: jede Möglichkeit einer „Nebenregierung" sollte von vornherein ausgeschlossen werden. Seine Antipathie dagegen nahm beinahe groteske Formen an[228]. Nach außen hin, sowohl nach oben wie nach unten, sollte „sein Wille für die Marine alleiniges Gesetz sein"[229]. Gleichwohl tolerierte er – aus seiner für „unpolitisch" gehaltenen Einstellung heraus – dabei Offiziere, die dem Nationalsozialismus nicht freundlich gesonnen waren, „solange sie ihre Pflicht taten"![230] Das hieß: ebensowenig wie er daran dachte, jemals aktiv gegen Hitler und sein Regime zu opponieren, durfte – und würde – es nach seiner Meinung ein anderer

[221] Raeder a. a. O., I, S. 148ff., 240; Dönitz a. a. O., S. 306.

[222] IfZ, Zs. Nr. 240 (Gen. Oberst a. D. Halder).

[223] Raeder a. a. O., I, S. 180ff.

[224] Raeder a. a. O., I, S. 227ff.; II, S. 22 schreibt auch der sogen. Lohmann-Affäre die Wirkung zu, daß die Marine daraus die Lehre zog, nichts mehr gegen die bestehende Regierung zu unternehmen.

[225] Raeder a. a. O., I, S. 240; II, S. 14ff., bes. S. 22.

[226] Raeder a. a. O., I, S. 235ff.; Kurt Assmann, Großadmiral Dr. h. c. Raeder usw., a. a. O. (vgl. Anm. 219), S. 5f.

[227] Für die Ablösung der beiden späteren Generaladmirale Boehm und Marschall vgl. Wehrwiss. Rundschau 9 (1959), S. 487ff.

[228] Assmann a. a. O., S. 6, 8; die notwendige Neugründung einer analogen Instanz mußte sich „Seekriegsleitung" nennen, nicht „Admiralstab": IfZ, Zs. Nr. 246; Absolventen der sogen. „Führergehilfenlehrgänge", d. h. die Admiralstabsoffiziere, wurden hinterher in die verschiedensten Stellungen, bloß nicht in Admiralstabsoffizierspositionen versetzt: Admiral a. D. Karlgeorg Schuster in seiner Besprechung von Raeders Memoiren, in: Marine Rundschau 53 (1956), S. 188f.

[229] Assmann a. a. O., S. 5.

[230] Raeder a. a. O., II, S. 21f.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Marineoffizier tun[231]. Versuche, seine Unterstützung zu wirksamen Schritten nach der „Röhm-Revolte" oder der „Kristallnacht" zu erhalten, schlugen daher fehl, und selbständiges Vorgehen ohne bzw. gar gegen den ObdM bedeutete mit Sicherheit schnelle Kassation, wenn auch noch nicht mehr.

Schlimmer sollte es in dieser Hinsicht unter Dönitz werden. Nicht nur, daß dieser das bisherige Führungsprinzip übernahm und weiter ausbaute – er war auch, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, bewußt „politisch". Wenn er bald nach seiner Amtsübernahme eine Reihe verdienter und erfahrener hoher Offiziere entließ, so nicht deshalb, weil er den dienstälteren Admiralen aus Taktgründen nicht zumuten wollte, unter ihm – dem Jüngeren – zu bleiben[232], sondern weil er sie nicht ohne weiteres für „zuverlässig" genug in seinem und des Regimes Sinne hielt[233]. Wie Goebbels bezeugt, war sein „gründliches Aufräumen" ganz nach dem Herzen des „Führers"[234], dessen Vertrauen er rasch gewinnen wollte und gewann[235]. Daß es ihm dabei – in klarer Erkenntnis der damaligen Führungspraxis – auch darum ging, sachliche Vorteile für die Marine herauszuholen[236], ist glaubhaft, war aber gewiß nicht sein eigentliches Motiv. Größeres Verständnis für die Seekriegsführung, Abwehr unberechtigter Angriffe etwa von seiten Görings auf die Marine und bessere Materialzuteilungen sollten schöne Nebenerfolge werden[237], waren jedoch nicht tiefster Grund seiner bewußt und öffentlich dokumentierten Einstellung zu Hitler und dem Nationalsozialismus. Überzeugt von Hitlers einmaliger Größe und Bedeutung für das deutsche Volk, unterwarf er sich ihm bis an die Grenze persönlicher Würde[238], übernahm den Rassenwahn[239] und die feindliche Haltung gegen

[231] Puttkamer a. a. O., S. 55f.

[232] Unter diesem Vorwand verabschiedete er den Generaladmiral Boehm, der ihm aber entsprechend erwiderte (Mitt. an den Verfasser).

[233] Dem großen „Robbenschlag" (so ironisch in der Marine genannt) fielen alle Admirale zum Opfer, die nicht mehr unbedingt wegen ihres Fachwissens gebraucht wurden, wie z. B. der „K-Chef" (Kriegsschiffbau) Admiral Fuchs. – Vgl. Dönitz a. a. O., S. 366ff. – Vizeadmiral Weichold wurde z. B. gerade wegen seiner kritischen Einstellung verabschiedet, nicht deswegen, weil er keine „genügende praktische Fronterfahrung" hatte. Zum „Abschied" erhielt er das Wort „Gehe nun hin in die Wüste und predige . . .", weil er Dönitz gemeldet hatte, daß der Krieg im Mittelmeer verloren sei: IfZ, Zs. Nr. 667 (Vizeadmiral a. D. Weichold). Daß Dönitz später seine neuen Vertrauten auch wieder kalt stellte und eine neue „zuverlässige" Umgebung schuf, unterstreicht das oben Gesagte. Weder Admiral Meisel als Chef der Skl noch Konteradmiral Godt als Leiter der Op.-Abt. der U-Boote hatten später noch sein Ohr wie ursprünglich.

[234] Tagebuch vom 9. März 1943 (vgl. Anm. 39), S. 263.

[235] Dönitz a. a. O., S. 307; Private Fragen, beantwortet im Nürnberger Gefängnis (Abschrift im IfZ).

[236] Vgl. Anm. 235; IfZ, Zs. Nr. 175.

[237] Fragebogen; Dönitz a. a. O., S. 309f.

[238] In einer berüchtigten Rede im Berliner Sportpalast nannte er sich im Vergleich zu seinem „Führer" ein „ganz kleines Würstchen"! – Vgl. weiter Dönitz a. a. O., S. 477; Fragebogen; Sonderlage vom 11. 4. 45: IMT Bd XXXV, S. 304ff.

[239] Rede zum Heldengedenktag 1944; gedruckt in „Das Archiv", Nachschlagwerk für Politik, Wirtschaft, Kultur, Nr. 120, auch bei Léon Poliakov-Josef Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, Berlin, 2. Aufl. 1955, S. 345. – Leserbriefe in der FAZ vom 25. 4. und 4. 5. 1961.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Kirchen[240] aus Hitlers Ideologie und verlangte von seinen Offizieren dasselbe. „Bedingungslos Wächter des nationalsozialistischen Staates" zu sein, war seine Forderung am 15. Februar 1944[241]. Kein Wunder also, daß bei ihm trotz allem, was schon geschehen und noch zu erwarten war, keine Neigung zum Widerstand gegen das Regime bestand[242]. Seine haßerfüllten Ausbrüche gegen die „Verbrecher" nach dem 20. Juli[243] und seine unerschütterliche Treue zu Hitler und der „Idee" über dessen Ende hinaus[244] sind Zeugnis dafür, wie sich Dönitz dem Nationalsozialismus verschrieben hatte[245]. Über allen anders Gesinnten hing seine Drohung, sie zu „zerbrechen"[246].

Dennoch hatten sich in der Marine, so sehr sie anfangs mit dem Nationalsozialismus sympathisierte, je länger desto mehr Skepsis und Kritik geregt. Waren es teilweise nur fachliche Zweifel – Zweifel an der militärischen Führung und am „Endsieg" –, die laut wurden[247], so gab es andererseits doch auch echte moralische Erschütterungen, als die Verbrechen des Regimes bekannt wurden[248]. Das Bild, das die Marine bei näherem Zusehen am 20. Juli und danach bot, war weder so „geschlossen" noch so eindeutig, wie es Dönitz wünschte oder es der Öffentlichkeit seinerzeit erschien. Aber Widerstandszellen gab es in breiterem Maße nicht. Warum?

Über alle einmalig-zufälligen sachlichen und persönlichen Momente hinaus war letztlich der besondere Geist prinzipieller Subordination in ihrem Offizierskorps dafür verantwortlich, der anders war als die im Heer übliche Unterordnung. Aus einer ursprünglich „technischen" Notwendigkeit des Bordlebens hatte sich – gefördert durch die soziale Struktur der Marine – eine „Tradition" entwickelt, d. h. eine geistige Grundhaltung, die einen der wesentlichsten Teile des speziellen „Ehrbegriffs" des Seeoffiziers ausmachte. Die Freiheit der Entscheidung, die sich die moralisch und intellektuell Besten in der Armee stets vorbehalten haben, auch ein-

[240] Eingabe von Marinedekan Ronneberger an den ObdM vom 22. Sept. 1944 (ungedruckt). IfZ, Zs. Nr. 1808.

[241] IMT, Dok. D 640 (Bd XXXV, S. 237ff.).

[242] Dönitz a. a. O., S. 303, 401.

[243] Rede in der Nacht vom 20./21. Juli 1944: Zeller a. a. O., S. 283; Tagesbefehl an die Kriegsmarine (ungedruckt) (Akten der Skl: Anlage zu 1. Skl Ib 2226/44 gKChefs.).

[244] Rundfunkansprachen an das deutsche Volk und die Wehrmacht vom 1. Mai 1945: Lüdde-Neurath a. a. O. (vgl. Anm. 174), S. 138; Fragebogen Dönitz (vgl. Anm. 235). – Dönitz a. a. O., S. 445 kürzt den Wortlaut. Dönitz weigerte sich noch am 11. Mai 45, als die Sieger Anstoß an den „Führerbildnissen" nahmen, die noch immer zu sehen seien, einen Befehl zu geben, diese zu entfernen: Tagebuch vom 2. 5. 45ff., das sein Adjutant Lüdde-Neurath führte: in: Die Niederlage 1945. Aus dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, hrsg. v. Percy Ernst Schramm, dtv-Ausg. München 1962, S. 440f. – Erst am 14. 5. 45 erging der Befehl als unumgänglich: ebda. S. 445.

[245] Angeblich wußte Dönitz nichts von den Greueln; vgl. aber Lüdde-Neurath a. a. O., S. 94ff.; Fragebogen.

[246] Ebenfalls in der Rede vom 15. 2. 44 (vgl. Anm. 239), a. a. O., S. 243.

[247] In der „Scharnhorst"-Messe ging z. B. die Rede ungefähr so: „Solange wir von Unteroffizieren regiert werden, kann die Geschichte ja nicht glatt gehen . . .": IfZ, Zs. Nr. 1776.

[248] IfZ, Zs. Nr. 1603 u. 1809.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mal dem Obersten Kriegsherrn den Gehorsam zu verweigern und aktiven Widerstand zu leisten, wenn das Gewissen es verlangte: diese Möglichkeit war im allgemeinen im Ehrenkodex der Marine nicht enthalten. So versagte sie, indem sie in einer bestimmten – zugegeben: bisher noch nicht dagewesenen – geschichtlichen Situation diese „Ehre" verabsolutierte und damit pervertierte, d. h. durch starre, bloß äußerliche Befolgung des Prinzips der Treue und des Gehorsams zur „Konvention" erstarren ließ[249].

Die der Marine gemeinhin zugeschriebene besondere hohe geistige Qualifikation hingegen war nicht mehr in solchem Ausmaß vorhanden, daß sie als Korrektiv wirksam werden konnte. Die im Kriege 1939–1945 führende Generation war im Durchschnitt im letzten Jahr vor dem Ersten Weltkrieg oder gar später eingetreten. Sie hatte die frühere umfassende Erziehung nicht mehr erfahren und in der Zeit nach 1918 das Versäumte unter den veränderten Umständen nicht nachholen können. Die so konsequente Ablehnung eines neuen Admiralstabes tat ein übriges[250], während in der Armee gerade diese Tradition im höheren Offizierskorps gepflegt wurde[251]. Schließlich war es kein Zufall, daß der militärische Widerstand gegen Hitler im wesentlichen vom Generalstab getragen wurde. Statt dessen hatte die Marine ein ausgezeichnetes Spezialistenkorps gezüchtet, das sich auf das eigene Ressort verstand, aber auch darauf beschränkte und in der Ausnahme-Situation der NS-Ära moralisch wie politisch indifferent blieb[252]. In diesem Zusammenhang von moralischer Schuld des Einzelnen zu sprechen, fällt schwer, weil der Einzelne sich weitgehend mit dem „Zeitgeist" und dem seiner Kaste in Übereinstimmung befand. Indes die Marine als Ganzes bewährte sich in dieser Hinsicht nicht: ein hypertrophes Spezialistentum hatte zu wenig Raum gelassen für selbständigen sittlichen Mut und ein immer waches Gewissen, die unteilbar waren und sich nicht kommandieren ließen.

---

[249] Vgl. Dönitz a. a. O., S. 297 ff., 475 ff.; Raeder a. a. O., II, S. 333 ff.

[250] Vgl. dafür Walther Hubatsch, Der Admiralstab und die obersten Marinebehörden in Deutschland 1848–1945, Frankfurt a. M. 1958, bes. S. 212 ff.

[251] Zur Geschichte des Generalstabes vgl. Halder, bei: Bor, a. a. O., S. 42 ff. („Seine Geschichte ist . . . die Geschichte einer Geisteshaltung, nicht die einer Organisation oder einer Technik": S. 43).

[252] Vgl. auch Raeders Schlußwort in Nürnberg: a. a. O., II, S. 317 ff.; Dönitz IMT Bd. XIII, S. 332 ff.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

CONRAD ROEDIGER

DIE INTERNATIONALE HILFSAKTION FÜR DIE BEVÖLKERUNG GRIECHENLANDS IM ZWEITEN WELTKRIEG

I

In den beiden Weltkriegen hat es bei aller Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit der Kriegführung immer wieder Einzelakte der Menschlichkeit gegeben, die größtenteils von Unbekannten begangen wurden. Daneben ist aber sowohl im Ersten wie auch im Zweiten Weltkrieg je eine groß aufgezogene internationale Hilfsorganisation zugunsten eines im Kriege leidenden Volkes zustande gekommen. Im Ersten Weltkrieg war es das belgische, im Zweiten das griechische Volk, zu dessen Gunsten das Gebot der Menschlichkeit in größerem Rahmen verwirklicht wurde.

Die leidvollen Erfahrungen, besonders im Zweiten Weltkrieg, haben auf die Initiative des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf hin zu der Bildung eines neuen Kriegsvölkerrechts geführt, das versucht, nach Möglichkeit den Geboten der Humanität Rechnung zu tragen. Dieses heute geltende Völkerrecht ist in Gestalt der vier Genfer Konventionen zum Schutze der Opfer des Krieges vom 12. August 1949 kodifiziert und von fast allen Staaten der Welt ratifiziert worden. Die Bundesrepublik Deutschland ist den Abkommen am 3. September 1954 beigetreten.

Aus dem Bereich des modernen Kriegsvölkerrechts interessieren im Rahmen dieses Aufsatzes nur die Bestimmungen über die Versorgung der Bevölkerung eines von einem Kriegführenden besetzten Gebiets. Nach Artikel 55 der IV. Genfer Konvention vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten hat die Macht, die ein fremdes Gebiet besetzt, die Pflicht, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebens- und Arzneimitteln im Rahmen aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel sicherzustellen.

Nun kann in modernen Kriegen, besonders wenn es sich dabei um die Verhängung der Blockade über das Gebiet eines Kriegführenden handelt, die Erfüllung dieser Pflicht für eine blockierte Macht unmöglich werden, wie das in den beiden Weltkriegen für Deutschland der Fall war.

In Ergänzung des Artikel 55 der IV. Genfer Konvention bestimmt daher der Artikel 59 folgendes:

> „Ist die Bevölkerung eines besetzten Gebietes oder ein Teil derselben ungenügend versorgt, so gestattet die Besatzungsmacht Hilfsaktionen zugunsten dieser Bevölkerung und erleichtert sie in vollem Umfange der ihr zur Verfügung stehenden Mittel.
>
> Solche Hilfsaktionen, die entweder durch Staaten oder durch eine unparteiische Organisation, wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), unternommen werden können, bestehen insbesondere aus Lebensmittel-, Arznei- und Kleidungssendungen.
>
> Alle Vertragstaaten gewähren diesen Sendungen freien Durchlaß und gewährleisten ihren Schutz.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Macht, die freien Durchlaß von Sendungen gewährt, die für ein von einer feindlichen Macht besetztes Gebiet bestimmt sind, hat jedoch das Recht, die Sendungen zu prüfen, ihren Durchlaß nach vorgeschriebenen Fahrplänen und Wegen zu regeln und von der Schutzmacht ausreichende Zusicherungen zu verlangen, daß diese Sendungen zur Hilfeleistung an die notleidende Bevölkerung bestimmt sind und nicht zugunsten der Besatzungsmacht verwendet werden."

Der Versuch, neues Kriegsvölkerrecht zu schaffen, das nach Möglichkeit mit der modernen Entwicklung Schritt hält, beruht auf den bitteren Erfahrungen, die man in Kriegszeiten gemacht, und auf einer Praxis, die sich im Kriege in einzelnen Fällen herausgebildet hat.

II

Bekannt ist, daß im Ersten Weltkrieg die Amerikaner, dank den Bemühungen des späteren Präsidenten Herbert *Hoover* eine großzügige Hilfsaktion für das von deutschen Truppen besetzte Belgien einleiteten, die dank der Mitwirkung der deutschen Regierung bis zum Ende der Besetzung erfolgreich durchgeführt wurde, da Großbritannien die Blockade gegen die auf Grund der amerikanischen Hilfsaktion für Belgien bestimmten Sendungen nicht durchführte. In Deutschland völlig unbekannt geblieben ist dagegen die im Zweiten Weltkrieg zustande gekommene internationale Hilfsaktion zugunsten der Bevölkerung des von italienischen und deutschen Truppen besetzten Griechenland, die einzige internationale Hilfsaktion im Zweiten Weltkrieg.

Diese große Hilfsaktion verdient der Vergessenheit entrissen zu werden, zumal in einer Zeit, in der noch immer starke Kräfte am Werk sind, die Gebote der Menschlichkeit mit Füßen zu treten und die Völker der Erde gegeneinander aufzuhetzen, anstatt zu ihrer Versöhnung beizutragen.

Die Griechenland-Hilfsaktion im Zweiten Weltkrieg, ein Ausdruck des hehren Gedankens „inter arma caritas", kam zustande, nachdem bereits zwei Versuche für andere Länder gescheitert waren.

Im Zweiten Weltkrieg war es nach Beginn des Polenfeldzuges zuerst das Amerikanische Rote Kreuz, das größere Spenden in das von deutschen Truppen besetzte Polen schickte. Damals erfuhr das deutsche Volk durch gelegentliche Meldungen in der Presse einiges über die entsprechenden Vorgänge im besetzten Polen.

Als später Belgien von den deutschen Truppen besetzt wurde, erneuerte Herbert *Hoover* seine im Ersten Weltkrieg erfolgreichen Bemühungen um eine Hilfsaktion für das besetzte Belgien. Ihm blieb jedoch der praktische Erfolg versagt, da die Engländer sich weigerten, die Blockade insoweit aufzuheben. Die deutsche Öffentlichkeit wurde damals über die Entwicklung der Dinge unterrichtet. Der deutschen Propaganda war es möglich, gegen die Engländer wegen ihres ablehnenden Verhaltens zu polemisieren.

Dagegen blieb, wie schon angedeutet, die im Jahre 1942 eingeleitete Hilfsaktion zugunsten der Bevölkerung Griechenlands in Deutschland völlig unbekannt. Als Gründe dafür können folgende aufgeführt werden:

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Partei, die die Presse und den Rundfunk beherrschte, war ihrerseits nicht an der Aktion beteiligt; diese war den Behörden vorbehalten. Überdies bot das Zustandekommen einer Hilfsaktion mit maßgeblicher Beteiligung der damaligen Feindmächte keinen Anlaß zu wirksamen Polemiken gegen diese, da Großbritannien sich dieses Mal bereit erklärte, die Blockade zugunsten der Hilfssendungen nach Griechenland aufzuheben. Damals stand im Reich das durch den Feldzug gegen die Sowjetunion geförderte Machtdenken im Vordergrund des Interesses. Gegenüber dem bei der nationalsozialistischen Diktatur – wie übrigens bei jeder Diktatur – üblichen Machtdenken traten alle Erwägungen der Menschlichkeit in den Hintergrund. Endlich war das Deutsche Reich bei der Aktion in Griechenland im wesentlichen der empfangende und gestattende Teil, eine Tatsache, die der Hervorkehrung der nationalsozialistischen Eitelkeit und Überheblichkeit in der öffentlichen Meinung keine rechte Grundlage bot.

Es war sicher nicht zum Nachteil der sachlich nüchternen Verhandlungen über die Hilfsaktion für Griechenland, daß sie sich außerhalb des Getöns der Propaganda vollzogen.

III

Der Behandlung des eigentlichen Themas der Hilfsaktion zugunsten der Zivilbevölkerung Griechenlands sind zunächst noch einige allgemeine Bemerkungen vorauszuschicken. Alsdann muß kurz auf die der großen Hilfsaktion im Zweiten Weltkrieg vorangegangenen Versuche eingegangen werden, die, wie schon angedeutet, in anderen Ländern gemacht wurden, ohne aber zur Durchführung zu gelangen. Dies deshalb, weil hierbei schon zentrale Fragen auftauchten, die bei der Hilfsaktion für Griechenland eine Rolle spielten.

Die zu machenden Ausführungen beruhen auf den eigenen Erfahrungen des Verfassers und einem Studium der einschlägigen Akten des Auswärtigen Amts in Berlin (Völkerrecht Rotes Kreuz 9 Griechenland, Band 1–6, 8; 11–17), die jetzt im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts in Bonn liegen. Es fehlen leider einige Bände, die die kurzen Zeiträume von November/Dezember 1942 und die Monate Februar bis Anfang April 1943 umfassen. Die entscheidenden Phasen der Hilfsaktion sind aber durch die vorhandenen Akten erfaßt, so daß das durch das Aktenstudium gewonnene Bild als vollständig und korrekt bezeichnet werden kann.

Der Zweck dieses Aufsatzes ist, die Sachlage so darzustellen, wie sie sich aus der Perspektive des Auswärtigen Amtes ergibt. Daher ist bewußt nur auf die Akten dieser Behörde zurückgegriffen worden.

Es ist andererseits selbstverständlich, daß der Verfasser seine Ortsbestimmung vornehmen mußte, indem er Einblick in einen einschlägigen Bericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf nahm. Dieser „Rapport du Comité International de la Croix Rouge sur son activité pendant la seconde guerre mondiale, Partie IV, Secours aux populations civiles" (S. 391 und bes. S. 487 ff.) schildert den Fragenkomplex vom Standpunkt einer streng neutralen

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Organisation und betont naturgemäß in erster Linie die Seiten, die das Rote Kreuz besonders angehen. Um so bemerkenswerter ist die sachliche Übereinstimmung der beiden Standpunkte in einer wesentlichen Frage der Nächstenhilfe.

Bei der Einleitung und Durchführung der Hilfsaktion für die Bevölkerung des besetzten Griechenland stand das Auswärtige Amt an zentraler Stelle als federführendes und vermittelndes Ressort. War es doch für die Verbindungen mit anderen Staaten zuständig. Es sei aber hinzugefügt, daß das Auswärtige Amt in der Frage mit den verschiedensten inneren Stellen, besonders der Wehrmacht, der Kriegsmarine und der Luftwaffe sowie mit den Ressorts aufs beste zusammenarbeitete. Nicht zu vergessen ist das Deutsche Rote Kreuz, dessen Interessen in der Frage mit denen des Auswärtigen Amtes konform gingen.

Es ist selbstverständlich, daß ohne die Regierung Schwedens, das überdies die Schutzmacht der damaligen Gegner Deutschlands und Italiens war, die Einleitung der gesamten Hilfsaktion und ihre erfolgreiche Durchführung nicht denkbar gewesen wäre. Die schwedische Gesandtschaft in Berlin stand in laufender vertrauensvoller Fühlung mit dem Amt. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes in Genf, das Schweizerische und das Schwedische Rote Kreuz leisteten unentbehrliche Hilfe bis zum Ende.

IV

1. *Polen*

Schon bald nach der Beendigung der Besetzung Polens im Herbst 1939 zeigte das Amerikanische Rote Kreuz Interesse für die Versorgung der Zivilbevölkerung des besetzten Landes. Die Amerikaner wollten sich begreiflicherweise ein eigenes Bild von der wahren Lage machen, indem sie die Entsendung eigener Vertreter des Roten Kreuzes in das Gebiet des Generalgouvernements Polen planten. Die Beobachtung einschlägiger Verhältnisse besonders in Kriegszeiten durch Neutrale ist heute zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Es ist daher bemerkenswert, daß im Anfang des Zweiten Weltkrieges der damalige deutsche Außenminister von Ribbentrop entgegen dem Gefühl seiner meisten Beamten grundsätzlich jede Hilfsaktion für die polnische Bevölkerung ablehnte. Seine Bedenken wurden jedoch bald, vor allem durch die Stellungnahme des Generalgouvernements Polen und der dortigen militärischen Stellen entkräftet. So wurde dann im Laufe des Winters 1939/40 Delegierten des Amerikanischen Roten Kreuzes sowie der gleichfalls interessierten amerikanischen Quäker Reisen nach Polen gestattet, wo sich die Herren in vertrauensvoller Fühlungnahme mit den zuständigen deutschen Militär- und Verwaltungsstellen sowie mit den Vertretern des Polnischen Roten Kreuzes und den polnischen Wohlfahrts- und Selbsthilfeorganisationen ein Bild von der Ernährungs- und Verpflegungslage machen konnten. Die amerikanischen Herren wurden von einem Vertreter des Auswärtigen Amtes begleitet, der nötigenfalls vermittelnd tätig werden konnte.

Die amerikanischen Herren, die jeweils gute Einblicke in die Verhältnisse im Generalgouvernement erhielten, erkannten zugleich, daß die an sich von ihnen

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewünschte dauernde Niederlassung einer Kontrollkommission des Amerikanischen Roten Kreuzes in Polen sich nicht verwirklichen lassen würde, und daß man sich nach der Lage der Dinge mit vorübergehenden Reisen begnügen mußte und konnte. In diesem Fall aber wurde verlangt, daß Vertreter des Amerikanischen Roten Kreuzes jeweils bei der Ankunft von Hilfssendungen in Polen zugegen sein sollten, um den Eingang der Spenden quittieren und deren richtige Verteilung unter die polnische Zivilbevölkerung kontrollieren zu können. Dieses Verlangen war durchaus natürlich und zweckentsprechend, und es trug vor allem auch einer damals geltend gemachten Forderung Großbritanniens und Frankreichs Rechnung.

Die Spenden des Amerikanischen Roten Kreuzes setzten im Winter 1939/40 ein, zunächst in Gestalt von Arzneimitteln und Verbandzeug, später aber auch in Form von Kleidungsstücken usw. Nach amerikanischen Angaben wurden im Jahr 1940 Sachspenden im Werte von insgesamt $ 996 000 in das Generalgouvernement Polen gegeben. Obwohl, wie der zuständige Vertreter des Amerikanischen Roten Kreuzes auf einer Veranstaltung im Mai 1940 in Amerika bemerkte, die Verhandlungen mit den deutschen Stellen sich auf einer vertrauensvollen Ebene vollzogen, wurde im März 1941 aus den Vereinigten Staaten gemeldet, daß mit dem Monat Februar 1941 infolge von Transportschwierigkeiten die Hilfssendungen nach Polen eingestellt worden seien. Nach deutschen Feststellungen waren derartige Sendungen tatsächlich schon im Laufe des Jahres 1940 eingestellt worden. Die gegebene Begründung der Transportschwierigkeiten für Sendungen des Roten Kreuzes erschien auf Grund der bislang gemachten gegenteiligen praktischen Erfahrungen nicht glaubwürdig, sie änderte aber an der Tatsache der Einstellung nichts.

Das Interesse der amerikanischen Quäker und Mennoniten für die polnische Zivilbevölkerung dauerte freilich an; die beiden Organisationen beschränkten sich jedoch auf kleine Hilfsmaßnahmen[1].

2. *Belgien*

Im Dezember 1940 trat der ehemalige amerikanische Präsident Herbert *Hoover*, der Schöpfer des großen amerikanischen Hilfswerks für Belgien im Ersten Weltkrieg, durch seinen Vertreter John *Hartigan* in Berlin an das Auswärtige Amt mit der Bitte heran, dreien seiner Vertrauensmänner eine Reise in das besetzte Belgien zu gestatten, um sich dort in Fühlungnahme mit den zuständigen Stellen und den Vertretern der belgischen Wohlfahrtsorganisationen ein Bild von der Ernährungslage zu machen. Diesmal gaben alle deutschen Stellen ohne weiteres ihre Zustimmung zu einer solchen Reise[2]. Infolgedessen reisten drei Vertreter Hoovers, die Herren F. D. Stephens, William C. Macdonald und C. P. Murray in Begleitung des zuständigen Referenten des Auswärtigen Amtes im Januar 1941 nach Belgien.

[1] Aufschluß über die Verhältnisse in Polen geben die im Archiv in Bonn liegenden Akten des Auswärtigen Amts Völkerrecht, Rotes Kreuz 9, Polen, Band 1–2.

[2] Aufschluß über die im folgenden geschilderten Verhältnisse in Belgien geben die Akten des Auswärtigen Amts Völkerrecht Rotes Kreuz 9, Belgien, Band 1–9 nebst Beiband. Die Akten liegen ebenfalls im Archiv in Bonn.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sie nahmen dort mit den deutschen militärischen und Verwaltungsstellen Fühlung; desgleichen mit den zuständigen belgischen Wirtschaftsstellen sowie mit den Vertretern des Belgischen Roten Kreuzes und der Wohlfahrtsorganisationen, die in der belgischen Winterhilfe zusammengeschlossen waren. Ein Besuch wurde auch dem Kardinalerzbischof von Mecheln van Rooy abgestattet. Die Verhandlungen vollzogen sich, auch nach Ansicht der amerikanischen Herren, auf einer Basis des Vertrauens.

Die Delegierten Hoovers überzeugten sich von der dringenden Notwendigkeit, größere Mengen von Lebensmitteln baldigst nach Belgien zu schicken. Auf Grund der Tatsache, daß Belgien vor dem Kriege in erheblichem Maße auf Lebensmitteleinfuhren aus Übersee angewiesen war, plante Hoover monatlich 45 000 Tonnen Lebensmittel im Wege einer Hilfsaktion nach Belgien zu schicken, darunter 25 000 t Mehl und 20 000 t fett- und vitaminhaltige Lebensmittel, so daß jedem Belgier daraus täglich 1500 Kalorien zugeführt werden sollten.

Hoover beabsichtigte, die eingeführten Spenden im Wege von Volksspeisungen an die bedürftige Bevölkerung austeilen zu lassen; dazu sollten noch Sondermahlzeiten für belgische Kinder kommen. Die geeignete Organisation dafür war nach Ansicht der Amerikaner die von dem ehemaligen belgischen Minister *Heymans* geleitete belgische Winterhilfe, in der alle belgischen Hilfsorganisationen zusammengefaßt waren. Die Winterhilfe war im Interesse des belgischen Volkes tätig und arbeitete mit den zuständigen deutschen Stellen im Lande sowie mit dem Deutschen Roten Kreuz zusammen.

Noch im Januar 1941 trat Hoover mit seinem praktischen Vorschlag an das Auswärtige Amt heran. Eine seiner wichtigsten Bedingungen war, daß die zuständigen deutschen Stellen dafür zu sorgen haben würden, daß die aus Übersee eingeführten Lebensmittelspenden ausschließlich den Belgiern zugute kämen und daß weder die eingeführten Lebensmittel selbst, noch auch die Lebensmittel der gleichen Art der belgischen Bevölkerung entzogen, noch auch für Zwecke der Besatzungsmacht requiriert würden. Hoover erklärte, er erachte es im Rahmen der Pflichten der Besatzungsmacht als selbstverständlich, daß Deutschland seinerseits zur Ernährung Belgiens beitragen werde. Deutscherseits wurden in diesem Zusammenhang größere Mengen von Getreide und Kartoffeln in Aussicht gestellt, wegen deren Lieferung damals gerade mit Sowjetrußland verhandelt wurde.

Zwar erklärte Hoover auf Grund der Beobachtungen seiner Delegierten sein Vertrauen in die Organisation der belgischen Winterhilfe. Gleichwohl forderte er verständlicherweise die Zulassung einer dauernden amerikanischen Kontrollkommission mit dem Sitz in Brüssel, die das richtige Funktionieren der Verteilungsstellen kontrollieren sollte.

Deutscherseits wurden nach eingehenden internen Beratungen mit allen in Betracht kommenden militärischen und Wirtschaftsstellen am 25. Februar 1941 seitens des Auswärtigen Amtes die Vorschläge Hoovers offiziell angenommen. Insbesondere wurde die Zulassung einer amerikanischen Kontrollkommission von etwa drei bis vier Herren mit dem Sitz in Belgien bindend in Aussicht gestellt.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Während sich die Verhandlungen mit den Vertretern Herbert Hoovers auf nüchterner Ebene und in einer Atmosphäre des Vertrauens abspielten, versuchten die Kriegsgegner Deutschlands sie fortwährend durch eine negative Propaganda zu übertönen. Es wurde insbesondere dauernd gemeldet, daß die Engländer diesmal im Gegensatz zu ihrem Verhalten im Ersten Weltkrieg im Interesse ihrer Kriegführung grundsätzlich nicht bereit seien, die Blockade für die aus Übersee kommenden Hilfssendungen aufzuheben. Ein Vertreter Großbritanniens erklärte rundheraus, daß eine Unterstützung der Bevölkerung des von Deutschland besetzten Belgien nur eine „falsche Menschlichkeit" darstellen würde. Anfang März 1941 stand fest, daß eine große Hilfsaktion für die belgische Zivilbevölkerung, wie sie Hoover geplant und der die Reichsregierung zugestimmt hatte, an der Weigerung Großbritanniens, die Blockade insoweit aufzuheben, gescheitert war.

Die amerikanischen Vertrauensleute Hoovers statteten übrigens im Anschluß an ihre Reise nach Belgien auch den besetzten Niederlanden einen Besuch ab. Sie stellten jedoch fest, daß auf Grund der damaligen befriedigenden Ernährungslage, die sich später grundlegend ändern sollte, eine internationale Hilfsaktion nicht nötig sei.

Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß die Belgier nach dem Scheitern der Hilfsaktion bestrebt waren, andere Quellen für Hilfssendungen zu erschließen. Sie konnten dabei mit einer aktiven Mithilfe sowohl des IKRK in Genf als auch des Deutschen Roten Kreuzes rechnen. So wurde in Lissabon ein „Comité de Coordination pour le Ravitaillement de la Belgique par les Pays de l'Europe" ins Leben gerufen, das Lebensmittel aller Art aufkaufte und sie über Spanien und Frankreich nach Belgien befördern ließ. Bei den Transporten, auf denen die Waren mehrfach umgeschlagen werden mußten, war das IKRK maßgeblich beteiligt. Die verschiedenen deutschen Stellen gewährten den Transporten jede nur mögliche Erleichterung und Sicherheit.

Daneben war das Auswärtige Amt in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen wirtschaftlichen Stellen erfolgreich bemüht, Belgien beim Ankauf von Getreide, Trockengemüsen, Fetten usw. in dem deutschen Machtbereich, besonders in Südosteuropa zu unterstützen. So wurden dem Leiter des belgischen Winterhilfswerks Heymans zu diesem Zweck Reisen nach Südosteuropa ermöglicht, ferner Reisen in die Schweiz zu Finanzierungsverhandlungen. Er war zumeist von einem Sachverständigen oder Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes begleitet. Es sei hier eingeschaltet, daß gegen solche Reisen verschiedentlich Bedenken aus Gründen der Spionageabwehr geltend gemacht wurden. Für die interessierten deutschen Stellen überwogen jedoch die Interessen an einer ausreichenden Ernährung Belgiens.

Der eben geschilderte Ankauf von Lebensmitteln im deutschen Machtbereich stellte natürlich keine Form der internationalen Hilfsaktion für ein besetztes Gebiet dar, wie sie allein den Gegenstand dieses Aufsatzes bildet. Die Frage der Ernährung Belgiens, über die an sich noch mehr gesagt werden könnte, sei daher damit abgeschlossen.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

V

Wenden wir uns nun der Lage Griechenlands zu, die schließlich im September 1942 zum Funktionieren der großen internationalen Hilfsaktion führte. Wegen der sich ergebenden Zusammenhänge müssen die kleineren Hilfsaktionen, die der großen internationalen Aktion vorangingen, etwas eingehender geschildert werden.

Nachdem die Besetzung Griechenlands durch italienische und deutsche Truppen im April 1941 abgeschlossen worden war, berichtete schon im Mai der vom Auswärtigen Amt nach Griechenland entsandte Bevollmächtigte des Reichs in Athen, Gesandter Dr. Altenburg, über die außerordentlich ernste Ernährungslage der griechischen Bevölkerung und forderte gleichzeitig die Entsendung von Lebensmitteln. Griechenland konnte schon vor dem Kriege nur einen Bruchteil seines Ernährungsbedarfs aus eigener Ernte decken und es mußte zur Deckung des Bedarfs jährlich rund 600 000 Tonnen Getreide und Mehl aus Übersee einführen. Diese Einfuhren hörten mit der Besetzung sofort auf, als die Engländer die Blockade gegen die Küsten Griechenlands verhängten.

Die von Italien und Deutschland als den Besatzungsmächten zuerst durchgeführten Speisungen der notleidenden Bevölkerung aus deutschen Beständen sowie die Sendung von Mehlprodukten aus Italien konnten nur als vorübergehende Notmaßnahmen angesehen werden, die trotz der Zusage weiterer größerer Lieferungen, die auch erfolgten, keine Lösung bedeuteten. Es war daher natürlich, daß man sich im Ausland mit starker Unterstützung durch das IKRK mit der Beschaffung ausreichender Lebensmittelmengen für Griechenland beschäftigte.

Dem Auswärtigen Amt wurde bekannt, daß schon im Juli 1941, also wenige Monate nach dem Abschluß der Besetzung Griechenlands, in den Vereinigten Staaten in Erinnerung an die Hilfsaktion Herbert Hoovers im Ersten Weltkrieg für das besetzte Belgien eine große Hilfsaktion für die griechische Zivilbevölkerung erwogen wurde. Die hierbei zu überwindende große Schwierigkeit war die englische Blockadepolitik, an deren lückenloser Durchführung die britische Regierung aus Kriegsnotwendigkeit hartnäckig festhielt. Obwohl, wie gesagt, die Engländer im Zweiten Weltkrieg das amerikanische Projekt einer Hilfsaktion für Belgien zu Fall gebracht hatten, wurde man in den damals noch neutralen USA nicht müde, eine Hilfsaktion für die hungernde Bevölkerung Griechenlands zu fordern. Dementsprechend wurden mit der Zeit unter fördernder Mitarbeit des IKRK Verhandlungen der amerikanischen Stellen mit den Kriegsgegnern Deutschlands und Italiens, besonders mit Großbritannien und Frankreich geführt, aber es dauerte acht Monate, bis die Briten sich nach langem Zögern bereit erklärten, in ihrer folgerichtigen Blockadepolitik unter gewissen Bedingungen eine Ausnahme zugunsten von Hilfssendungen für Griechenland zu machen, und die schwedische Regierung im März 1942 mit einem ausgearbeiteten Vorschlag an die Reichsregierung herantreten konnte.

Inzwischen mußten aber praktische Maßnahmen zur Überbrückung des Notstan-

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des in Griechenland ergriffen werden. Das stets sehr rührige IKRK in Genf trat sofort auf den Plan. Es sandte alsbald, versehen mit Geleitscheinen, die es von London anforderte, Milchprodukte nach Griechenland, an denen wegen der hungernden Kinder besonders großer Bedarf war. Zugleich organisierte es in der neutralen Türkei durch einen eigenen Delegierten eine Einkaufsorganisation für Getreide, Mehl und andere Lebensmittel.

Das IKRK charterte ein türkisches Schiff „Adana", das mit Zustimmung der zuständigen deutschen und italienischen Stellen Getreide und andere Lebensmittel aus der Türkei nach Griechenland brachte, ohne daß die Engländer das Schiff behelligten. Später wurde ein anderer türkischer Frachter „Kurtulus" für die Getreidetransporte von der Türkei nach Griechenland gechartert, der mit Zustimmung der deutschen und italienischen Stellen der Marine und Luftwaffe erfolgreich fünf Fahrten erledigte, bis er bei der sechsten auf Grund lief und unterging. Darauf wurde ein weiteres Schiff „Dumlupinar" in Dienst gestellt. Die Getreidelieferungen aus der Türkei waren zwar eine Hilfe, doch genügten sie keineswegs, um die schwere Lage des Winters 1941–42 zu bessern. Die normale Brotration aus der Zeit vor dem Kriege fiel im Frühjahr 1942 auf knapp ein Drittel. Die Lieferungen des Roten Kreuzes kamen vor allem den Krankenhäusern und sozialen Fürsorgeanstalten zugute. Auch aus Ägypten wurde Getreide geliefert; der Vatikan sandte ebenfalls Lebensmittel.

Besonders schlimm war die Lage der griechischen Kinder; deren Sterblichkeitsziffer erreichte eine erschreckende Höhe. Die Kinder waren unterernährt. Vor allem fehlte es an Milchprodukten und an Vitaminen. Das IKRK und das Schweizerische Rote Kreuz richteten daher von Anfang an ihr besonderes Interesse auf die Versorgung Griechenlands mit Milchpulver und kondensierter Milch. Für Transporte aus dem Machtbereich der Achsenmächte wurde seitens des IKRK das schwedische Schiff „Hallaren" gechartert, das lange Zeit gute Dienste im Transport von Lebensmitteln und Medikamenten leistete. Die deutschen und italienischen Militärbehörden sicherten ihnen freies Geleit zu, und die Engländer ließen es unbehelligt.

Zur Erleichterung der Lage der griechischen Kinder kam das Projekt einer Verschickung von mehreren Tausend griechischer Kinder nach Ägypten auf. Der Plan wurde von verschiedenen Seiten befürwortet, z. B. vom IKRK in Genf. Die deutsche Seekriegsleitung erklärte unter der Voraussetzung gewisser Sicherungen ihr Einverständnis. Jedoch wurden von griechischer Seite Bedenken dagegen geltend gemacht. Zwar wurde immer wieder von einer Durchführung des Plans gesprochen; er wurde aber schließlich fallen gelassen.

Wie bei allen Hilfssendungen spielte auch bei der Versorgung Griechenlands vor dem Zustandekommen der großen Hilfsaktion im September 1942 die Frage der Sicherung der Transporte durch die Streitkräfte der Kriegführenden eine große Rolle. Beide Seiten verlangten von der Gegenseite die Zusicherung, daß die neutralen Schiffe, die mit den anerkannten Schutzzeichen versehen waren (damals weiß gestrichener Rumpf mit einem grünen Streifen über der Wasserlinie und außerdem am Rumpf und an Deck weithin erkennbare Rotkreuzzeichen), weder

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

militärisch angegriffen noch auch prisenrechtlich oder anderweitig aufgebracht werden würden. Die deutsche und italienische Regierung gaben dem IKRK schon am 11. und 15. November 1941 die gewünschte Garantieerklärung für dessen Transporte von Lebensmitteln und Medikamenten.

Die Erklärung, die der Vertreter des Deutschen Reichs in Athen dem dortigen Vertreter des IKRK M. Brunel am 11. November 1941 abgab, lautete wie folgt:

„In gleicher Weise, wie ich kürzlich gegenüber ähnlichen Bestrebungen des Erzbischofs von Athen erklärt habe, beehre ich mich, auch Ihnen mitzuteilen, daß ich von der Reichsregierung ermächtigt bin, zu der Frage der Versorgung der Zivilbevölkerung mit Weizen, Mehl und anderen Getreidearten sowie mit Reis und Lebensmitteln allgemein, die unter der Vermittlung des Roten Kreuzes – gleichviel aus welchem Lande – nach Griechenland eingeführt werden, folgende Erklärung abzugeben:

1. Die Reichsregierung ist damit einverstanden, daß das IKRK versucht, Lebensmittel aller Art für die Ernährung der griechischen Zivilbevölkerung zu erhalten.
2. Die Reichsregierung gibt die Zusicherung ab, daß diese Lebensmittel ausschließlich für die griechische Zivilbevölkerung Verwendung finden sollen.
3. Die Reichsregierung wird alle erforderlichen Erleichterungen für die Hin- und Rückreise der Transportschiffe gewähren. Hierzu ist es notwendig, daß die Reichsregierung mindestens zwei Wochen vorher von der Ankunft der Schiffe verständigt wird, um ihre Fahrt soweit als möglich sichern zu können."

Diese Erklärung war von grundlegender Bedeutung für die spätere Entwicklung, die von allen weitblickenden Menschen für notwendig erachtet wurde, da die geringen vom IKRK veranlaßten Lebensmitteltransporte zur Ernährung der Bevölkerung nicht ausreichten.

Was die Organisation der Kontrolle der zunächst unter den Auspizien des IKRK stehenden Hilfssendungen betrifft, so hatte das IKRK schon sehr früh seinen eigenen Vertreter in Athen, M. Brunel. Allgemein bestand Einverständnis darüber, daß eine Arbeitsgemeinschaft unter Mitwirkung des Roten Kreuzes zur Überwachung und Verteilung der eingehenden Spenden zu schaffen war. Ein Nebeneinanderarbeiten verschiedener Stellen mußte vermieden werden. Es wurde eine einheitliche Kommission für die Kontrolle und Verteilung der Spenden geschaffen. Hierin waren unter Beteiligung einiger prominenter Griechen vor allem die Vertreter des IKRK sowie der Rotkreuzorganisationen von Deutschland, Italien und Griechenland tätig. Diese zentrale Kontrollorganisation arbeitete von Oktober 1941 bis zum 31. August 1942, als sie mit dem Zustandekommen der großen Hilfsorganisation durch einen Ausschuß mit neutralem Charakter ersetzt wurde.

Die Schilderung des Zustandekommens einer internationalen Hilfsorganisation liest sich verhältnismäßig leicht. Man darf aber darüber nicht all die Schwierigkeiten vergessen, die zu überwinden waren: die Abstimmung Berlins mit dem verbündeten Italien; die Abstimmung der Belange der Wohlfahrt sowie der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität in einem Lande mit den nun einmal im Kriege vorherrschenden sehr realen militärischen Notwendigkeiten; die Abstimmung der verschiedensten beteiligten zivilen und militärischen Stellen; nur am Rande erwähnt sei die Tatsache, daß die Bearbeitung der Hilfsaktion auch im Auswärtigen

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Amt infolge des Geschäftsverteilungsplans in den Händen verschiedener Referenten lag. Hier waren freilich infolge der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit der Referate die Schwierigkeiten am geringsten. Die Vorbereitung militärischer Dispositionen nahm immer Zeit in Anspruch. Oft kam es vor, daß einmal getroffene Dispositionen infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten, besonders in einem Kriege, plötzlich umgestellt werden mußten, was zusätzliche Zeit kostete.

VI

Die Einleitung der großen internationalen Hilfsaktion für die griechische Zivilbevölkerung begann für Deutschland am 19. März 1942, als der schwedische Gesandte in Berlin dem Auswärtigen Amt eine Mitteilung seiner Regierung machte.

Darin wurde ausgeführt, daß das Schwedische Rote Kreuz unter seinem Präsidenten, dem Prinzen Carl von Schweden, einen Appell an die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zwecks Lockerung der Blockade zugunsten der hungernden Bevölkerung Griechenlands gerichtet habe. Diese Regierungen hätten sich mit monatlichen Transporten von 15 000 Tonnen Weizen oder Mehl aus Kanada nach Griechenland einverstanden erklärt, falls Schweden die dafür erforderliche, in schwedischen Häfen liegende Tonnage zur Verfügung stelle. Für diese Transporte und für die Rückfahrt der Schiffe sei freies Geleit vorgesehen. Es seien folgende weitere Bedingungen für die Durchführung der Transporte gestellt worden:

1. Auch die kriegführenden Mächte der Gegenseite sollen den Transportschiffen freies Geleit in beiden Richtungen gewähren.
2. Schweden soll die Verpflichtung übernehmen, die Verteilung aller in Griechenland im Zusammenhang mit der Hilfsaktion eingeführten Waren durch eine in Griechenland tätige schwedische Kommission zu besorgen und zu kontrollieren.
3. Die durch die Blockade eingeführten Lebensmittel sollen ausschließlich der griechischen Zivilbevölkerung zugute kommen und dort verwendet werden, wo der Meinung der Kommission nach der Bedarf am größten ist.
4. Die in Griechenland erzeugten Lebensmittel sollen ausschließlich für die vor dem Kriege im Lande ansässige Bevölkerung verwendet werden.

Die schwedische Mitteilung stellte fest, daß genügend schwedischer Schiffsraum für die Lebensmitteltransporte zur Verfügung stehe. Es wurde zugleich in Berlin und in Rom angefragt, ob die deutsche und die italienische Regierung bereit sein würden, bei der Aktion mitzuwirken. Die schwedische Regierung sei bereit, die weiteren Besprechungen in der Angelegenheit mit beiden kriegführenden Parteien zu übernehmen. Sie erkläre sich auch bereit, bei der Entsendung der vorgeschlagenen neutralen Kommission mitzuwirken und die Kosten für die Kommission zu tragen.

Sollte eine Hilfsaktion der angedeuteten Art zustandekommen, so scheine es angebracht, daß sich das Schwedische Rote Kreuz an das IKRK in Genf wende, mit dem Ersuchen, den Schutz der genannten Tätigkeit zu übernehmen.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der schwedische Gesandte ergänzte seine Mitteilung durch eine Begleitnotiz, wonach die oben zu 4 erwähnte Bedingung selbstverständlich so zu verstehen sei, daß die in Griechenland erzeugten Lebensmittel in Griechenland auch für die Besatzungstruppen bzw. für die Beamten der Besatzungsmächte in dem Ausmaß verwendet werden dürfen, in dem solche Verwendung durch Einfuhren von Lebensmitteln nach Griechenland für die griechische Bevölkerung ersetzt wird. Die Kontrollkommission sollte natürlich auch die Ausfuhr eines in Griechenland tatsächlich entstandenen Überschusses an in Griechenland erzeugten Lebensmitteln anderer Art genehmigen können.

Der schwedische Gesandte teilte abschließend noch mit, daß man daran gedacht habe, den schwedischen Geschäftsträger in Sofia und Athen, Herrn Allard, zum Vorsitzenden der Kommission zu ernennen, und daß die Kommission noch 3–4 andere Mitglieder nebst dem technischen Personal erhalten solle. Der Kommission sollten Erleichterungen zur Durchführung ihrer Aufgaben gegeben werden.

Es traf sich gut, daß Herr Allard, ein bewährter schwedischer Diplomat, dem Referenten im Auswärtigen Amt als tatkräftige und zuverlässige Persönlichkeit bekannt war, der man volles Vertrauen schenken konnte.

Das Auswärtige Amt setzte sich sofort sowohl mit der italienischen Regierung in Rom als auch mit einer Vielzahl zuständiger deutscher Stellen in Verbindung, deren Interessen und Forderungen aufeinander abzustimmen waren. Es handelte sich in Deutschland um das Oberkommando der Wehrmacht (Abteilung Ausland und Abwehr), OKW (Heeresverwaltung), Oberkommando des Heeres (Generalquartiermeister), Oberkommando der Kriegsmarine, Reichsluftfahrtministerium, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Beauftragter für den Vierjahresplan sowie das Deutsche Rote Kreuz.

Es ist verständlich, daß die Ressorts verschiedene, ihren besonderen Interessen Rechnung tragende Standpunkte vertraten. Durch einen längeren mündlichen und schriftlichen Meinungsaustausch gelang es aber dem Auswärtigen Amt, die verschiedenen Ansichten so einander anzugleichen, daß eine positive Antwort an die schwedische Regierung ermöglicht wurde.

Eine vollkommene Angleichung der Standpunkte der deutschen und italienischen Regierung gelang indes nicht. Während Berlin dafür war, daß die ganze Hilfsaktion im Sinne des ursprünglichen Plans das gesamte Gebiet Griechenlands einschließlich aller Inseln umfassen sollte, wollte die italienische Regierung die Aktion nur auf das Festland und den Peloponnes beschränkt wissen. Die Italiener wollten die von ihnen besetzten Inseln selbst mit Lebensmitteln beliefern, dafür aber auch ihrerseits über die Produktion der Inseln verfügen können. In ihrer Antwort an Schweden glaubte die deutsche Regierung zunächst den italienischen Wünschen Rechnung tragen zu sollen.

Während der internen Vorbereitungen der Antwort an die schwedische Regierung, die naturgemäß Zeit nahmen, wenn sie gründlich sein sollte, funkte die feindliche Propaganda laufend dazwischen mit der irrigen Behauptung, daß die Achsenmächte die Aktion zu verzögern suchten oder daß ihre Antwort negativ ausfallen

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

würde. Bedenkt man, daß der nicht immer ganz einfache Meinungsaustausch mit den Ressorts und mit Rom Zeit kostete, so wird man erkennen, daß die bis zur endgültigen Antwort am 28. April 1942 verstrichene Frist von etwas über fünf Wochen im Gegensatz zu der langen Anlaufsfrist von acht Monaten bis zum schwedischen Schritt gegenüber Deutschland nicht ungebührlich lang war. Die deutsche Antwort mußte vor ihrer Absendung im Entwurf noch dem Reichsaußenminister von Ribbentrop vorgelegt werden. Es ist bemerkenswert, daß er zu der Antwort, die positiv war, keine eigene Stellung nehmen wollte, vielmehr die Entscheidung dem Staatssekretär Freiherrn von Weizsäcker überließ. Der Grund für dieses Verhalten ist dem Amt nicht bekannt geworden.

Nachdem die schwedische Gesandtschaft am 2. April 1942 einen Zwischenbescheid erhalten hatte, erfolgte die endgültige Antwort der Reichsregierung an die schwedische Gesandtschaft in Berlin am 28. April 1942.

Hierin wurde bemerkt, daß die deutsche Regierung von der von Großbritannien und den USA übernommenen Verpflichtung Kenntnis genommen habe, wonach sie schwedischen Schiffen zum Transport von Weizen und Mehl für die griechische Zivilbevölkerung für die notwendigen Reisen einschließlich Rückfahrt freies Geleit gewähren würden.

Es heißt dann in der deutschen Verbalnote weiter:

„Die deutsche Regierung geht dabei von folgenden Voraussetzungen aus:

a) daß durch diese Verpflichtung die schwedischen Schiffe bis zu ihrer Rückkehr in schwedische Häfen nicht nur gegen eine prisenrechtliche Aufbringung, sondern auch gegen jede Beschlagnahme anderer Art aus staatlichen oder privaten Gründen sichergestellt sind;

b) daß die schwedischen Schiffe während ihrer Verwendung im Interesse der griechischen Bevölkerung von den auf der Gegenseite Kriegführenden nicht für andere Zwecke verwandt werden dürfen und daß sie nach Beendigung dieser Tätigkeit sofort in einen schwedischen Hafen zurückkehren;

c) daß diese Verpflichtung der britischen und nordamerikanischen Regierung auch für die übrigen auf ihrer Seite Kriegführenden bindend ist.

Unter diesen Voraussetzungen nimmt die deutsche Regierung zu den Einzelheiten des schwedischen Hilfsplans wie folgt Stellung:

1. Die Deutsche Regierung ist bereit, ihre Streitkräfte anzuweisen, die schwedischen Schiffe, die für den Transport von Weizen und Mehl nach Griechenland bestimmt werden, auf der Hin- und Rückreise nicht zu behelligen. Die Deutsche Regierung wird die Einzelheiten des hierbei zu beobachtenden Verfahrens im Benehmen mit der Königlich Schwedischen Regierung regeln. Sie weist hierbei schon jetzt darauf hin, daß es die Kriegslage erforderlich erscheinen läßt, die Verschiffung von anderen als kanadischen und nordamerikanischen Häfen vorzunehmen. Um jedoch die möglichst schnelle Ingangsetzung des Plans zu ermöglichen, ist die Deutsche Regierung bereit, vorübergehend auch Lieferungen aus dem nordamerikanischen Kontinent zuzustimmen.

2. Die Deutsche Regierung hat keine Bedenken dagegen, daß eine aus schwedischen Staatsangehörigen bestehende Kommission für die Verteilung aller im Zusammenhang mit der Hilfsaktion in Griechenland eingeführten Lebensmittel Sorge trägt und sie in geeigneter Weise kontrolliert. Es darf in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß die z. Z. bereits im Gang befindlichen Hilfs-

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aktionen für die griechische Zivilbevölkerung unter der Kontrolle eines besonderen Ausschusses stehen, der sich aus je einem Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes sowie des Deutschen, Italienischen und Griechischen Roten Kreuzes zusammensetzt. Dieser Ausschuß sorgt für eine gerechte Verteilung der eingeführten Waren aller Art an die notleidende griechische Bevölkerung. Er arbeitet zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten. Um ein Überschneiden der Tätigkeit zweier getrennt arbeitender Kommissionen zu vermeiden und eine möglichst zweckmäßige Verteilung aller im Wege von Hilfsaktionen nach Griechenland eingeführten Waren zu gewährleisten, erscheint es geboten, eine engere Zusammenarbeit der schwedischen Kommission mit der genannten Kommission von Vertretern des Roten Kreuzes sicherzustellen.

3. Die Deutsche Regierung ist damit einverstanden, daß die im Wege der Hilfsaktion des Schwedischen Roten Kreuzes aus Übersee nach Griechenland eingeführten Lebensmittel ausschließlich der griechischen Bevölkerung zugeführt werden. Angesichts der komplizierten geographischen Struktur Griechenlands sind Reisen, besonders während des Krieges nach den im Operationsgebiet der See- und Luftstreitkräfte der Kriegführenden liegenden vielen kleinen Inseln mit großen Schwierigkeiten verbunden, wenn sie sich überhaupt ermöglichen lassen. Damit wird dort praktisch eine Kontrollmöglichkeit für die schwedische Kommission entfallen. Es wird sich daher nach Ansicht der Deutschen Regierung empfehlen, den schwedischen Plan im Interesse eines reibungslosen Funktionierens auf diejenigen Gebiete zu beschränken, in denen einerseits Reisemöglichkeiten gegeben sind und die andererseits zu den besonders notleidenden Gebieten gehören, nämlich auf das griechische Festland, den Peloponnes und die Insel Kreta.

Die Deutsche Regierung ist damit einverstanden, daß die in den vorgenannten Gebieten erzeugten Lebensmittel der griechischen Zivilbevölkerung vorbehalten bleiben. Wie in der Begleitnotiz des Herrn Königlich Schwedischen Gesandten zu seiner Aufzeichnung bereits bemerkt, soll hierdurch nicht ausgeschlossen werden, daß einige im Lande erzeugte Lebensmittel, deren Produktion den Verbrauch durch die eigene Bevölkerung übersteigt, weiterhin im normalen Tauschverkehr ausgeführt werden.

Die Deutsche Regierung ist damit einverstanden, daß die Königlich Schwedische Regierung die Besprechungen über die geplante schwedische Hilfsaktion mit beiden kriegführenden Parteien fortsetzt, um eine Vereinbarung über die Einzelheiten herbeizuführen. Desgleichen erscheint ihr die von der Königlich Schwedischen Regierung in Aussicht genommene Fühlung des Schwedischen Roten Kreuzes mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz zweckmäßig.

Da in dem schwedischen Plan eine bestimmte Dauer der in Aussicht genommenen Hilfsaktion nicht vorgesehen ist, nimmt die Deutsche Regierung an, daß die Aktion für unbestimmte Zeit durchgeführt werden soll, bis sich einer der Beteiligten auf Grund etwa eintretender Tatumstände genötigt sehen sollte, sie zu beenden."

Diese Mitteilung der deutschen Regierung führte zu einer endgültigen Einigung zwischen der schwedischen Regierung und den beiden Lagern der Kriegführenden. Das Zustandekommen wurde dem Auswärtigen Amt durch Note der schwedischen Gesandtschaft in Berlin vom 22. Juni 1942 mitgeteilt.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VII

Über die Einzelheiten der Hilfsaktion mußte in der Folgezeit verhandelt werden. Die verschiedenen Themenkreise sind nunmehr zu erörtern.

Mit dem Ingangkommen der neutralen Hilfsaktion war es notwendig, die bisher in Athen bestehende Kontrollkommission umzugestalten, um ihr einen neutralen Charakter zu geben. Verhandlungen darüber, besonders mit dem Generaldelegierten des IKRK in Athen, M. Junod, begannen schon im Mai 1942. Nach eingehenden Erörterungen, bei denen alle die verschiedenen in Betracht kommenden Gesichtspunkte durchgesprochen wurden, entstand sehr bald der Plan, in Griechenland eine Kontrollkommission von zunächst höchstens 15 Personen zu etablieren. Es war klar, daß Schweden darin maßgeblich vertreten sein mußte, ebenso wie das IKRK. Irgendwie sollte aber auch das Griechische, Deutsche und Italienische Rote Kreuz mitwirken, deren Vertreter seit der Besetzung des Landes reiche Erfahrungen gesammelt hatten.

Die gefundene Lösung war juristisch nicht ganz einfach; sie stellte einen Kompromiß dar, der allerdings, wie die Erfahrung lehrte, gut funktionierte.

Bei einer Koordinierung von Schweden und dem IKRK konnte eine Unterordnung schwedischer Regierungsdelegierter unter das Rote Kreuz nicht in Frage kommen. Für das IKRK war es andererseits nicht leicht, seine Unabhängigkeit, auf der es grundsätzlich bestehen mußte, durch Unterordnung unter Regierungsvertreter preiszugeben. Die praktische Lösung bestand darin, daß man die Kontrollkommission in Griechenland als unter den Auspizien des Roten Kreuzes tätig ansah. Die von der schwedischen Regierung ernannten schwedischen Delegierten wurden zugleich als Vertreter des Schwedischen Roten Kreuzes ernannt.

Der oben erwähnte Bericht des IKRK über seine Tätigkeit im Zweiten Weltkrieg erwähnt diese Schwierigkeiten ganz offen. Die Frage der Stellung des IKRK im Verhältnis zu den Schweden ging an sich die deutsche Regierung nichts an. Da in allen Organisationen der Welt immer nur Menschen mit allen ihren Fehlern arbeiten, konnte es nicht ausbleiben, daß ganz gelegentlich auch das Echo von personellen Schwierigkeiten in der Kommission nach Berlin drang. Diese waren aber nie so groß, daß darüber die gemeinsame Arbeit für das große Ziel sachlich gelitten hätte.

Was die Kontrollkommission betrifft, deren Arbeit am 1. September 1942 begann, so war sie in zwei Stufen eingeteilt. Sie bestand zunächst aus 15 Personen (Schweden und Schweizern) und sie teilte sich auf in eine Aufsichtsbehörde – Comité de Direction – und einen unter ihr arbeitenden Verwaltungsausschuß – Comité de Gestion.

Der Kontrollkommission gehörten zunächst 8 Schweden und 7 Schweizer an. Letztere waren alle entweder Mitglieder des IKRK oder des Schweizerischen Roten Kreuzes. Den Vorsitz führte, wie schon gesagt, der schwedische Geschäftsträger in Sofia und Athen, Allard. Bei seiner Versetzung als Gesandter nach Tschungking ernannte die schwedische Regierung Herrn Emil Sandström zu seinem Nachfolger. Er war Richter am Obersten Schwedischen Gerichtshof und Vizepräsident des

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schwedischen Roten Kreuzes. Der Verfasser kann an dieser Stelle nur in Dankbarkeit und Ehrfurcht dieses vor einiger Zeit verewigten tatkräftigen Menschenfreundes gedenken, dem auch das griechische Volk so viel verdankt.

Während es die Aufgabe des nur aus Neutralen bestehenden Comité de Direction war, die Beziehungen zu den Behörden zu pflegen und die allgemeine Aufsicht zu führen, oblag es dem Comité de Gestion, die Verteilung der Lebensmittelspenden im einzelnen zu organisieren und zu kontrollieren. In dem Comité de Gestion waren, um die Verbindung zum Roten Kreuz noch enger zu gestalten, zwei Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes tätig; neben ihnen wirkten mit die Vertreter des nationalen Deutschen, Italienischen und Griechischen Roten Kreuzes, die in der Zeit vor dem Zustandekommen der internationalen Hilfsaktion wertvolle und für die Weiterarbeit unentbehrliche Erfahrungen gesammelt hatten.

Alle Organisationen haben nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten, die Tendenz, sich mit der Zeit zu vergrößern. Die Kontrollkommission in Griechenland bildete keine Ausnahme. Verhältnismäßig bald nach dem Beginn der Arbeit wurde der Antrag auf Erhöhung des Personals der Kommission gestellt. Es wurden z. B. drei Automechaniker und zwei Bürokräfte benötigt. Dazu sollten noch vier weitere schweizerische und sechs schwedische Delegierte kommen. Die Forderungen lagen im Rahmen der von den Achsenmächten vorgesehenen Höchstzahl von nicht mehr als insgesamt 30 Vertretern. Die Erhöhung des Personals wurde bewilligt. Mit dem Ablauf des Jahres 1943 wurde eine abermalige Erhöhung des Personals der Kommission erforderlich. Einerseits nahmen die monatlichen Verschiffungen von Hilfssendungen aus Amerika zu und andererseits war die Hilfstätigkeit auf das ganze griechische Gebiet mit Einschluß der Inseln ausgedehnt worden. Man vereinbarte daher im Januar 1944 eine Erweiterung der Kontrollkommission mit besonderen Delegierten für bestimmte Teile des Landes.

Die Persönlichkeiten der zu ernennenden Vertreter bedurften einer sorgfältigen Überprüfung aus Gründen der Sicherheit. Dieser Gesichtspunkt spielt naturgemäß gerade in einem Kriege eine besondere Rolle und er wurde auch von verschiedenen interessierten inneren Stellen immer wieder geltend gemacht. Es liegt auf der Hand, daß die Anwesenheit von Personen mit Sachkenntnis in Fragen der Ernährungslage in einem besetzten Gebiet und mit einer genauen Einsicht in die Verhältnisse immer eine gewisse Gefahr für eine Besatzungsmacht darstellen; besonders wenn diese, wie das nationalsozialistische Deutschland, in der ganzen Welt auf eine unfreundliche, wenn nicht feindselige Einstellung stößt. Ausschlaggebend für die Besatzungsmächte war die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Wirtschaft und der sozialen Ruhe in Griechenland. Die daran interessierten Behörden mußten trotz aller Bedenken diesem Gesichtspunkt den Vorrang geben.

Von Zeit zu Zeit tauchten kleinere Fragen wie die der Zusammensetzung der Kommission auf. Aber im ganzen genommen kann eindeutig festgestellt werden, daß diese Zusammenarbeit zwischen den Besatzungsmächten und der Kontrollkommission in Griechenland eine erfreuliche war. Gerade auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit ist es so wichtig, daß eine Atmosphäre des Ver-

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trauens herrscht. Als einmal Spenden des IKRK an Medikamenten wegen gewisser Schwierigkeiten nicht in den USA zu beschaffen waren, trat man ganz offen an Deutschland heran mit der Bitte, Deutschland möge das dringend benötigte Atebrin der Kommission in Athen als deutsche Spende zur Verfügung stellen.

Auch die örtlichen Militärbefehlshaber – einschließlich der in einem Landesteil eingesetzten, aber unter deutschem Oberbefehl stehenden bulgarischen Truppenteile – verhielten sich den Hilfssendungen gegenüber korrekt. Es sind nur ganz vereinzelte Fälle bekanntgeworden, in denen ein örtlicher Befehlshaber eine Hilfssendung irrtümlicherweise beschlagnahmte. In allen diesen Fällen wurde aber die beschlagnahmte Ware sofort freigegeben, sobald der Irrtum erkannt und die Eigentumsverhältnisse geklärt waren.

Naturgemäß war die Kontrollkommission auf die strenge Einhaltung der von den Besatzungsmächten übernommenen Verpflichtungen bedacht. Auch wurde die Scheidung zwischen den Militärbefehlshabern der Besatzungsmächte einerseits und den neutralen Stellen der Hilfsaktion andererseits streng durchgeführt. Einmal kam ein Fall zur Sprache, in dem ein deutscher Militärbefehlshaber der örtlichen Kontrollinstanz, der die für die Zivilbevölkerung dringend benötigten Lebensmittel ausgegangen waren, aus eigenen Beständen aushalf. Diese wurden von der Kommission zurückerstattet, als weitere Hilfssendungen eingegangen waren. Man sah zwar bei den obersten Stellen die Notwendigkeit der menschenfreundlichen Aushilfeaktion ein; aber gleichwohl wurde grundsätzlich betont, daß die Hilfskommission und die militärischen Besatzungsstellen ihre streng zu trennende Zuständigkeit wahren müßten.

Die Erfahrung lehrte, daß die Kontrolle der griechischen Bevölkerung gegenüber sehr notwendig und überdies schwierig war. Man muß bedenken, daß infolge der Leiden des Krieges die Moral der Bevölkerung nicht auf hoher Stufe stand. Hinzu kam die starke Entwertung der griechischen Drachme, die nahezu wertlos geworden war. Die Tendenz zum Schwarzhandel griff in erschreckender Weise um sich. Viele Griechen verkauften im Schwarzhandel alles, was nicht zur Fristung ihres nackten Lebens unbedingt notwendig war. Selbst Medikamente, die nach sorgfältig kontrollierten ärztlichen Rezepten den Patienten aus Rotkreuz-Spenden zugeteilt wurden, wurden regelmäßig nur in Tagesdosen verabfolgt, damit der Inhalt ganzer Packungen nicht, anstatt vorschriftsmäßig in den Magen des Patienten zu wandern, den Weg des blühenden Schwarzhandels einschlug.

VIII

Nachdem die große Hilfsaktion mit Beginn des Monats September 1942 eingesetzt hatte, gab es natürlich eine ganze Reihe von Fragen, die das Auswärtige Amt fortlaufend beschäftigten. Da es in diesem Aufsatz darauf ankommt, ein übersichtliches Bild der Aktion zu entwerfen, das nicht mit zu viel Einzelheiten belastet ist, können im folgenden nur die wesentlichsten Fragen erörtert werden.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zunächst kamen drei, später mehr, schwedische Schiffe in Betracht, die für den Transport von Lebensmitteln aus amerikanischen Häfen eingesetzt wurden. Anfänglich fanden die Verschiffungen nur von nordamerikanischen Häfen aus statt. Eine Zeitlang wurden die Spenden auch von Häfen am La Plata verschifft. Um das freie Geleit sicherzustellen, mußten die Seestreitkräfte der Achsenmächte rechtzeitig genaue Informationen über die Namen der eingesetzten Schiffe, ihre Beschreibung und Kennzeichnung erhalten. Dann mußten Berlin und Rom gleichzeitig über die genauen Abfahrtszeiten der schwedischen Schiffe unterrichtet werden. Diese Mitteilungen erfolgten für Deutschland fortlaufend über die schwedische Gesandtschaft in Berlin und das Auswärtige Amt, das seinerseits vor allem die Seekriegsleitung und den Bevollmächtigten des Reichs in Athen unterrichtete. Den schwedischen Schiffen war sowohl auf dem Atlantischen Ozean wie auch im Mittelmeer ein genauer, streng einzuhaltender Kurs vorgeschrieben, auf dem sie von den Seestreitkräften unbehelligt blieben. Gelegentlich wurden den Schiffen besondere Kursanweisungen gegeben. Auf den vorgeschriebenen Kursen mußten sie alle 12 Stunden ihre genaue Position funken. In Griechenland waren die Ausschiffungshäfen zunächst Piräus, ab Mai 1943 auch Saloniki und andere Häfen.

Die Kontrollkommission in Athen sowie die sich in Griechenland aufhaltenden Schiffe sandten alle ihre für die schwedische Regierung bestimmten Nachrichten über das Auswärtige Amt in Berlin. Dieser Weg spielte sich gut ein, wenn auch gelegentliche Verzögerungen in Kauf genommen werden mußten. Am Ende wurde diese Verbindung durch die Kriegsereignisse unterbunden.

Dank der gegebenen Garantien und eingebauten Sicherheiten ist den schwedischen Schiffen, die im Lauf der Zeit eingesetzt wurden, von seiten der Achsenmächte niemals das Geringste zugestoßen. In einem Fall, in dem die gegnerische Propaganda ihnen die Schuld an einem Schiffsverlust zuzuschieben versuchte, wurde das Gegenteil einwandfrei festgestellt. Andererseits ist infolge von Kriegsmaßnahmen der Gegenseite gelegentlich der Verlust eines schwedischen Schiffes zu verzeichnen gewesen. So durch Minenlegung im Hafen von Saloniki sowie durch Bombenabwurf. Von einem solchen wurde im Hafen von Chios das schwedische Schiff „Viril" betroffen, das in den Hilfsdienst für die griechischen Cykladen-Inseln eingesetzt und mit den üblichen Schutzzeichen versehen war. Es wurde niemals eindeutig geklärt, ob die Vernichtung dieses Schiffes durch feindlichen Bombenabwurf absichtlich erfolgte oder auf einem Irrtum beruhte.

Mit der Verschärfung des Krieges und zumal in seiner Endphase wuchsen begreiflicherweise die Schwierigkeiten der Hilfsaktion. In einzelnen Teilen Griechenlands, wie zum Beispiel Thessalien, bereitete schon im Sommer 1943 und später auch im Peloponnes die Partisanenbewegung der Kommission ernste Sorgen. Je mehr sich die Gegner der Achsenmächte an die Eroberung Griechenlands machten, desto mehr nahmen die Kriegshandlungen, wie die Bombardierung und Verminung der Ausladehäfen zu. So fand im Januar 1944 ein großer Fliegerangriff auf Piräus statt.

Zu den kleineren Vorfällen gehörten unvorhergesehene Schwierigkeiten bei ein-

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zelnen Schiffen. Von Bedeutung war die Notwendigkeit, die monatlichen Verschiffungen von Lebensmitteln nach Griechenland zu erhöhen. Dies bedingte den Einsatz weiterer schwedischer Schiffe, der rechtzeitig vorbereitet werden mußte. Im Jahre 1944 erhöhten sich die monatlichen Verschiffungen aus Amerika nach Griechenland auf 24 000 Tonnen Weizen, 6000 Tonnen Trockengemüse und 2000 Tonnen getrocknete Fische. Dazu kamen größere Mengen an Reis und Nährmitteln, besonders für Kinder. Eine unbedeutende Frage, die auftauchte und erledigt werden mußte, war die Forderung der schwedischen Besatzungen nach Landurlaub während der Liegezeit.

Über alle Schwierigkeiten versuchten die beteiligten deutschen Stellen soweit irgend möglich hinwegzukommen. Da Deutschland auch nach dem Ausscheiden Italiens aus dem Krieg, das nicht ganz ohne Rückwirkungen auf die Lage in Griechenland blieb, weiterhin ein großes Interesse an der wirtschaftlichen und sozialen Struktur Griechenlands hatte, legte es bei allen Auflösungserscheinungen gegen Ende der Besatzungszeit besonderen Wert darauf, daß bei dem Ausbruch von Kämpfen, soweit es an Deutschland lag, keine vorzeitige Beendigung der Hilfsaktion in Frage kam. Das Odium einer vorzeitigen Beendigung durfte nicht bei Deutschland liegen.

IX

In ihrer Antwort an die schwedische Regierung vom 28. April 1942 hatte die deutsche Regierung aus praktischen Erwägungen vorgeschlagen, die Hilfsaktion auf das griechische Festland, den Peloponnes und die Insel Kreta zu beschränken. Sie war zwar grundsätzlich der Ansicht, daß die Hilfsaktion am zweckmäßigsten das ganze griechische Gebiet umfassen sollte; aber sie wollte durch ihren Vorschlag einem Wunsch der italienischen Regierung entsprechen, die die griechischen Inseln ausgenommen wissen wollte. Die schwedische Regierung wußte um diese Meinungsverschiedenheit und ihr war auch bekannt, daß die britische Regierung Bedenken gegen einen Ausschluß der Inseln hatte. Am Ende einigte man sich dahin, die Lösung der Praxis zu überlassen. In der Tat kam es auf Anregung der Kontrollkommission bald zu einer Einbeziehung der Inseln, zunächst der von Italien besetzten, dann der von Deutschland besetzten. So wurden die Ionischen Inseln und die Cykladen, später auch die Insel Mytilene einbezogen. Da die Ostägäischen Inseln weit im Osten lagen, wurde erwogen, diese Inseln einschließlich von Mytilene von dem türkischen Umschlagshafen Izmir aus mit schwedischen Hilfsschiffen zu versorgen. Die Türkei antwortete positiv auf diesen Vorschlag der schwedischen Regierung. Die Versorgung der Inseln Mytilene, Chios und Samos erfolgte einige Zeitlang auf diesem Wege, mußte aber dann umgestellt werden.

Ein besonderes Problem bildeten die Inseln des Dodekanes, die zu Italien gehörten und vom Mutterland versorgt wurden. Das hörte mit dem Ausscheiden Italiens aus dem Krieg auf. Eine Versorgung der Inseln des Dodekanes, zu denen vor allem die Insel Rhodos gehört, erschien den deutschen Stellen aus wirtschaftlichen und sozia-

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

len Erwägungen wichtig. Die Bevölkerung war griechisch, aber die zu Italien gehörenden Inseln waren völkerrechtlich nicht als ein Teil des besetzten Griechenland anzusehen. Eine Fühlungnahme mit der schwedischen Regierung und der Kontrollkommission in Athen ergab, daß eine Versorgung aus den Mitteln der Hilfsaktion an sich möglich sein würde. Da jedoch der hierfür einzuschlagende Weg einer vorherigen Fühlungnahme mit den alliierten Kriegführenden zu lange Zeit in Anspruch genommen hätte und größte Eile geboten war, kam der Gedanke auf, daß die Kommission in Athen durch die schwedische Regierung an die türkische Regierung wegen einer Versorgung aus eigenen Beständen herantreten sollte. Eine allseits befriedigende Lösung kam nicht zustande, und so wurden die italienischen Inseln des Dodekanes schließlich aus deutschen Beständen versorgt.

X

Eine Frage, die die Besatzungsmächte besonders interessierte, war die Verwendung von Bodenprodukten, deren Erzeugung den Bedarf der griechischen Bevölkerung überstieg.

Der schwedische Gesandte in Berlin hatte, wie erinnerlich, in seiner Mitteilung an das Auswärtige Amt vom 19. März 1942 ausgeführt, daß die Kontrollkommission in Griechenland natürlich auch die Ausfuhr eines in Griechenland tatsächlich entstandenen Überschusses von im Lande erzeugten Lebensmitteln im Austausch gegen Lebensmittel anderer Art würde gestatten können.

Das war ein sehr kluger, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragender Gedanke, dessen Umsetzung in die Tat sehr bald praktisch wurde. Die deutsche Regierung hatte in ihrer Antwort vom 28. April 1942 ihr Einverständnis damit erklärt, daß die in Griechenland erzeugten Lebensmittel der griechischen Zivilbevölkerung vorbehalten blieben, daß aber auf Grund der schwedischen Notiz hierdurch nicht ausgeschlossen werden solle, daß einige im Lande erzeugten Lebensmittel, deren Produktion den Verbrauch durch die eigene Bevölkerung übersteige, weiterhin im normalen Tauschverkehr ausgeführt würden.

Da diese Ausfuhr schon im Gange war, als die Hilfsaktion begann, war es natürlich, daß die Kommission, die solche Ausfuhr in Zukunft vereinbarungsgemäß zu genehmigen hatte, sich einen Einblick in die Exportziffern verschaffen wollte. Darüber ließ sie bei den Besprechungen mit den deutschen Stellen in Athen keinen Zweifel. Die deutschen und italienischen Behörden waren übereinstimmend der Ansicht, daß man der Kommission zunächst für die Vergangenheit gut fundiertes Zahlenmaterial über die auszuführenden Lebensmittel geben müsse. Es handelte sich hierbei um die Überschußerzeugung von Olivenöl, Rosinen und Korinthen. Deutscherseits konnte eine für die Besatzungsmächte nicht ungünstige Bilanz mitgeteilt werden. Hiernach waren in einem Zeitraum von etwa einem Jahr bis September 1942 insgesamt ca. 5000 t Olivenöl und ca. 15 000–20 000 t Korinthen und Rosinen aus dem besetzten Griechenland ausgeführt worden. Dagegen wurden im

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Austausch nach Griechenland von Deutschland geliefert: ca. 50 000 t Getreide, 9000 t Hülsenfrüchte und 7000 t Zucker.

Es ist begreiflich, daß der Fragenkomplex, der hier nur in großen Umrissen geschildert werden kann, längere Verhandlungen mit der Kommission erforderlich machte. Diese wurden dadurch beeinflußt, daß, wie gezeigt, bei der ersten Beantwortung des schwedischen Angebots im April 1942 die deutsche Regierung im Wege des Entgegenkommens an italienische Wünsche vorgeschlagen hatte, die Hilfsaktion nicht auf die griechischen Inseln zu erstrecken, die für eine Ausfuhr in erster Linie in Betracht kamen.

Auch war es bei der Unüberschaubarkeit der Verhältnisse in einem Weltkrieg nicht möglich, eine genaue Bilanz für einen Lebensmittelausstausch in der Zukunft zu machen. Einen gewissen Spielraum mußten sich die Besatzungsmächte vorbehalten. Dabei mußte freilich das Auswärtige Amt mitunter dafür sorgen, daß die inneren Stellen ihre Verpflichtung, Lebensmittel nach Griechenland zu liefern, ernst nahmen.

Es galt ferner, eine gesunde Relation zwischen den auszuführenden Lebensmitteln (Öl und getrocknete Trauben) und den im Austausch einzuführenden Lebensmitteln aus dem Raum der Achsenmächte zu finden. Dies geschah vereinbarungsgemäß auf einer Basis der Mengen und des Ernährungswertes der Lebensmittel. Hierbei hatte man schwedischerseits in erster Linie an den Kaloriengehalt als Vergleichsbasis gedacht. Der Preis kam dafür bei der starken Entwertung der Drachme und den weiterdrohenden Schwankungen nicht in Frage.

Das Endergebnis längerer Verhandlungen war unter Berücksichtigung aller Unsicherheitsfaktoren einigermaßen befriedigend. Unter Beteiligung des Auswärtigen Amts wurde eine grundsätzliche Einigung über die Hauptfragen erzielt auf der Basis: Ausfuhr der Überschußprodukte aus Griechenland gegen Ersatz durch Einfuhr entsprechender Mengen gleichwertiger Nahrungsmittel. Danach konnten die weiteren laufenden Verhandlungen über den konkreten Warenaustausch unmittelbar durch den Bevollmächtigten des Reichs in Athen sowie den für Griechenland zuständigen Reichssonderbeauftragten für Wirtschaftsfragen, Gesandten Dr. Neubacher mit der neutralen Kommission erfolgen.

Bei der laufenden Abstimmung der deutschen Entnahmen von griechischen Ausfuhrprodukten und der im Austausch eingeführten Lebensmittel ergab sich beispielsweise für das mit dem 30. August 1943 endende Jahr eine Ausfuhr griechischer Produkte im Wert von 64 Milliarden Kalorien, denen eine Einfuhr aus dem deutschen Wirtschaftsgebiet von 75 Milliarden Kalorien gegenüberstand. Dazu kamen noch Einfuhren der deutschen Wehrmacht in Griechenland für die von ihr beschäftigten griechischen Arbeiter in Höhe von 16 Milliarden Kalorien. Die Bilanz war also für Griechenland günstig.

Der zuständige Referent im Auswärtigen Amt machte im Juni 1943 eine Reise nach Griechenland, bei der er Einblicke in das Funktionieren der Hilfsaktion nahm. Er konnte dabei feststellen, daß die Verhandlungsatmosphäre zwischen den deutschen Militär- und Verwaltungsstellen einerseits und der Kontrollkommission an-

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dererseits eine erfreulich sachliche und verständnisvolle war, und daß auch sonst die Hilfsaktion im ganzen gut funktionierte. Diese Tatsache wurde gelegentlich auch von neutralen Stellen im Ausland bestätigt. Ergänzend sei hierzu bemerkt, daß der Erfolg der Hilfsaktion immerhin derart war, daß in den ersten 6 Monaten ihres Funktionierens in Griechenland die Sterblichkeitsziffer von 243 pro Tausend auf 93 pro Tausend sank.

Es kann in einer Gesamtübersicht nicht auf weitere Einzelheiten eingegangen werden. In diesem Zusammenhang genüge folgende Feststellung: In einem Weltkrieg, in dem die Haßgefühle aufs höchste gesteigert waren und in dem mit größter Rücksichtslosigkeit gekämpft wurde, war es eine beachtlich einmalige Tatsache, daß eine neutrale Kontrollkommission ermächtigt war, nicht nur die unmittelbaren Interessen einer geschützten Zivilbevölkerung wahrzunehmen, sondern in diesem Rahmen auch der Besatzungsmacht zu gestatten, ihren wirtschaftlichen Interessen Rechnung zu tragen. Das war im Zweiten Weltkrieg ein erfreuliches Überbleibsel eines in früheren Kriegen weiter verbreiteten vernunftmäßigen Denkens.

XI

Als gegen Ende des Jahres 1944 die deutschen Besatzungstruppen aus Griechenland abgezogen wurden – die Italiener hatten ihre Truppen bereits beim Ausscheiden aus dem Krieg abgezogen – entstand für Deutschland eine neue Lage. Mit der Beendigung der Besetzung hörte auch das zuvor gegebene unmittelbare Interesse an der Zivilbevölkerung des Landes auf.

Da war es bezeichnenderweise der Außenminister von Ribbentrop, der seiner ganzen Mentalität entsprechend, dem Auswärtigen Amt die Weisung gab, die Griechenland-Hilfsaktion zu beenden.

Es ist erinnerlich, daß in der schwedischen Erklärung von keinem Endtermin die Rede war, und daß die Deutsche Regierung in ihrer Antwort vom 28. April 1942 erklärte, sie nehme an, daß die Aktion auf unbestimmte Zeit durchgeführt werden solle, bis sich einer der Beteiligten auf Grund etwa eintretender Tatumstände genötigt sehen sollte, die Aktion zu beenden. Mit dem Rückzug aus Griechenland entstand in der Tat für Deutschland eine neue Lage.

Es war aber folgendes zu bedenken: Bei einer Durchführung der Weisung des Außenministers wäre Deutschland, das damals schon seiner endgültigen Niederlage zutrieb, in eine diplomatisch schwierige Lage gekommen. Denn eine Beendigung der Hilfsaktion, soweit Deutschland in Betracht kam, hätte zur Folge gehabt, daß es seine Garantien für die schwedischen Transportschiffe nach Griechenland hätte zurückziehen müssen. Die Weisung des Ministers hätte bedeutet, daß fortan die deutschen Seestreitkräfte die schwedischen Schiffe nicht mehr unbehelligt lassen würden. Diese hätten z. B. als Prisen aufgebracht oder in sonstiger Weise beeinträchtigt werden können.

Mit der Wende des Jahres 1944–45 wurde die Lage Deutschlands immer schlim-

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mer; so sehr, daß von seiten des Roten Kreuzes deutscherseits mit Genugtuung entgegengenommene Angebote auf Hilfssendungen für andere von deutschen Truppen besetzte Gebiete, z. B. auf den englischen Kanalinseln, ergingen. Da wäre es politisch und moralisch unmöglich gewesen, nunmehr mit den deutschen Seestreitkräften aktiv gegen eine Hilfsaktion für das noch immer in schwerer Notlage befindliche griechische Volk vorzugehen.

Immerhin war der Befehl Ribbentrops eine Tatsache, die sich nicht verheimlichen ließ. Da beschritt denn das zuständige Referat in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts einen Weg, den es schon früher in völkerrechtlichen Fragen, in denen der Minister oder Parteistellen Unmögliches gefordert hatten, mit Erfolg gegangen war. Es verständigte mündlich und vertraulich vor allem die befreundete Seekriegsleitung von der Weisung mit dem Hinzufügen, daß ihr seitens des Auswärtigen Amts keine Folge gegeben werden würde. Es könne auch an die Zurückziehung der bisher an die Seestreitkräfte erteilten Befehle nicht gedacht werden. Die Seekriegsleitung teilte die Meinung des Auswärtigen Amts, und so lief denn die einmal angekurbelte Hilfsaktion weiter, bis sie mit dem Ausgang des Kriegs ein Ende nahm, für das nicht Deutschland, sondern die Vertragspartner der Aktion die Verantwortung trugen.

Man machte sich damals im Amt kaum Gedanken darüber, was man bei einer etwaigen Nachfrage des Außenministers nach dem Stande der Angelegenheit zu antworten haben würde. Dieser hatte bekanntlich einmal in seiner theatralischen Art gedroht, jeden Beamten, der seine Weisungen nicht ausführe, persönlich erschießen zu wollen. Aber er fragte nicht nach. Er hatte andere Sorgen. Gegebenenfalls wäre es nicht schwer gewesen, auf die sich häufenden Bombenangriffe auf Berlin mit nachfolgendem Durcheinander hinzuweisen, in deren Folge Gebäude, Papiere, Post und anderes an den verschiedensten Orten verloren gingen.

So hat denn in den Endkämpfen des Zweiten Weltkrieges Deutschland in seinem Auflösungsprozeß dank der Vernunft einiger amtlicher Stellen in seiner Weise dazu beigetragen, dem Gedanken „inter arma caritas" Geltung zu verschaffen[3].

[3] Die Akten der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts über die Endzeit des 2. Weltkrieges sind leider verlorengegangen; der Verfasser mußte daher für die letzten Ausführungen auf sein Gedächtnis zurückgreifen.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

HANS-ULRICH WEHLER

„REICHSFESTUNG BELGRAD"

Nationalsozialistische „Raumordnung" in Südosteuropa

Als der Belgrader Militärputsch vom 27. März 1941 die Opposition gegen den Beitritt des Königreichs Jugoslawien zum Anti-Kominternpakt (25. 3. 1941) an das Staatsruder brachte, sah sich die Balkanpolitik Hitlers unerwartet einer neuartigen Situation gegenüber. Sie hatte bisher auf der Neutralisierung des südslawischen Staates, im Schatten des deutschen Hegemonieanspruchs freilich, beruht, obwohl der italienische Griechenlandfeldzug, dessen eklatante Mißerfolge die schwache Machtbasis des erstrebten faschistischen Mittelmeerimperiums enthüllten, diese Konzeption schweren Spannungen aussetzte. Wenn daher Hitler früher geglaubt hatte, daß für ein „freundschaftliches Verhältnis" zu Jugoslawien „kein Opfer als zu hoch angesehen werden dürfte"[1], so entschloß er sich nun, noch am Tage des Staatsstreichs von General Simović, „Jugoslawien militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen"[2]. Am 6. April brach die deutsche Kriegsmaschine in das Land ein; nach einem knapp zweiwöchigen Blitzkrieg trat die bedingungslose Kapitulation am 18. April in Kraft.

Der Waffenruhe folgte die rücksichtslose Zerschlagung der staatlichen Einheit Jugoslawiens durch die Achsenmächte. Fraglos begleiteten jedoch den gewaltsamen Eingriff von außen auch Zerfallserscheinungen im Innern, da die kaum noch zu überbrückenden, oft unerträglich bitteren Nationalitätengegensätze, vor allem der Autonomiewunsch und Protest der Kroaten gegen den großserbischen Integralismus,

[1] Hitler an Mussolini, 5. 4. 1941, Nürnberger Dokument PS-1836; vgl. G. Gafencu, Vorspiel zum Krieg im Osten, Zürich 1944, S. 328; C. Fotitch, The war we lost: Yugoslavia's tragedy and the failure of the West, New York 1948, S. 96ff.; E. Wiskemann, Partitioned Yugoslavia, in: Hitler's Europe, Survey of International Affairs, hrsg. v. A. u. V. M. Toynbee, London 1954, S. 648ff.; P. D. Ostović, The truth about Yugoslavia, New York 1952, S. 163f.; H. Seton-Watson, The East European Revolutions, 3. Aufl. London 1956, S. 65ff.; H. Neubacher, Sonderauftrag Südost, 1940–1945, Göttingen 1956, S. 123ff., und zuletzt: Ernst L. Presseisen, Prelude to „Barbarossa": Germany and the Balkans, 1940–1941, in: Journal of Modern History, Bd. 32, 1960, S. 359–370.

[2] Konferenz vom 27. 3. 1941, PS-1746; Telegramm Ribbentrops an Schulenburg vom 6. 4. 1941, in: Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion, 1939–1941, Akten aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes, hrsg. v. E. M. Carroll u. F. T. Epstein, Berlin 1948, S. 358 (s. Nazi-Soviet relations, 1939–1941, hrsg. v. R. J. Sontag u. J. S. Beddie, Washington 1948, S. 331); Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland, hrsg. v. Auswärtigen Amt, Berlin 1941: das mit Vorsicht zu benutzende deutsche Weißbuch; H. Greiner, Die oberste Wehrmachtführung, 1939–1943, nach dem Kriegstagebuch des Wehrmachtführungsstabes, Wiesbaden 1951, S. 185, 239ff., 273; demnächst: KTB/OKW, Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, 1. Teil: Die Jahre 1940/41, hrsg. v. P. E. Schramm i. Zusammenarbeit mit H.-A. Jacobsen, Frankfurt.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schon seit Jahren den Vielvölkerstaat zu zersprengen drohten. Die zentrifugalen Kräfte, welche die militärische Niederlage freisetzte, fanden allenthalben die Unterstützung der Besatzungsmächte[3]. Im Norden rief der Führer der totalitären, nationalextremistischen Ustascha-Bewegung, Dr. Ante Pavelić, den „Unabhängigen Staat Kroatien" aus, unter italienischer Protektion entstand ein neues Montenegro. Das Reich und Italien annektierten begehrte Grenz- und Küstengebiete; Bulgarien okkupierte einen breiten Landstrich im Süden; Ungarn verleibte sich die Batschka und Baranja als alte Länder der Stefanskrone wieder ein. Das Westbanat blieb, um einem rumänisch-ungarischen Konflikt vorzubeugen, unter deutscher Militärverwaltung; beschränkt auf das Gebiet Altserbiens erhielt sich der Reststaat Serbien des Generals Nedić.

Diese Aufteilung Jugoslawiens in ein buntscheckiges Mosaik verschiedener Interessenzonen mit unterschiedlichem staatsrechtlichem Status übte auch ihre Wirkung auf die Volksdeutschen[4] aus, deren Hauptsiedlungsgebiete jetzt unter ungarischer und kroatischer Hoheit standen oder im Administrationsbereich des deutschen „Militärbefehlshabers Serbien" lagen. Unter den Donauschwaben kursierten seit Ende 1939 Gerüchte über ihre staatliche Zukunft. „Ein sehr großer Teil meine", hieß es zu dieser Zeit in einem Bericht für die „Auslandorganisation der NSDAP", „daß aus den Volksdeutschen in Jugoslawien etwa in der Donauniederung ein deutsches Protektorat errichtet würde"[5]. Ähnliche Gerüchte drangen auch in

---

[3] Vorläufige Richtlinien des OKW für die Aufteilung Jugoslawiens, 12. 4. 1941, PS-1195; vgl. J. Matl, Jugoslawien im 2. Weltkrieg, in: W. Markert (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch, Jugoslawien, Köln 1954, S. 99ff.; W. Hoettl, The secret front, 2. Aufl., London 1954, S. 125ff.; R. L. Wolff, The Balkans in our time, Cambridge/Mass. 1956, S. 198ff.

[4] Ausführlich über sie: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, in Verbindung mit W. Conze, A. Diestelkamp †, R. Laun, P. Rassow † u. H. Rothfels, bearb. v. Th. Schieder, Bd. V: Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien, Bonn 1961; vgl. zum Folgenden die Karten im Anhang: ebda; Dokumentation der Vertreibung, Bd. III: Das Schicksal der Deutschen in Rumänien, Bonn 1957; Osteuropa-Handbuch, Jugoslawien.

[5] Bericht (Kopie) des Landesgruppenleiters der „Auslandorganisation" in Jugoslawien „über die politischen Verhältnisse im Volksdeutschtum", Beilage zum Schreiben der „Auslandorganisation" (Gauamtsleiter Tesmann) an das Auswärtige Amt, 16. 1. 1940, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (Zitiert: P. A.), Inland IIg, Bd. 234. – In seiner sehr sorgfältig belegten Untersuchung, die in diesem Zusammenhang z. T. auf persönliche Mitteilungen des enge Beziehungen zur „Volksdeutschen Mittelstelle" (VOMI, s. Ende dieser Anm.) besitzenden deutschen Journalisten A. Michaelis gestützt ist, führt C. A. Macartney (October Fifteenth. A History of Modern Hungary, 1929–1945, New York 1957, 1. Bd., S. 435) an, daß ein Plan der VOMI bei Kriegsbeginn vorgesehen habe, das Donautal mit Volksdeutschen aus Südosteuropa zu besiedeln. Dieser Plan sei dann dahin verengt worden, daß es sich um einen 50 bis 100 km breiten Streifen von Mohacs bis zum Schwarzen Meer handeln solle, der schließlich auf einen 55 km breiten Streifen von Orsova bis zur Donaumündung geschrumpft sei. Die Volksdeutschen sollten vor allem in strategischen Schlüsselstellungen (Belgrad, Karpathenpässe) konzentriert werden. Diese Fassung sei von Ribbentrop und Hitler genehmigt und den Reichsministerien zugesandt worden. – Die 1936 gegründete „Volksdeutsche Mittelstelle" wurde nach der Gleichschaltung der reichsdeutschen Organisationen zur Betreuung des Auslanddeutschtums die für alle Fragen der deutschen Volksgruppen zuständige zentrale

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ungarische Regierungskreise ein. Ehe noch Ministerpräsident Teleki am 2. April 1941 Selbstmord beging, vertraute er in einem Brief vom selben Tage seinem Freund Apor die geheime Befürchtung an, daß die Deutschen, falls Ungarn nicht sogleich nach dem Überfall auf Jugoslawien die Batschka besetze, „einen deutschen Staat aus der Batschka, dem Banat, dem [Siebenbürger] Sachsenland und vielleicht der Baranja bilden" würden[6], einen Donaustaat, der nach einer anderen Version unter dem Namen „Prinz Eugen-Gau" als „integraler wenn auch außerhalb liegender Teil" des Reiches konstituiert werden sollte[7].

Der Ausgang des deutschen Balkankrieges ließ solche vagen Vorstellungen kräftig emporwuchern und gab den Pläneschmieden unverkennbar Auftrieb. Der deutsche Gesandte in Agram berichtete von den Deutschen an der östlichen, syrmischen Peripherie des neuen Kroatiens, daß dort „anscheinend" der Plan des Führers der deutschen Volksgruppe im angrenzenden Banat, Dr. Sepp Jankos[8], im Umlauf sei, der die Gründung eines „autonomen deutschen Gebietes um Belgrad" betreibe[9]. Spukte hier vielleicht die Idee eines „Reichsgaus Banat"[10] in manchen Köpfen, so hielten doch auch offenbar recht breite Kreise unter den Volksdeutschen in der soeben ungarisch gewordenen Batschka und Baranja an der Meinung fest, „daß sie eine territoriale Sonderstellung erhielten". Da sie aus diesem Grunde mancherorts schroff alle von den neuen madjarischen Behörden angebotenen Stellungen ablehnten, berichtete der Leiter des „Volksbundes der Deutschen in

---

Instanz. Sie gehörte zum Machtbereich Himmlers und wurde 1941 auch formal in ein „Hauptamt" der SS umgewandelt, vgl. H. Buchheim in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 150ff.; G. Reitlinger, Die SS, Wien 1956, S. 130f.; E. Neusüss-Hunkel, Die SS, Marburg 1956, S. 82f.; Dokumentation der Vertreibung, Bd. III, S. 35 E, Anm. 122.

[6] R. V. Burks, Two Teleki Letters, in: Journal of Central European Affairs, Bd. 7, 1947, S. 71f.

[7] Macartney (1. Bd., S. 478), der sich auf die persönliche Mitteilung eines Führers der Neusatzer Ungarn stützt: dort habe schon ein statistisches Büro der Volksdeutschen berechnet, was dieser „Gau" alles dem Reich „liefern" könne. Wenn diese Informationen einen gewissen Realitätsgehalt besitzen, wofür manches spricht, dürfte unter diesem Büro vermutlich die im Neusatzer Habag-Haus etablierte Leitung der jugoslawiendeutschen Volksgruppe unter Dr. Janko zu verstehen sein; vgl. die unbestimmten Angaben über diese Projekte bei E. Wiskemann (The Subjugation of South-Eastern Europe, June 1940 to June 1941, in: The Initial Triumph of the Axis, Survey of International Affairs, hrsg. v. A. u. V. M. Toynbee, London 1958, S. 354); R. Lemkin, Axis rule in occupied Europe, Washington 1944, S. 252, Anm. 35; R. Kiszling, Die Kroaten, Graz 1956, S. 194. – Die ca. 11 000 Volksdeutschen im Belgrad des Rumpfstaates Serbien wurden übrigens bis 1944 in einem „Prinz-Eugen-Kreis" organisiert, vgl. Dokumentation der Vertreibung, Bd. V, S. 59 E.

[8] Von 1939 bis April 1941 war Janko Leiter des „Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes" (SDKB) der Jugoslawiendeutschen, seitdem bis Oktober 1944 Volksgruppenführer im Westbanat, eingehend darüber: Dokumentation der Vertreibung, Bd. V, S. 40Eff.

[9] Schreiben Kasches an das Auswärtige Amt, 23. 4. 1941, P.A., Bd. 245.

[10] Gauamtsleiter Triska an das Auswärtige Amt, Telegramm v. 2. 4. 1941 aus Preßburg. Triska sprach sich darin für einen selbständigen kroatischen Staat aus „selbst unter Bedachtnahme der Idee des Reichsgaus Banat" (P.A., Bd. 230). Triska kam aus der „Auslandorganisation" P. Bohles und avancierte später im Auswärtigen Amt zum Legationsrat.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ungarn" (VDU), Dr. Franz Basch, nach einer Reise in diese Gebiete mit unverhohlenem Unmut weiter, daß dort der Gedanke einer „Autonomie mit eventueller Reichsbürgerschaft ... eine große Rolle" spiele[11].

Tatsächlich dachte man unmittelbar nach dem Ende des Krieges gegen Jugoslawien und Griechenland in Berliner Ministerien daran, dem Reich „die fortlaufende Übernahme aller sich zu ihrem Volkstum bekennenden Deutschen in die deutsche Staatsangehörigkeit unter Beibehaltung der Rechte und Pflichten der [d. h. in den] betreffenden Wohnstaaten vorzubehalten"[12]. Diese Doppelstaatsangehörigkeit konnte indessen erst sehr viel später ein einziges Mal verwirklicht werden, und zwar im April 1944 für die ungarndeutschen Angehörigen der Wehrmacht und Waffen-SS[13]. Dagegen hingen die dem Nationalsozialismus geneigten, aktivistischen Elemente der Batschka- und Baranja-Deutschen weiterhin zäh an dem Wunschbild eines „Prinz Eugen-Landes", das vielleicht sogar durch einen schlauchartigen Korridor durch die Baranja und die „Schwäbische Türkei" mit dem Reich verbunden werden konnte[14].

Was an diesen nicht genau kontrollierbaren, wahrscheinlich ebenso geschwind wie unbestimmt kolportierten Nachrichten auf Parolen des VDU oder des „Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes" (SDKB) zurückzuführen ist, ob sie die eilfertig ausgesprochenen Wunschträume ehrgeiziger Volksgruppenpolitiker darstellten, oder ob sich in ihnen auch die Furcht der Andersnationalen vor unvorhersehbaren Aktionen der deutschen Minderheiten ausdrückte, hinter denen das Reich immer bedrohlicher aufragte, das läßt sich zur Zeit weder mit Bestimmtheit festlegen noch differenzierter analysieren. Daß in dieser unruhigen, von mannigfaltigen Hoffnungen und Ansprüchen bewegten Zeit nach der Zerschlagung Jugoslawiens manche Spekulationen in den deutschen Volksgruppen gediehen, unterliegt keinem Zweifel. Hier erhebt sich nun die Frage, ob reichsdeutsche Dienststellen mit konkreteren Plänen, von denen einiges zum Beispiel über die weitverzweigten Kanäle der „Volksdeutschen Mittelstelle" seinen Weg nach Südosten finden konnte, eine gewisse Basis für solche Überlegungen mitgeschaffen haben.

Vor den Verhandlungen der Außenminister Deutschlands und Italiens über die Aufteilung des jugoslawischen Staatsgebietes in Wien (20. bis 22. April 1941),

---

[11] Wiedergabe im Telegramm des Deutschen Gesandten in Budapest, v. Erdmannsdorff, an das Auswärtige Amt, 9. 5. 1941, P.A., Akten Büro Staatssekretär, Ungarn, Bd. 4; auch P.A., Bd. 250.

[12] Geheime Anlagen (nicht datiert, nach dem 18. 4. 1941) des Reichsinnenministeriums für den Reichsaußenminister (P.A., Bd. 251), die das Ergebnis einer Konferenz mehrerer Dienststellen unter Vorsitz von Staatssekretär Stuckart festhalten; auch mehrfach erwähnt in der Denkschrift (Anm. 18), S. 18f.

[13] Vgl. Dokumentation der Vertreibung, Bd. V, S. 175 E, Anlage 7c: Deutsch-ungarisches Abkommen v. 14. 4. 1944 über die Wehrdienstpflicht der Volksdeutschen in der Waffen-SS.

[14] Vgl. die Polemik gegen diesen „Fieberhitzplan" in der „Donau", 22. 8. 1942, dem „Wochenblatt des Katholischen Deutschtums in Ungarn", einem Organ der staatsloyalen sog. „Treuebewegung", vgl. Dokumentation der Vertreibung, Bd. II: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, Bonn 1956, S. 18Eff.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trafen sich dort Vertreter des Auswärtigen Amtes[15], des Reichsinnenministeriums[16] und des „Reichskommissars für die Festigung Deutschen Volkstums"[17]. Von ihnen wurden unter Vorsitz von Botschafter Ritter (18. 4.) und Staatssekretär Stuckart (19. 4.) nicht nur Vorbereitungen für die eigentliche Ministerkonferenz getroffen, sondern auch Grundlinien der Reichspolitik gegenüber den Volksdeutschen im Südosten festgelegt. Die Ergebnisse dieser Besprechungen wurden während der folgenden Wochen im Reichsinnenministerium zu einer umfassenden geheimen „Denkschrift über die Lage und das zukünftige Schicksal des Deutschtums im ehemaligen jugoslawischen Staatsgebiet" ausgearbeitet, die am 15. Juli dem Auswärtigen Amt von Staatssekretär Stuckart zugesandt wurde[18].

Aus dieser Denkschrift, die sich eingehend mit dem Deutschtum der jugoslawischen Nachfolgestaaten und Teilungsgebiete beschäftigte, interessieren in diesem Zusammenhang die Gedanken zur „Neuordnung des Südostraums". Ganz nach der

---

[15] Vertreten durch Botschafter Ritter, Gesandtschaftsrat v. Troll aus dem Stab des Gesandten Kasche in Agram, Vortragenden Legationsrat v. Schmieden und Gauamtsleiter Triska, vgl. Vermerk v. Schmiedens vom 2. 8. 1941, P.A., Bd. 253; allg. Ciano's Diplomatic Papers, London 1948, S. 436ff.; A. Hillgruber, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938–1944, Wiesbaden 1954, S. 125f.; Greiner, a. a. O., S. 286; Matl a. a. O., S. 102ff.

[16] U. a. Staatssekretär SS-Brigadeführer Stuckart.

[17] In einem Schreiben Stuckarts v. 15. 7. 1941 (P.A., Bd. 253) als Begleitbrief zur Denkschrift (Anm. 18, Anlage 1) heißt es, daß „die grundsätzlichen Forderungen" der Denkschrift „mit dem Reichsführer SS, Reichskommissar für die Festigung Deutschen Volkstums (RKFDV) und dem Auswärtigen Amt in den Wiener Besprechungen im April d. J. abgestimmt worden" seien. Da Himmler nicht in Wien war, sind unter „Reichsführer SS" im Amtsdeutsch nur Vertreter der Institution des Reichskommissariats zu verstehen, u. a. Obergruppenführer Wolf, Chef des persönlichen Stabes von Himmler; zum RKFDV vgl. R. L. Koehl, RKFDV, German Resettlement and Population Policy, Cambridge/Mass. 1957; H. Buchheim, Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissariats für die Festigung Deutschen Volkstums, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 239ff.; Dokumentation der Vertreibung, Bd. III, S. 41E, Anm. 2.

[18] S. Anlage 1, daraus die Zitate im folgenden (P.A., Bd. 253). Zur Denkschrift gehörten 5 Anlagen: 1. Volkstumskarte von Jugoslawien; 2. eine Karte des Deutschtums in der Woiwodina; 3. ein Gutachten der Berliner „Reichsstelle für Raumordnung" v. 26. 4. 1941 (Der Donauraum im wirtschaftlichen Zusammenhang); 4. ein zweites Gutachten vom 24. 4. 1941 (Der Donauraum als Verkehrslinie, s. Anlage 2); 5. Vorschläge zu einem Ergänzungsvertrag mit Ungarn zum Abkommen v. 30. 8. 1940 (sog. 2. Wiener Schiedsspruch). Es läßt sich nicht genau ausmachen, wer die Denkschrift verfaßt hat. Die „Publikationsstelle Wien", die damals noch dem RMdI unterstand, soll hieran nicht beteiligt gewesen sein; vermutlich ist daher die Denkschrift in der Stuckart unmittelbar unterstehenden Abt. I (Recht und Verwaltung) des RMdI entstanden. – Die bisher einzigen Hinweise auf diese Denkschrift: Dokumentation der Vertreibung, Bd. V, S. 59E u. S. 78E; J. Wüscht, Pläne des Dritten Reiches zur Neuordnung des jugoslawischen Raumes nach 1941, in: Der Donauschwäbische Lehrer, hrsg. v. J. Senz, 1. Bd., München 1959, S. 63ff. – In der amerikanischen Ausgabe der Deutschen Akten zur Auswärtigen Politik (Documents on German Foreign Policy, Serie D, Washington), die der deutschen Ausgabe um einige Bde. voraus ist, liegt jetzt der bis Januar 1941 führende Bd. XI (1960) vor, so daß diese u. andere Aktenstücke zur Balkanfrage seit 1941 vielleicht in den folgenden Bänden in Übersetzung herangezogen werden können.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anspruchsvollen, pseudowissenschaftlichen Terminologie der geopolitischen Schule wird diese insofern als ein „Teilproblem ... der gesamten deutschen Ostpolitik" aufgefaßt, als zur „Neuordnung des Ostraumes" die „Abschirmung" der „rechten Flanke des Deutschen Reiches" im Südosten vonnöten sei. Die bis zum Überdruß mit der ebenso hochtrabenden wie unscharfen Kategorie des „Raumes" arbeitende Argumentation verbindet den Rückgriff in eine zurechtgestutzte Geschichte, in der die Donaulandschaft „immer wieder die Einbruchspforte der Asiaten und Slawen in den germanisch besiedelten mitteleuropäischen Raum war", mit der Berücksichtigung aktueller Interessen der deutschen Außenhandelspolitik[19], um daraus einen Herrschaftsanspruch ableiten zu können.

Vorbedingung der Stabilität der deutschen Machtstellung auf dem Balkan ist der Besitz des „strategisch und wirtschaftlich ungeheuer wichtigen" Gebiets um Belgrad, denn in der Hand „der asiatischen und slawischen Völker" bildete die Stadt „stets eine gefährliche Bedrohung des Reiches". Um diese Gefahr für die Zukunft zu bannen und auch „ein für alle Mal die Vorherrschaft des Reiches im Donauraum zu gewährleisten", entwickelt die Denkschrift ein abenteuerliches Programm: Belgrad soll „mit seinem Vorgelände als deutsche Reichsfestung und deutsche Garnison fest in die Hand des Reiches kommen, weil nur der das Eiserne Tor und das Tor bei Wien beherrscht ..., der Belgrad fest in der Hand hält". Dieses Vorhaben läßt sich um so leichter verwirklichen, als keine reichsdeutschen Truppen in diesem Spannungsfeld stationiert werden müssen, sondern die Rekruten aus den volksdeutschen Gemeinden des Belgrader Hinterlandes, der damals mehr als 300 000 Donauschwaben zählenden Woiwodina[20], zur „Wehrpflicht in der deutschen Garnison Belgrad" herangezogen werden könnten. Damit erhält die „Reichsfestung" Belgrad ihre „allzeit einsatzbereite Stammannschaft".

Es ist bezeichnend, daß diese so geplante, tatsächlich revolutionäre Expansion des Dritten Reiches in den tiefen Balkan hinein historisch drapiert wird, um den Eindruck einer erhebenden Kontinuität großdeutscher Südostpolitik zu suggerieren. Nach 200 Jahren werde durch solch eine kühne Tat endlich ein Vermächtnis des „genialen Feldherrn und großen Staatsmannes Prinz Eugen" erfüllt, dessen Plan

---

[19] Über die deutsche wirtschaftliche Ausdehnung in den Südosten während der 1930er Jahre zuletzt die Zusammenfassung von K. D. Meiß, Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen von Hitlers Regierungsantritt bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, phil. Diss. Göttingen 1955 (MS); vgl. W. Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan. Zur Struktur der Außenhandelspolitik Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs 1933 bis 1939, in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 45ff.; K. Günzel, Die wirtschaftliche Entwicklung zwischen den Kriegen, in: Osteuropa-Handbuch, Jugoslawien, S. 215ff.; A. Basch, The Danube Basin and the German Economic Sphere, New York 1944; O. v. Frangeš, Die Donaustaaten und der deutsche Großwirtschaftsraum, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 53, 1941, S. 284ff.; H. F. Zeck, Die deutsche Wirtschaft und Südosteuropa, Leipzig 1939.

[20] Statistische Angaben: Dokumentation der Vertreibung, Bd. V, S. 119Eff., auf Grund der „Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawiens nach Muttersprache und Konfession (nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931)", hrsg. v. d. Publikationsstelle Wien, Wien 1943.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer „habsburgischen Reichsfestung" Belgrad unfähige Nachfolger im Verein mit dem unglücklichen Verlauf des Türkenkrieges von 1737/39[21] zunichte machten. Mit der mehrfach beschworenen Analogie zu den angeblichen Absichten des Prinzen Eugen ist die Anknüpfung an die Tradition der österreichischen Militärgrenze verbunden, da eine Reichsfestung Belgrad mit donauschwäbischer Besatzung[22] – unmißverständlich in ideologischer Affinität zu dem Wehrbauerntum der SS-Planer im „Ostland" – sich nur als strategisches Kernstück einer neuen deutschen Militärgrenze zum Schutz der süd-östlichen Reichsteile verstehen läßt. Nicht nur des eigentlichen, deutsch-österreichischen Reichsbodens allein, denn in der Denk-

[21] In der Denkschrift irrtümlich 1736/38. Daß dieses Vorhaben tatsächlich ein vom Prinzen Eugen selber entworfener Plan gewesen ist, läßt sich aus den verfügbaren Quellen nicht nachweisen. Bald nach der Eroberung Belgrads wurde nämlich die neu organisierte „Belgrader Administration" dem Prinzen Carl Alexander v. Württemberg übertragen (7. 9. 1720). Aus dem erhaltenen Schriftgut seiner Verwaltungstätigkeit, als deren Hauptziel er den Ausbau der Festungsanlagen ansah, und aus den Protokollen des Wiener Hofkriegsrats geht hervor, daß der Gedanke einer umfassenden Neubefestigung Belgrads unter habsburgisch-kaiserlicher Verwaltung von den obersten Zentralbehörden durchaus gepflegt wurde. Daß der Prinz Eugen als Präsident des Hofkriegsrats diese Belgrader Pläne beeinflußt hat, darf angenommen werden, läßt sich aus den Akten jedoch nicht beweisen; ein diesem Gegenstand gewidmetes Mémoire des Prinzen existiert nicht (Freundliche Mitteilungen des Wiener Kriegsarchivs, dem der Verf. für die bereitwillige Überprüfung der einschlägigen Aktenbestände zu Dank verpflichtet ist.) Zu den unbestrittenen Anregungen, die Eugen zur Ansiedlung von Deutschen in und um Belgrad gegeben hat s. J. Kallbrunner und H. Geißler, Belgrad, in: Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums, Bd. I, Breslau 1933, S. 370f., sowie die wegen ihres Stoffreichtums noch immer unentbehrliche ältere Biographie von A. v. Arneth, Prinz Eugen, Bd. 2, Wien 1858, S. 444ff.; zu dem mit ziemlicher Sicherheit anzunehmenden allgemeinen Einfluß auf die Befestigungspläne s. das Schreiben Karls VI. vom 18. 9. 1717, in dem der Kaiser von Eugen „Idee und Meinung über die Fortification von Belgrad" erbittet, „solche als ein antimurale der Christenheit in guten Defensivzustand gesetzt werden müßte, um alsdann weiteres nach dero Vorschlag das Nötige vorkehren zu können" (nach einem Exzerpt im Besitz von Prof. M. Braubach, dem der Verf. für Auskünfte und Hinweise zu danken hat); dazu das Schreiben Eugens an den Kaiser vom 21. 7. 1718 (In: Feldzüge des Prinzen Eugen, 17. Bd., Wien 1891, Suppl. S. 267), in dem er es als „eine Unumgänglichkeit" bezeichnet, „die allhiesige Festung Belgrad in einen solchen Stand zu versetzen, damit sie . . . das antemuros christianitatis möge genannt werden"; vgl. im einzelnen noch Th. v. Stefanovic-Vilovsky, Belgrad unter der Regierung Kaiser Karls VI., Wien 1908; H. Langer, Serbien unter kaiserlicher Regierung, 1717–1739, in: Mitteilungen des Kriegs-Archivs, NF Bd. III, Wien 1889, S. 155–247; die letzte Darstellung von H. Rössler (Der Soldat des Reiches, Prinz Eugen, 3. Aufl., Hamburg 1940) geht im Faktischen nicht über v. Arneth hinaus. – Dem anonymen Mitverfasser der Denkschrift von 1941, der die Berufung auf den Prinzen Eugen eingefügt hat, wird also wohl die allgemeine Bedeutung Eugens für die kaiserliche Südostpolitik vorgeschwebt und zu der sachlich in dieser präzisen Form nicht berechtigten Formulierung bestimmt haben.

[22] Vgl. Konzept Triskas v. 19. 8. 1941, P.A., Bd. 253. Er befürwortete darin die Übernahme serbischer Staatsgüter als Reparationsleistungen, um darauf deutsche Siedler anzusetzen. „Dies wäre vielleicht deshalb besonders erwünscht, weil dadurch die nächste Umgebung Belgrads ein besonders starkes deutsches Hinterland bekäme, was für zukünftige Entwicklungen nicht ohne Bedeutung sein könnte"; zur historischen Militärgrenze der Habsburger vgl. Kiszling a. a. O., S. 24, u. Dokumentation der Vertreibung, Bd. V, S. 7E, Anm. 11.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schrift kommt auch noch das Projekt eines deutschen Schutzgebietes in Serbien zur Sprache. Dabei wird an das sogenannte „Timokgebiet mit Bor" gedacht, das heißt: an einen Landstreifen längs des Timok und dann der Donau von den südöstlichen Ausläufern des ostserbischen Gebirges unter Einschluß seiner reichen Steinkohlenvorkommen und des großen Kupferbergwerks Bor[23] bis hinauf nach Turnu-Severin und Orsova, zwischen denen das Eiserne Tor liegt. Die „Erweiterung" dieses Gebietes unter „unmittelbarer Reichsverwaltung" westwärts entlang der Donau „bis Belgrad" rückt den gesamten „Mittellauf der Donau einschließlich seiner verwundbarsten Stelle, des Eisernen Tores"[24], in den „unmittelbaren deutschen Machtbereich" und sichert eine „lebenswichtige Verkehrsader des Reiches".

Ein Gutachten der „Reichsstelle für Raumordnung"[25] versah diese Pläne mit dem fragwürdigen Prädikat der geopolitischen Zwangsläufigkeit. Es folgerte aus einem historischen Exkurs und „den neuen Vorgängen mit Notwendigkeit, daß die Ordnung der Verkehrsräume zwischen Donau, Adria, Ägäis und Schwarzem Meer ein einfach unabweisbares Gebot jeder großdeutschen" Politik sei, aus „raumpolitischen Gesetzen" heraus, die doch wohl zutreffender mit den grenzenlos manipulierbaren „Bedürfnissen des Großdeutschen Reiches" gleichzusetzen waren.

Die Verwandtschaft zwischen diesem skizzierten Reichsprotektorat von Bor bis zur großdeutschen Festung Belgrad und den gleichwie rechtlich fundierten deutschen Herrschaftsgebilden im Sinne eines autonomen „Prinz Eugen-Gaus" oder Donaustaats läßt sich nicht übersehen. Man wird es daher nicht ausschließen dürfen, daß diese vielleicht nicht erst seit den Wiener Verhandlungen erwogenen Entwürfe höchster Reichsstellen, wenn auch nur in Bruchstücken, politischen Kreisen der deutschen Volksgruppen in Ungarn, Rumänien und in den Teilgebieten des zerstückelten Jugoslawiens bekanntgeworden sind.

Noch am Ende des Jahres 1942[26] spielten diese Erinnerungen an die Militärgrenze und an die Absichten des Prinzen Eugen eine gewisse Rolle als wesentlich taktisch bedingte Argumente des Auswärtigen Amtes gegen die Umsiedlungspläne Himmlers mit Bezug auf das Kroatiendeutschtum[27]. Aber ebenso wie die Denk-

[23] Bor war das bedeutendste Kupferbergwerk das Balkans und galt als das drittgrößte der Welt.

[24] Hitlers Sonderbeauftragter Südost, H. Neubacher, hat 1941 einmal die Ausgrenzung eines „Eisernen Tor-Gebiets" mit einem Riesenkraftwerk ins Auge gefaßt, um die Stromversorgung der Donaustaaten zu sichern (Mitteilung an A. Hillgruber, 12. 10. 1953, Hillgruber a. a. O., S. 126). Dieses Gebiet hätte dann später „Kondominium aller interessierten Staaten"[!] werden können; der Vorschlag wurde 1942 endgültig fallen gelassen, Hillgruber a. a. O., S. 512, Anm. 101; in seinen Erinnerungen, s. o. Anm. 1, äußert sich Neubacher nicht dazu.

[25] Anlage 2; ein ziemlich umfangreicher Teil der Registratur der „Reichsstelle für Raumordnung" wird z. Zt. im Berliner Hauptarchiv verzeichnet. Aus diesen Unterlagen lassen sich vielleicht noch weitere Aufschlüsse gewinnen, wie auch aus den Akten der Deutschen Südosteuropa-Gesellschaft, von denen in den USA Mikrofilme angefertigt worden sind (nach freundlicher Auskunft von Prof. F. T. Epstein). Die Zeitschrift „Raumforschung und Raumplanung" (Berlin 1936ff.) enthält nichts über Jugoslawien.

[26] S. Anlage 3.

[27] Vgl. Dokumentation der Vertreibung, Bd. V, S. 79Ef.; sogar noch im Frühjahr 1944

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schrift vom Juli 1941 in der Folgezeit nicht dazu geführt hat, die wirtschaftliche Ausbeutung Serbiens und den Schutz der Donauufer in Form einer großdeutschen Balkankolonie zu institutionalisieren, so wenig folgten nun reale Maßnahmen solchen Erwägungen oder dem wiederholten Drängen des rumäniendeutschen Volksgruppenführers, Andreas Schmidt, Siebenbürgen „unmittelbar oder mittelbar" zum „Reichsgebiet" zu machen[28]. Bis zum September/Oktober 1944, als die Rote Armee Rumänien eroberte und die Truppen von General Tolbuchins „3. ukrainischer Front" mit Unterstützung der Partisanenbrigaden Belgrad und die Woiwodina besetzten, blieb das in Frage kommende Gebiet im Hoheitsbereich der Budapester und Bukarester Regierung und des serbischen Satellitenstaats oder unter der Verfügungsgewalt der deutschen Militärverwaltung.

So sind diese Pläne einer deutschen Herrschaftsbildung in der Donauebene unausgegorene und unerfüllte Wünsche geblieben, ohne eine Verbindlichkeit zu erreichen, die sie zur Grundlage einer Aktion des Reiches gemacht hätte[29]. Andererseits befand sich gerade diese Denkschrift nicht mehr im Rohzustand des ersten Konzepts, da sich Himmler, das Auswärtige Amt und das Reichsinnenministerium bereits auf ihre Forderungen geeinigt hatten. Wenn daher auch dieser am weitesten ausgereifte Plan nicht über den Charakter des Entwurfs hinausgediehen ist, so wird er doch als paradigmatisch für die offenbare Maßlosigkeit und Unbedenklichkeit der Ansätze zu einer nationalsozialistischen „Raumordnung" auch in Südosteuropa gelten dürfen.

---

glorifizierte der anonyme Verfasser eines Memorandums, das als Beilage einem Bericht des Sonderbeauftragten Südost beigefügt wurde (P.A., Akten betreffend Jugoslawien, Bd. 404), die neue „deutsche Militärgrenze" im PK-Stil: „So stehen an einem Abschnitt der ehemaligen Militärgrenze die Soldaten einer bodenständigen SS-Freiwilligen-Division [7. SS-Freiwilligen-Division ‚Prinz-Eugen']. Es sind deutsche Bauern, die zum Schutze ihrer Heimat und ihrer Sippe unter Waffen stehen . . . Deutsches Volkstum tritt somit seine alte Sendung wieder an."

[28] Schmidt an SS-Gruppenführer Berger (Chef des SS-Führungsamtes, Schmidts Schwiegervater), 28. 8. 1944, vgl. Bergers Schreiben an Himmler v. 2. 10. 1942, Himmler Files, Roll II, Folder 8; Dokumentation der Vertreibung, Bd. III, S. 37E, Anm. 128. – Macartney (Bd. 2, S. 224, vgl. S. 39) behauptet, daß Ende 1943/Anfang 1944 „wahrscheinlich" die Pläne eines „Prinz-Eugen-Gaus" wieder aufgelebt seien. Auch in den Erinnerungen des ungarischen „Reichsverwesers" Nikolaus v. Horthy (Ein Leben für Ungarn, Bonn 1953, S. 258) findet sich ein Hinweis auf einen Teilungsplan des VDU vom Dezember 1943. Danach sollte Ungarn nach ethnischen Gesichtspunkten zerteilt und der dann entstehende ungarndeutsche „Föderalstaat als nationalsozialistischer Bundesstaat" dem Reich eingegliedert werden. – Die deutsche Kriegsliteratur über den Südosten enthält keine Anspielungen auf die hier erwähnten Pläne, vgl. Dokumentation der Vertreibung, Bd. II, S. 21Eff.; Bd. III, S. 33Eff., u. Bd. V, S. 38Eff., wo diese Literatur angeführt ist.

[29] Es scheint, daß Hitler sich nicht persönlich gegen diese Pläne ausgesprochen und damit ihre Realisierung verhindert hat. Wahrscheinlich haben allgemeine Rücksichten auf den madjarischen Bundesgenossen, dem Hitler ja auch im Frühjahr 1941 das jugoslawische Banat versprochen hatte, die Reichsleitung abgehalten, dieses Vorhaben – oder auch nur Teile davon – auszuführen.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anlagen

I.

Aus der Denkschrift „über die Lage und das zukünftige Schicksal des Deutschtums im ehemaligen jugoslawischen Staatsgebiet". Original, 23 durchpaginierte, maschinengeschriebene Seiten; ausgefertigt im Reichsministerium des Inneren, übersandt von Staatssekretär Dr. Stuckart mit Begleitschreiben vom 15. Juli 1941 an Botschafter Ritter, Auswärtiges Amt. Auszüge. – Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Inland II g, Bd. 253.

[I. Gebiet und Umfang der deutschen Siedlungen im ehemaligen jugoslawischen Staatsgebiet: A. Kroatien; B. Ungarn]

S. 4 C. Belgrad:

Eng zusammen mit dem unter B b) [Ungarn, Südbaranja und Batschka] geschilderten Gebiet hängt auch das deutsche Siedlungsland im Raum um Belgrad. In diesem strategisch und wirtschaftlich ungeheuer wichtigen Raum, der aus dem Mündungsgebiet von Drau, Save, Theiß und Morawa in die Donau gebildet wird, ist Belgrad der beherrschende Punkt. Hier trifft die von Wien kommende große Verkehrslinie mit den beiden Linien aus dem Süden und Ost, nämlich vom Ägäischen und Schwarzen Meer her, zusammen. Die Geschichte dieses Raumes und dieser Stadt lehrt, daß ihr Besitz von ausschlaggebender Wichtigkeit für das Deutsche Reich ist. In deutscher Hand bedeutet Belgrad die Sicherung des Reiches vor Einfällen der asiatischen und slawischen Völker. In der Hand dieser Völker bildete Belgrad stets eine gefährliche Bedrohung des Reichs. Der weitschauende Blick des Feldherrn und Staatsmannes Prinz Eugen hatte diese Zusammenhänge klar erkannt, und er beabsichtigte daher, Belgrad zu einer habsburgischen Reichsfestung auszubauen, es nicht nur mit einer bedeutenden Garnison zu belegen, sondern darüber hinaus im Zuge der Sicherung der Militärgrenze die Stadt selbst, ihre Vorstädte und ihre weitere Umgebung mit Deutschen zu besiedeln. Nach seinem Tode wurde sein Plan von unfähigen Nachfolgern nicht weiter durchgeführt.

[D. Das jugoslawische Banat]

S. 6 E. Italien:

... Die Neuordnung des Südostraums muß als Teilproblem der gesamten deutschen Ostpolitik und damit der Ordnung des gesamten Ostraumes gesehen werden. Die Neuordnung des Ostraumes setzt die Abschirmung durch eine entsprechende Ordnung im Südostraum voraus. Der Südostraum stellt im letzten Grunde nichts anderes dar, als den Raum des Donaustromes und seiner Nebenflüsse und Nebenlandschaften. Die Bedeutung des Donauraumes für Großdeutschland als Wirtschaftsraum und Verkehrslinie ist in den beige-
S. 7 fügten / Ausarbeitungen der Reichsstelle für Raumordnung dargelegt (Anlage 3 und 4). Wie in der Vergangenheit die Donaulandschaft und insbesondere das Wiener Becken durch die Geschichte hindurch immer wieder die Einbruchspforte der Asiaten und Slawen in den germanisch besiedelten mitteleuropäischen Raum war, so muß in Zukunft der von Deutschland beherrschte Donauraum die Sicherung der rechten Flanke des Deutschen Reichs im mitteleuropäischen Raum, insbesondere des deutschen Lebensraums im Osten sein, dessen linke Flankensicherung die skandinavische Halbinsel und Finnland ist.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beherrschend für den Donauraum ist das Gebiet um den Zusammenfluß der wesentlichsten Nebenströme der Donau, nämlich der Theiß, der Save, der Drau und der Morava. In diesem Raum liegt als zentraler Punkt Belgrad, von dem aus immer wieder im Laufe der Geschichte der Angriff der Asiaten und Slawen gegen das Reich und sein Volk vorgetragen worden ist. So war es bereits der Wille des genialen Feldherrn und großen Staatsmannes Prinz Eugen, den Schutz des Donauüberganges einer deutschen Festung anzuvertrauen. In Belgrad sollte eine deutsche Vorstadt angelegt werden, die allmählich sich zum Kernstück der ganzen Festung entwickeln sollte. Die Besiedlung begann, aber der unglückliche Türkenkrieg von 1736/38 endete mit der Rückgabe Belgrads an die Türken und zerstörte so ein großangelegtes Werk. Um hier ein für alle Mal die Vorherrschaft des Reiches im Donauraum zu gewährleisten und damit zugleich jene Gefahr für Volk und Reich zu bannen, sollte Belgrad nunmehr mit seinem Vorgelände als deutsche Reichsfestung und deutsche Garnison fest in die Hand des Reiches kommen, weil nur der das Eiserne Tor und das Tor bei Wien, dessen Schlüssel der Bakony Wald ist, beherrscht, der Belgrad fest in der Hand hält. Damit wäre die deutsche politische, militärische und verkehrsmäßige Stellung an der Donau und gegenüber Serbien, Kroatien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien gesichert. Der Gedanke einer Reichsfestung Belgrad läßt sich um so leichter verwirklichen, als das Hinterland Belgrads aus Gemeinden besteht, in denen die Deutschen die absolute oder relative Mehrheit haben und das ganze Hinterland allein durch deutsche Kulturleistung geprägt worden ist. Die dort siedelnden Deutschen könnten ihre Wehrpflicht
S. 8 in der deutschen Garnison Belgrad erfüllen und damit die allzeit einsatzbereite Stammannschaft der Reichsfestung bilden.

[Die Denkschrift beschäftigt sich sodann eingehend mit der Lage der Volksdeutschen (vgl. Dokumentation der Vertreibung, Bd. V, S. 11) u. behandelt anschließend unter

II. Die gegenwärtige Lage der Volksdeutschen und die zukünftige Erhaltung, Sicherung und Stärkung ihrer Stellung: A. Kroatien; B. Ungarn; C. Banat.]

S. 20 D. Belgrad:

. . . Es bedarf aber darüber hinaus noch einer besonderen Entscheidung, ob der außerordentlich wichtige Raum um Belgrad mit dem Mündungsgebiet von Save und Morawa in eine räumliche Beziehung zu dem als deutsches Schutzgebiet auszubauenden Timokgebiet mit Bor gebracht werden soll. Angesichts der bereits oben erörterten außerordentlichen geopolitischen und strategischen Bedeutung Belgrads braucht nicht mehr besonders hervorgehoben zu werden, welch eine Verstärkung das Timokgebiet bei einer Erweiterung in westlicher
S. 21 Richtung bis Belgrad hin erhalten würde. Das Timokgebiet mit seinen reichen Kupfer- und Steinkohlenvorkommen ist ohne eine Verbindung mit Belgrad völlig auf sich selbst gestellt und vom Reich durch Serbien, Ungarn und Kroatien getrennt. Seine Erweiterung bis Belgrad würde bewirken, daß zwischen ihm und dem Reich die beste Verbindung lediglich durch das befreundete Kroatien verläuft. Seine militärische Sicherung würde in diesem Falle wesentlich leichter durchzuführen sein. Die Verbindung wäre zusätzlich durch Anlage einer Autobahn zu verbessern. Gleichzeitig würde erreicht werden, daß [sich] der gesamte Mittellauf der Donau einschl. seiner verwundbarsten Stelle, des Eisernen Tores, im unmittelbaren deutschen Machtbereich läge. Damit erst wäre diese gerade auch im Zusammenhang mit einer weitschauenden deutschen Ostpolitik lebenswichtige Verkehrsader des Reichs gesichert. Die Errichtung einer Reichsfestung Belgrad, die aus der Stadt Belgrad und ihrem Vor-

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gelände bestehen müßte, ist und bleibt die grundlegende Vorbedingung hierfür. Überdies würde man dadurch, daß die Serben von der Donau und damit von Belgrad abgedrängt werden, ihre politische Bedeutungslosigkeit fördern und verhindern, daß, wie so oft in der Geschichte, von Belgrad aus neue Verschwörungen gegen die Ordnung auf dem Balkan und die Sicherheit des Reiches und damit ganz Europas angezettelt werden.

Vorläufig kann in dieser Richtung ein ausgearbeiteter Grenzvorschlag noch nicht unterbreitet werden, da auch die Grenzen des Timokgebiets noch nicht endgültig festgelegt sind. Es bedarf nur der Erwähnung, daß es nicht erwünscht ist, mehr als das für eine sichere Verbindung des Timokgebietes einschl. des Eisernen Tores mit dem Reich unbedingt notwendige Gebiet in unmittelbare Reichsverwaltung zu nehmen. Es käme demnach lediglich ein Streifen (südlich Belgrad) längs der Donau in Betracht.

[E. Italien; als Abschluß dieser Überlegungen folgt

S. 23 III. Zusammenfassung]

Der vorstehende Überblick über die Lage des Deutschtums im Südosten und die sich hieraus ergebenden Forderungen beweisen die Notwendigkeit eines schnellen Handelns. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist hierfür besonders günstig. Sind erst die Verhältnisse im Donauraum wieder konsolidiert, so ist es schwer, wenn nicht unmöglich, auch nur das Notwendigste durchzusetzen.

II.

Aus dem Gutachten der „Reichsstelle für Raumordnung" vom 24. April 1941. Anlage 4 zur „Denkschrift": „Der Donauraum als Verkehrslinie". Original, 6 durchpaginierte, maschinengeschriebene Seiten. Auszüge. – Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Inland II g, Bd. 253.

S. 2 Nun befindet sich im Großdeutschen Reich die Donau in ihrem Ober- und Mittellauf bereits in einer Hand bis zur ungarischen Grenze. Kommt jetzt, wie es im Gefolge der politisch-militärischen Entwicklung doch wohl unausbleiblich ist, auch der Unterlauf der Donau in den Raum deutschbestimmter, von Großdeutschland ausgerichteter staatlicher Wirtschafts- und Verkehrspolitik, so ergibt sich eine vollkommen neue Lage. Die Donau tritt heraus aus ihrer Vernachlässigung und kann zur deutschbestimmten Hauptverkehrsader des deutschen und des europäischen Südostens werden.

S. 5 Die Aufgabe, die also in diesen Gebieten erwachsen ist, ist keineswegs eine nur politisch-militärische, nicht nur eine Eingliederung der dortigen Völker
S. 6 und Stämme in neue Grenzen, sondern auch in / höchstem Grade eine in die Zukunft weisende Schaffung einer neuen Lebensgrundlage für die Völker nach Maßgabe der Bedürfnisse des Großdeutschen Reiches.

Das eine steht jedenfalls fest, daß schon stets das Donau-Adria-Problem eine Haupt- und Kernfrage großdeutscher Politik gewesen ist, und dies nicht aus Herrscherlaune, sondern aus den raumpolitischen Gesetzen heraus. [Nach einigen histor. Bemerkungen folgert das Gutachten:]

Muß man nicht aus all diesen alten und neuen Vorgängen mit Notwendigkeit schließen, daß die Ordnung der Verkehrsräume zwischen Donau, Adria, Ägäis und Schwarzem Meer ein einfach unabweisbares Gebot jeder großdeutschen, den inneren Donauraum und damit auch seine äußeren Verkehrsbedürfnisse umfassenden Politik ist?

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III.

Vortragskonzept der Abteilung Deutschland im Auswärtigen Amt für den Reichsaußenminister vom 5. November 1942.

Original, maschinengeschrieben.
Auszug. – Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Inland II g, Bd. 255.

[Das Konzept enthält eine ablehnende Stellungnahme der Abteilung zu Plänen einer Umsiedlung der Volksdeutschen aus Kroatien. Die Verkehrswege Agram-Belgrad-Eisernes Tor-Donaumündung, bzw. Morawa, Vardartal-Saloniki (-Suezkanal) werden darin als für Deutschland „lebenswichtig" bezeichnet; weiter heißt es dann:]

Abteilung Deutschland glaubt außerdem nicht, daß unser Desinteresse an Kroatien Italien gegenüber soweit gehen kann, daß uns die dauernde Sicherung des obenbezeichneten Großweges gleichgültig sein könnte. Im Gegenteil, die Bedeutung der ehemaligen „Österreichischen Militärgrenze", die seinerzeit die Aufgabe zu erfüllen hatte, kann in der Reichspolitik nicht übersehen werden. Nach der Wiederbildung des Großdeutschen Reiches gewinnen die historischen politischen Maßnahmen des Reichsmarschalls Prinz Eugen im Hinblick auf die Einordnung des Südosteuropäischen Raumes in den Mitteleuropäischen Großraum an Aktualität.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

DER BEGINN DER „GLEICHSCHALTUNG" IN PREUSSEN

Adenauers Haltung in der Sitzung des „Dreimännerkollegiums" am 6. Februar 1933

Die Geschichte der Weimarer Republik war vom Dualismus Reich-Preußen überschattet, der zeitweise in erheblichem Ausmaß das Reich-Länder-Verhältnis belastete. Mit der am 20. Juli 1932 von Reichskanzler Franz v. Papen ausgelösten Reichsexekutive gegen Preußen[1] erfuhr die politische Situation im Zentrum der deutschen Politik vorübergehend eine bedrohliche Zuspitzung. Sie nahm dann nicht nur im administrativen Bereich geradezu groteske Züge an. Die Exekutive in Preußen lag allein in der Hand von Reichskommissaren, während das abschätzig als „Hoheitsregierung" bezeichnete Kabinett Otto Braun ein politisches Schattendasein führte. Dieser „unerträgliche Zustand"[2] schuf wachsende Unsicherheit im Lande und beschleunigte den Autoritätsschwund bei den demokratischen ebenso wie bei den traditionsgemäß am Obrigkeitsstaat ausgerichteten Kräften. Der Preußische Landtag wandelte sich zu einem Tummelplatz für rechts- und linksradikale Agitatoren. Das fern vom Schauplatz der Ereignisse erst am 25. Oktober 1932 in Leipzig gesprochene Urteil des Staatsgerichtshofs wurde von den streitenden Parteien jeweils zu ihren Gunsten interpretiert Die inzwischen geschaffenen Machtverhältnisse blieben davon unberührt. Bereits am 22. September hatte der Präsident des Preußischen Staatsrates, Adenauer, richtig erkannt[2a], daß jede Entscheidung des Staatsgerichtshofs „bedauerliche Folgen" nach sich ziehen werde: „Sie wird bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung entweder der Autorität des Herrn Reichspräsidenten oder der Autorität des Staatsgerichtshofes oder beiden Autoritäten schaden."

Angesichts der bestehenden Mandatsverhältnisse in dem am 24. April 1932 gewählten Preußischen Landtag (NSDAP: 162 Abg.; SPD 94; Zentrum 67; KPD 57; DNVP 31; DVP 7; Staatspartei 2) kam weiterhin die für die Neuwahl eines Ministerpräsidenten erforderliche absolute Mehrheit[3] nicht zustande. Entsprechende

[1] Vgl. zuletzt Rudolf Morsey, Zur Geschichte des „Preußenschlags" vom 20. Juli 1932, in dieser Zeitschr. 9, 1961, S. 430ff.

[2] So der Zentrumsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende im Preußischen Landtag, Prof. Lauscher, am 4. Februar 1933; vgl. Sitzungsberichte des Preußischen Landtags Bd. 763, Sp. 2518. Nach Erich Matthias hat Braun seine Stellung nach dem 20. Juli als „entwürdigendes Schattendasein" empfunden; Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey. Düsseldorf 1960, S. 130. Vgl. ferner die positive Würdigung Brauns durch Erich Matthias in dieser Zeitschrift 8, 1960, S. 75ff., der – wenngleich nuancierter als z. B. Werner Blumenberg (Otto Braun, in: Kämpfer für die Freiheit. Berlin-Hannover 1959, S. 125, 132) – m. E. einen zu scharfen Trennungsstrich zwischen Otto Braun in der Zeit vor und während der Staatskrise zieht.

[2a] Schreiben an Reichskanzler v. Papen; Bundesarchiv Koblenz R 43 I/2281.

[3] Die Koalitionsmehrheit des Landtags hatte am 12. April 1932 eine Änderung des § 20 der Geschäftsordnung des Preußischen Landtags durchgesetzt, wonach in Zukunft der Minister-

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 verliefen ergebnislos[4]. Die geschäftsführende Regierung Braun (SPD, Zentrum, Staatspartei) konnte sich, ebenso wie andere Landesregierungen, nur auf eine Minderheit im Landtag stützen. Der Regierungschef, ohnehin Krisensituationen nicht gewachsen, hatte längst vor dem von ihm und seiner Regierung als „Staatsstreich" empfundenen Vorgehen Papens resigniert. Er verbrachte, wenige Kilometer von der Wilhelmstraße entfernt, in seinem Zehlendorfer Haus einen Dauerurlaub und ließ Innenminister Severing in der Berliner Schußlinie. Von Brauns „entgegenkommendem Angebot" an Papen – das der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Staatsminister Hirtsiefer, am 24. November den davon überraschten Abgeordneten des Preußischen Landtags mitteilte –, „seine leerstehende Dienstwohnung als Amtsräume zu benutzen"[5], hatte die Reichsregierung verständlicherweise keinen Gebrauch gemacht. Hirtsiefer gab in diesem Zusammenhang sogar zu, daß die Preußische Staatsregierung „um des Friedens willen" der Reichsregierung „auf das weiteste entgegengekommen" sei und sich „darauf beschränkt" (!) habe, die Entscheidung des Staatsgerichtshofs anzurufen. Permanente Protestschreiben der preußischen Minister, die nach dem pointierten Urteil ihrer politischen Gegner am 20. Juli „vor einem Leutnant und zwei Mann die Flucht ergriffen" hatten[6], verschwanden nach prompter Eingangsbestätigung in

---

präsident mit absoluter Mehrheit gewählt werden mußte. Die Landtagsfraktion der NSDAP hatte im Sommer 1932 mehrfach vergeblich versucht, diese Bestimmung der Geschäftsordnung durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten wieder abzuändern, obwohl – wie sich der SPD-Abg. Jürgensen am 21. September im Landtagsplenum ausdrückte – die Verfassungswidrigkeit dieser NS-Forderung „keinem Zweifel" unterliegen könne. Vgl. Sitzungsberichte Sp. 1475. Dazu vgl. ein Schreiben des Präsidenten des Preußischen Landtags, Kerrl, vom 18. Juli 1932 an Reichskanzler v. Papen; Bundesarchiv Koblenz R 43 I/2280.

[4] Dazu vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 315ff. Am Schluß dieser Verhandlungen stand die allzu optimistische Behauptung des NSDAP-Abgeordneten Brückner am 23. September 1932 im Preußischen Landtag, die braun-schwarze Koalition „könnten wir jederzeit eingehen", und seine Folgerungen: „Denn wir hätten es ja nicht nötig, wie die Deutschnationalen im Anhängerwagen des Zentrums sitzen und so fahren zu müssen, wie der Zentrums-Motorwagen es will. Bei einer braun-schwarzen Koalition würde braun die Führung haben und die Wegrichtung angeben.

(Sehr richtig! bei der Nat.-Soz.D.A.-P.)

Und wenn das Zentrum, das sich am 9. November 1918 geändert hatte, nach dreizehnjähriger Erfahrung mit den Marxisten wieder auf seine alten Grundlagen zurückfindet, dann stehen wir auf dem christlichen Standpunkt: Man soll sich über jeden Sünder freuen, der Buße tut!

(Stürmische Heiterkeit bei der Nat.-Soz.D.A.-P.)

Ich verstehe wohl, daß es im Zentrum gegen diese Lösung Widerstand geben mag, gerade nachdem das Zentrum seine Schlüsselstellung in der deutschen Innenpolitik verloren hat." Vgl. Sitzungsberichte Sp. 1733.

[5] Vgl. Sitzungsberichte Sp. 1830, 1834.f.

[6] So formulierte es der Abg. Wecker-Köln (KPD) am 19. Januar 1933 im Preußischen Landtag. Dabei polemisierte er gegen eine Behauptung des sozialdemokratischen Abg. Prof. Nölting, der die preußischen Staatsminister als „Patrouillengänger" bezeichnet hatte, und verstieg sich zu dem Satz: „Das waren keine Patrouillengänger, sondern das waren Scheißkerle" – was ihm lediglich einen matten Ordnungsruf einbrachte. Vgl. Sitzungsberichte Sp. 2445. Nach

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Akten des Büros des Reichspräsidenten, der Reichskanzlei oder einzelner Reichsministerien[7].

Für die Nationalsozialisten erwies sich der gespaltene und weithin beklagte Zustand in Preußen nach dem 30. Januar 1933 als wahrer Glücksfall. Eine Überwindung dieses gespaltenen Zustands konnte schwerlich auf Widerstand stoßen. Zu den ersten Maßnahmen des von der NSDAP propagierten „Erwachens" Deutschlands und seiner nationalsozialistischen „Erneuerung" gehörte deswegen der Griff nach Preußen und seiner Machtbasis. Gleichsam unmittelbar vor der eigenen Haustür befand sich jene entscheidende „weiche Stelle", an der man mit der legal verbrämten „Gleichschaltung" der Länder beginnen konnte. Zudem ließ sich dieses Vorgehen überaus wirkungsvoll mit politischen (Einheitlichkeit der Staatsführung) und bürokratischen Argumenten (Sparsamkeit der Verwaltung), ja sogar mit demokratischen Vorwänden (Bildung einer Mehrheitsregierung) abstützen[8]. Es kam den neuen Machthabern zustatten, daß sie in die führenden Stellen der preußischen Verwaltung und Polizei ihre Anhänger hatten einschleusen können. Infolge des von Papen nach dem 20. Juli 1932 vorgenommenen Wechsels von politischen Beamten wies die preußische Personalpolitik einen Rechtsdrall auf[9], von dem die NSDAP zwangsläufig profitieren mußte[10]. Deren Exponenten übersahen bei ihrem weiteren Vor-

---

Auffassung von Siegfried A. Kaehler (am 30. Oktober 1946 an Meinecke) ist die SPD „als eigentlich berufene Schützerin der Reichsverfassung und als Beherrscherin Preußen" 1932 – ebenso wie im Januar 1933 – nicht „auf die Barrikaden, sondern ‚in Pension' gegangen." Friedrich Meinecke, Ausgewählter Briefwechsel, hrsg. von Ludwig Dehio und Peter Classen, Stuttgart 1962, S. 506.

[7] Der kommunistische Abg. Kasper ironisierte diesen Sachverhalt am 25. November 1932 im Preußischen Landtag mit folgenden Sätzen: „Die Preußische Regierung Braun–Severing–Hirtsiefer, die, wie ich schon sagte, durch das Urteil des Staatsgerichtshofs einige winzige Befugnisse zu einem weiteren Schattendasein bekommen hat, führt seit Wochen einen heftigen Krieg mit Briefen um Arbeitszimmer, um Klosetts, um Bleistifte und Füllfederhalter. Sie schickt Deputationen zum Reichspräsidenten, schreibt Briefe aller möglichen Art, und in dieser Form erschöpft sich der Kampf der Sozialdemokraten gegen den Faschismus und gegen die faschistische Kommissariatsdiktatur." Vgl. Sitzungsberichte Sp. 1860. – An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß sich aus den Verhandlungen des Preußischen Landtags in der Zeit bis zum 4. Februar 1933 zahlreiche bisher nicht beachtete Details zur Vorgeschichte und zu den Auswirkungen der Reichsexekutive vom 20. Juli 1932 ergeben.

[8] Der Schlußsatz, mit dem der Fraktionsführer der NSDAP, Kube, am 4. Februar den Auflösungsantrag seiner Fraktion (vgl. Anm. 12) begründete, lautete: „Wir fordern aus Gründen der politischen *Sauberkeit und der nationalen Ehre* die Auflösung des Preußischen Landtags, *damit auch das preußische Volk sich zu Adolf Hitler bekennen kann.*" Vgl. Sitzungsberichte Sp. 2500.

[9] Der sozialdemokratische Abg. Möller (Halle) erklärte am 24. November 1932 im Preußischen Landtag: „Unter dem Jubel und unter der lebhaften Zustimmung sowohl der deutschnationalen wie auch der nationalsozialistischen Presse begann mit dem 20. Juli eine große Jagd auf die Republikaner in der preußischen Verwaltung." Vgl. Sitzungsberichte Sp. 1857.

[10] Die Tendenz und die „personalpolitischen Begleitumstände" der Papenschen „Reformmaßnahmen" hatten für die preußische Zentrumspartei, wie es deren Fraktionsvorsitzender Prof. Lauscher am 25. November 1932 im Landtag ausführte, eine „begründete Beunruhigung des katholischen Volksteils" hervorgerufen, gegen die die Fraktion – vergeblich – „Rechtsverwahrung" einlegte. Vgl. Sitzungsberichte Sp. 1886.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gehen zudem nicht die Tatsache, daß der „Preußenschlag" vom Juli 1932 über Erwarten reibungslos verlaufen war.

Mit seiner Ernennung zum Beauftragten des Reichskommissars von Papen für das preußische Innenministerium bekam Göring jene machtpolitische Schlüsselstellung in die Hand, die es ihm im Verein mit den übrigen „Beauftragten"[11] (Popitz, Finanzministerium; Rust, Kultusministerium; Hölscher bzw. ab 23. März Kerrl, Justizministerium; Hugenberg, Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium) seit dem 3. Februar rasch ermöglichte, sich auch die letzten Rechte und Befugnisse der preußischen „Hoheitsregierung" anzueignen. Um jedoch in dieser ersten Phase der „Machtergreifung" ein brutales Vorgehen zu vermeiden, wurde Papen vorgeschoben. Dessen Reputation war ohnehin – nicht zuletzt auch im Blick auf den Reichspräsidenten und die süddeutschen Länder – für die Aktion in Preußen, für die er selbst die Weichen gestellt hatte, unentbehrlich. Der nunmehrige Vizekanzler und Reichskommissar, der Hitlers Ziele zu diesem Zeitpunkt schwerlich durchschaute und zweifellos glaubte, in Fortsetzung seiner Politik vom Sommer 1932 zu handeln, ließ sich nicht lange drängeln und erklärte als erste Maßnahme am 4. Februar die kommunalen Parlamente in Preußen für aufgelöst. Die anschliessenden Aktionen für eine gleichsam legale „Gleichschaltung" verliefen jedoch insofern nicht planmäßig, als der Preußische Landtag am Nachmittag des gleichen Tages einen von den Deutschnationalen und der DVP unterstützten Auflösungsantrag der NSDAP-Fraktion mit 214 : 196 Stimmen ablehnte[12]. Unmittelbar darauf traf das sog. „Dreimännerkollegium"[13] (Braun, Kerrl, Adenauer) mit Mehrheitsbeschluß dieselbe Entscheidung – gegen die Stimme von Kerrl[14]. Die neuen Machthaber mußten jetzt Farbe bekennen und einen anderen, offensichtlich bereits ins Auge gefaßten Weg einschlagen, um dennoch möglichst rasch zu ihrem Ziel zu gelangen[15].

---

[11] Gerhard Schulz spricht von der „Diktatur der Reichskommissare"; in: Karl Dietrich Bracher, Gerhard Schulz, Wolfgang Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln 1960, S. 429.

[12] Vgl. Sitzungsberichte Sp. 2543.

[13] Art. 14 Satz 1 der preußischen Verfassung vom 30. November 1920 lautete: „Die Auflösung des Landtags erfolgt durch eigenen Beschluß oder durch den Beschluß eines aus dem Ministerpräsidenten und den Präsidenten des Landtags und des Staatsrats bestehenden Ausschusses oder durch Volksentscheid."

[14] Dazu Otto Braun, Von Weimar zu Hitler. New York 1943, S. 441; Bracher, in: Die Machtergreifung, S. 56. Vgl. auch die unübertreffliche Interpretation bei Franz v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse. München 1952, S. 330: „Braun und Adenauer blockierten diese Entscheidung, obwohl es ihnen klar sein mußte, daß der zweigleisige Weg, die Hoheitsrechte auszuüben, mit dem Wohl des Staates unvereinbar sei." – Die Kommentatoren der preußischen Verfassung waren sich nicht darüber einig, ob der Beschluß des „Dreimännerkollegiums" einstimmig gefaßt werden mußte; vgl. Hans Peters, in: Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem Deutschen Reiche, Berlin 1926, 23. Aufl., S. 65.

[15] Vgl. Goebbels' – wenngleich nicht in diesem Zusammenhang entstandene – Eintragung vom 5. Februar (Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. München 1934, S. 258): „Aber jetzt ist keine Zeit zum Theoretisieren; nun gilt es, praktische Arbeit zu leisten."

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das geschah durch eine auf Vorschlag Papens am Vormittag des 6. Febr. zustande gekommene und von ihm persönlich bei Hindenburg in Empfang genommene Verordnung des Reichspräsidenten „zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen"[16]. Diese Verordnung Hindenburgs, der es abgelehnt hatte, Braun – der am gleichen Tage von Papen die Aufforderung erhielt, sich „fortan jeder Diensthandlung zu enthalten"[17] – noch einmal zu empfangen, verschaffte dem Reichskommissar v. Papen, der die Verordnung mit unterzeichnet hatte, nach außen hin den begehrten Rechtstitel, um anstelle von Braun den Platz des preußischen Ministerpräsidenten einnehmen zu können. Das auf solche Weise neu zusammengesetzte „Dreimännerkollegium" (Papen, Kerrl, Adenauer) sollte als einzige Amtshandlung die Auflösung des Preußischen Landtags beschließen, um eine von den Nationalsozialisten geforderte Neuwahl des Parlaments am 5. März – zusammen mit der bereits für diesen Termin festgesetzten Neuwahl des Reichstags – vornehmen zu können.

Papen (und Meißner) hatte es offensichtlich nicht die geringste Mühe bereitet, Hindenburgs Unterschrift für die allzu durchsichtige Aktion in Preußen zu bekommen. Um so mehr mußte den Nationalsozialisten jetzt daran liegen, nachträglich einen einstimmigen Beschluß des „Dreimännerkollegiums" für den von ihnen geplanten „Gewaltakt"[18] der Auflösung des Landtags herbeizuführen. Papen und Kerrl dürften sich allerdings kaum Illusionen darüber hingegeben haben, daß sie zu ihrem Vorgehen nicht die Zustimmung Adenauers erhalten würden, die der Präsident des Staatsrats noch zwei Tage zuvor kategorisch verweigert hatte. Dennoch unternahmen beide mit vereinten Kräften den Versuch, den Kölner Politiker „umzustimmen"[19]. Das geschah im Verlauf einer neu einberufenen Sitzung des „Dreimännerkollegiums" am Nachmittag des 6. Februar 1933.

Über diese Sitzung existiert ein Protokoll, das erst kürzlich aufgefunden werden

---

[16] Vgl. Papen a. a. O. Die auf Grund des Art. 48 Abs. 1 erlassene Verordnung hatte folgenden Wortlaut: „Durch das Verhalten des Landes Preußen gegenüber dem Urteil des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 ist eine Verwirrung im Staatsleben eingetreten, die das Staatswohl gefährdet. Ich übertrage deshalb bis auf weiteres dem Reichskommissar für das Land Preußen und seinen Beauftragten die Befugnisse, die nach dem erwähnten Urteil dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern zustehen. Mit der Durchführung dieser Verordnung beauftrage ich den Reichskommissar für das Land Preußen."

In der *Begründung* dieser Verordnung hieß es u. a., aus dem „Nebeneinander zweier Regierungen" in Preußen seien „so unerträgliche Verhältnisse entstanden, daß ihre Beseitigung zur Wiederherstellung der Staatsautorität unbedingt geboten ist". Die „gegenwärtige Lage Deutschlands" erfordere es gebieterisch, daß im Reich und im größten deutschen Lande eine „einheitliche politische Willensbildung" erreicht werde. „Auch die heute mehr denn je notwendige Sparsamkeit bei der Verwendung öffentlicher Mittel läßt die Aufrechterhaltung zweier Regierungen nicht mehr zu." Vgl. Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute (Bd. 4: 1933). Berlin 1935, S. 45; Fritz Poetzsch-Heffter, in: Jb. des öffentl. Rechts der Gegenwart 22, 1935, S. 160f.; Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 444.

[17] Vgl. Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 442f.

[18] So Bracher, in: Die Machtergreifung, S. 56.

[19] Vgl. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, S. 330.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konnte. Es vermittelt in seiner sachlich-trockenen und im großen und ganzen offensichtlich korrekten Wiedergabe[20] einen anschaulichen Überblick über die Kräftegruppierungen und die Zielsetzung unmittelbar nach der „Machtergreifung". Darüber hinaus vermittelt dieses Dokument eine Anschauung von den Methoden der „Gleichschaltung" der Länder in ihrem Anfangsstadium und über die politische und nicht minder taktische Argumentation zweier Seiten, deren Anschauungen sich bei aller äußeren Verbindlichkeit unversöhnlich gegenüberstanden. Das Protokoll wirft weiterhin neues Licht auf die Versuche, noch im Dezember 1932 einen NS-Ministerpräsidenten in Preußen zu wählen.

Dokument

6. Februar 1933: Aufzeichnung des [preußischen] Staatssekretärs Nobis über die Sitzung des „Dreimännerkollegiums"

Maschinenschrift, Durchschlag[21].

Berlin, den 6. Februar 1933

Aktennotiz.

Auf Veranlassung des Herrn Präsidenten des Preußischen Landtags versammelten sich heute nachmittag 4½ Uhr im Preußischen Staatsministerium, Wilhelmstr. 63, zu einer Besprechung über die Auflösung des Preußischen Landtags gemäß Artikel 14 der Preußischen Verfassung

die Herren Dr. Adenauer, Präsident des Preuß. Staatsrats,
Kerrl, Präsident des Preuß. Landtags[22],
von Papen, Vizekanzler und Reichskommissar für das Land Preußen.

Außerdem war der Staatssekretär des Preuß. Staatsministeriums Dr. Nobis[23] anwesend.

Herr von Papen gab einleitend eine Darstellung über die politische Lage, wie sie sich in Auswirkung des Urteils des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober v. J. gestaltet habe. Er legte dar, daß die Aufteilung der Regierungsgewalt zu Verhältnissen geführt habe, die das Staatswohl auf das schwerste zu gefährden drohten, insbesondere

[20] Am 7. Februar übersandte Papen „vereinbarungsgemäß" einen Durchschlag der „Aufzeichnung über die gestern stattgehabte Besprechung" mit der Bitte, ihn „von etwa gewünschten Änderungen verständigen zu wollen". Adenauer bestätigte am 9. Februar den Eingang und schrieb, „daß die Wiedergabe, die ja nicht erschöpfend sein sollte, den wesentlichen Gang der Verhandlungen richtig wiedergibt". Als einzige Korrektur wies er auf einen „Schreibfehler" hin: März statt April (vgl. Anm. 25).

[21] Fotokopie im Besitz des Bearbeiters. Auch der im Text bzw. in den Anmerkungen erwähnte Schriftwechsel Adenauers liegt mir in Fotokopie vor.

[22] Seit 25. Mai 1932.

[23] Am 5. Dezember 1932 hatte Adenauer an den Bonner Theologen Prof. Lauscher, den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags (seit Sommer 1932), geschrieben, er habe Nobis immer geschätzt; Adenauer hatte allerdings hinzugefügt: „Ich weiß nicht, welche Rolle er bei dem Verfassungskonflikt gespielt hat." Über Nobis, der als „Belohnung" für sein Verhalten am und nach dem 20. Juli 1932 im September zum Staatssekretär befördert worden war, vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. 2. Aufl. Stuttgart und Düsseldorf 1957, S. 582f., 586, 602, 605, 632.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

enthalte diese Aufteilung die Zumutung an die Beamtenschaft, zweien Regierungen dienen zu sollen, ein Zustand, der auf die Dauer für die Beamtenschaft unerträglich sei.

Herr Adenauer führte zunächst aus, daß wohl kein Zweifel bestehe, daß jedes Mitglied des sogenannten Dreimänner-Kollegiums das Recht habe, jederzeit dessen Zusammentreten zu verlangen. Er gehe wohl nicht fehl in der Auffassung, daß der Herr Reichskommissar von Papen auf Grund der heute ergangenen Verordnung des Herrn Reichspräsidenten das Recht des Ministerpräsidenten zur Teilnahme an diesem Kollegium ohne weiteres für sich in Anspruch nehme. Wenn man dem Landtag den Vorwurf mache, daß er bisher zu einer Wahl des Ministerpräsidenten noch nicht gelangt sei, obgleich der Staatsgerichtshof in der Begründung seiner Entscheidung vom 25. Oktober zu erkennen gegeben habe, daß dies nunmehr die Aufgabe des Landtags sei[24], so müsse er feststellen, daß der Staatsgerichtshof keinesfalls den Landtag zur Wahl eines Ministerpräsidenten aufgefordert habe, er habe vielmehr nur die Feststellung gemacht, daß es bei dem Preußischen Landtag stehe, zu versuchen, ob durch Bildung einer neuen Preußischen Landesregierung dem jetzigen Zustand ein Ende bereitet werden könne. Tatsächlich habe der Landtag niemals über die Wahl eines Ministerpräsidenten abgestimmt, es sei also mindestens theoretisch die Frage offen, ob ein solcher Versuch zu einem Erfolg geführt haben würde oder nicht. Er als Präsident des Staatsrats müsse besonders hervorheben, daß der Staatsrat sich stets als Hüter der Verfassung betrachtet habe. Er müsse von diesem Standpunkt aus die heute ergangene neue Verordnung des Reichspräsidenten insofern, als sie die plena potestas übertrage, verfassungsmäßig als sehr zweifelhaft ansehen. Das Fundament jedes Staates sei und bleibe das Recht. Er bekenne, daß er Sorge habe, auf der jetzt vorliegenden Basis den Landtag aufzulösen, zudem werde die Zusammensetzung des Landtags nach einer Neuwahl sich wesentlich nicht ändern. Die Wahl eines Ministerpräsidenten werde ohne Auflösung auch leichter und schneller zu erreichen sein als nach einer Auflösung. Er habe Grund, es als sicher zu betrachten, daß im Falle der Nichtauflösung spätestens Anfang April[25] mit einer die Homogenität zwischen Reich und Preußen sichernden Wahl eines Ministerpräsidenten zu rechnen wäre, und auch deshalb könne er nicht anerkennen, daß ein ausreichender Grund zur Auflösung vorliege.

Herr von Papen erwiderte darauf, daß der Landtag $^3/_4$ Jahr Zeit gehabt habe zur Wahl eines Ministerpräsidenten. Es sei kein Zweifel, daß auch er den normalen Weg einer Ministerpräsidentenwahl vorgezogen haben würde. Allein durch die Unfähigkeit, die der Landtag bewiesen habe, seine oberste Aufgabe zu erfüllen, dem Lande eine Regierung zu geben, sei die Situation entstanden, die schließlich zu den jetzigen Maßnahmen geführt habe. Auch er gehe keinesfalls leichtsinnig an diese Schritte heran, aber das Staatswohl habe keinen anderen Ausweg mehr gestattet.

Herr Adenauer führte aus, er müsse doch daran erinnern, daß ernsthafte Verhandlungen über die Wahl eines Ministerpräsidenten stattgefunden hätten[26]. Es sei die Wahl des Reichstagsabgeordneten Göring in Aussicht genommen gewesen, das Zentrum sei damit einverstanden gewesen, aber Herr Reichskanzler von Schleicher habe zunächst den Herren Präsidenten Kerrl und Göring erklärt, daß er mit dieser Wahl völlig einverstanden sei und darauf den Reichskommissar zurückziehen werde. Einige Stunden später habe aber Reichskanzler von Schleicher dem Führer der Zentrums-Fraktion Prälat Lauscher das gerade Gegenteil erklärt und gesagt, daß für den Fall

[24] Vgl. Schulthess, Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 188.

[25] Richtig: Anfang März. Diese Berichtigung war die einzige, die Adenauer in dem Protokoll vornahm; s. oben Anm. 20.

[26] Adenauer bezieht sich hier, wie aus dem Folgenden hervorgeht, auf die Verhandlungen im Dezember 1932.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieser Wahl mit einer Zurückziehung des Reichskommissars nicht gerechnet werden könne[27]. Es sei aber doch selbstverständlich gewesen, daß eine Wahl des Ministerpräsidenten überhaupt nur dann einen Sinn gehabt hätte, wenn damit gleichzeitig das Verschwinden des Reichskommissars erreicht worden wäre.

Herr von Papen erwiderte darauf, daß ihm diese Eröffnung vollkommen neu sei; im übrigen beweise die Unkenntnis von den Vorgängen während der Kanzlerschaft Schleichers nur, wie unbefangen er der ganzen Situation und den Aufgaben, die nun an ihn herangetreten seien, gegenüberstehe.

Herr Dr. Adenauer stellte fest, daß der Grund für die Verordnung von heute lediglich die Tatsache der Nichtwahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag und die durch die doppelte Regierung in Preußen entstandenen Verhältnisse sei. Den Anschauungen, daß die jetzigen Verhältnisse in Preußen unmöglich seien, stimme er restlos zu, aber er müsse feststellen, daß nach seiner Auffassung die Sachlage folgendermaßen liege:

Bleibe der Landtag, dann werde fast sicher Mitte März ein Ministerpräsident gewählt, und zwar ein solcher, der die Homogenität mit dem Reiche nicht störe, werde der Landtag aufgelöst, so werde das gleiche Ziel frühestens erst Mitte April erreicht werden.

Herr Kerrl führte aus, daß der Staatsgerichtshof durch seinen Appell an den Landtag festgestellt habe, daß er an sich die baldige Wahl eines Ministerpräsidenten durch den Landtag als eine Selbstverständlichkeit betrachte, wie der Staatsgerichtshof ja überhaupt davon ausgegangen sei, daß die von ihm getroffene Regelung nur als eine ganz vorübergehende bestehen könne. Als Präsident des Landtags habe er sich im Dezember aufs äußerste bemüht, eine Wahl herbeizuführen[28]. Herr Reichskanzler von Schleicher sei auch bei der Unterhaltung, die er mit ihm darüber gehabt habe,

[27] Auf einer Sitzung des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei am 7. Februar 1933 in Köln erklärte der Abg. Lauscher, die Verhandlungen des Zentrums mit den Nationalsozialisten in Preußen nach dem 6. November 1932 (Termin der Reichstagswahl) hätten bis zu einem Punkte geführt, an dem es möglich gewesen wäre, eine Regierung „auf paritätischer Grundlage" zu bilden. Diese Regierungsbildung hätte das Reichskommissariat in Preußen überflüssig machen sollen. Bei einer Besprechung Lauschers mit „einer der Reichsspitzen" habe sich jedoch ergeben, daß bei der damals vorgesehenen Zusammensetzung der Preußenregierung mit einem vom Zentrum zugestandenen nationalsozialistischen Ministerpräsidenten an eine Zurückziehung des Reichskommissars nicht zu denken gewesen sei. Vgl. „Kölnische Volkszeitung" Nr. 39 vom 8. Februar 1933. – In der Landtagsdebatte anläßlich des Auflösungsantrags der Nationalsozialisten im Preußischen Landtag am 4. Februar 1933 hatte der Zentrumsredner Prof. Lauscher den Nationalsozialisten „gern" bestätigt, „daß es nicht etwa Forderungen der Nationalsozialistischen Partei gewesen sind, die das Hemmnis für das Zustandekommen einer Verständigung dargestellt haben". Vgl. Sitzungsberichte Sp. 2518.

[28] Diese Behauptung ist bisher nicht aus anderen Quellen zu belegen, es sei denn aus den Worten des NSDAP-Fraktionsführers Kube, der zwei Tage zuvor im Preußischen Landtag erklärt hatte, daß die NS-Fraktion „von sich aus wiederholt den Versuch" unternommen habe, die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen. Diese Versuche seien aus Gründen, auf die er nicht eingehen wolle, „vor Weihnachten gescheitert". Vgl. Sitzungsberichte Sp. 2497f. Verschiedene Eintragungen von Goebbels lassen eher auf taktische Manöver der NSDAP-Führung schließen. Vgl. seine Niederschrift vom 7. Dezember 1932 (Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, S. 218): „Immer noch wird hier und da die Möglichkeit ventiliert, in Preußen in die Macht [!] zu gehen. Ich halte das für ganz falsch." Unter dem 12. Dezember heißt es (a.a.O. S. 224): „Wir gehen in Preußen nur heran, wenn wir zur gleichen Zeit ins Reichskabinett eintreten." Und schließlich am 15. Dezember (a.a.O. S. 225): „In der Preußenfrage ist wieder eine Stokkung eingetreten. Aber das ist gut so, denn besäßen wir Preußen, wir wüßten wahrscheinlich nicht, was wir damit anfangen sollten."

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit der Wahl des Herrn Göring einverstanden gewesen, um so überraschender sei es dann gewesen, daß er in der nachfolgenden Unterhaltung mit Herrn Lauscher diesem das Gegenteil gesagt habe. Daraufhin habe sich das Zentrum zurückgezogen, er selbst habe auf der Wahl bestanden, sich aber dann überzeugt, daß in diesem Landtag jeder weitere Versuch, mit dem Zentrum zu einer Einigung zu kommen, keine Aussicht auf Erfolg mehr gehabt hätte.

Herr Dr. Adenauer erwiderte darauf, das könne er nicht als richtig anerkennen. Nach seiner Kenntnis der Dinge sei das Zentrum durchaus bereit gewesen, sich von gewissen hemmenden Einflüssen aus dem Reichstagszentrum zu distanzieren[29].

Herr Kerrl führte aus, er müsse anerkennen, daß bei den Verhandlungen die Mitglieder des Zentrums, Herr Lauscher und Herr Grass[30], sich durchaus ehrlich bemüht hätten, zur Wahl eines Ministerpräsidenten im Einklang mit der Reichsregierung zu gelangen. Dasselbe Bemühen habe bei seiner Partei bestanden, aber nach der Erfahrung, die er mit der doppelten Haltung des Herrn von Schleicher gemacht habe, hätte seine Partei nicht mehr mitmachen können, denn die Homogenität mit der Reichsregierung, wie die Dinge sich nun mal gestaltet hätten, sei ein absolutes Erfordernis bei einer Ministerpräsidentenwahl gewesen; im übrigen sei eine zuverlässige Voraussicht des kommenden Wahlergebnisses nicht möglich, Überraschungen seien denkbar. Es sei also möglich, daß nach dem Ausfall der Reichstagswahlen sich dann doch eine Neuwahl in Preußen als Notwendigkeit ergeben hätte, um die Homogenität herzustellen, und dann würde für $^{3}/_{5}$ des Reichs die Unruhe noch einmal losgehen.

Herr Dr. Adenauer betonte, daß man sich keiner Täuschung darüber hingeben solle, daß die Auflösung des Landtags in weiten Kreisen als Verfassungsverletzung aufgefaßt werde. Von dem Standpunkt seiner Partei aus müsse er im übrigen erklären, daß dieses Vorgehen vielleicht sogar bei den Wahlen für sie günstig sein könnte.

Herr von Papen appellierte an Herrn Präsidenten Adenauer, er möge sich doch von allen derartigen Stimmungen und Rücksichten frei machen und zur Bereini-

[29] Die von Adenauer hier erwähnten „hemmenden Einflüsse" sind vorerst noch nicht in allen Einzelheiten zu bestimmen. Anhaltspunkte ergeben sich aus einem Schreiben des Staatsrats-Präsidenten vom 12. Dezember 1932 an den Vorsitzenden der Zentrumspartei, Prälat Kaas. Darin bezog sich Adenauer auf die ihm übermittelten Auskünfte aus der Sitzung des geschäftsführenden Parteivorstandes vom 8. Dezember in Berlin, an der er nicht teilgenommen hatte. Nach seinem Schreiben bestanden zwei Richtungen in der Parteiführung: Die eine („hemmende") wollte die Frage einer Regierungsbildung in Preußen mit den Nationalsozialisten mit der „Frage des Eintritts der Nationalsozialisten in die Reichsregierung" verknüpfen. Die andere Gruppe, zu der Lauscher gehörte, wollte in Preußen „baldmöglichst" eine Regierung unter Einschluß der NSDAP als der stärksten Fraktion bilden, jedoch unter der Voraussetzung, daß daraufhin der Reichskommissar zurückgezogen werde. Diese Richtung konnte sich nicht durchsetzen, nachdem Reichskanzler v. Schleicher erklärt hatte, im Falle einer Wahl Görings zum Ministerpräsidenten würde er den Reichskommissar nicht zurückziehen.

Adenauer seinerseits plädierte, um „so bald wie möglich Ordnung in das Chaos" zu bringen und die de facto-Ausschaltung des Staatsrats und Landtags rückgängig zu machen, für eine Regierungsbildung unter Einschluß der NSDAP, „die die Zurückziehung des Reichskommissars zur Folge hätte". Das Reich müsse „alles Interesse" an geordneten Verhältnissen in Preußen haben. Auch würden spätere Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über ihre Beteiligung an der Reichsregierung nicht „geschädigt, vielleicht eher gefördert werden". Der Staatsrats-Präsident schloß mit dem Satz: „Auch erscheint es mir richtig, daß die Nationalsozialisten zuerst in Preußen als der weniger gefährlichen Stelle zeigen, ob sie wirklich in der Lage sind, so hohe Ämter zu versehen."

[30] Fritz Grass, M. d. L. seit 1925, Fraktionsgeschäftsführer. Grass war an den Koalitionsverhandlungen mit der NSADP im Sommer 1932 führend beteiligt gewesen.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gung der Atmosphäre in Preußen, deren Unerträglichkeit er ja selbst anerkannt habe, mitwirken. Er (der Redner) habe auch Herrn Prälaten Kaas gebeten, den vaterländischen Gesichtspunkt bei der kommenden Wahlagitation nicht außer acht zu lassen, und er müsse anerkennen, daß diese Anregung bei Herrn Kaas durchaus Verständnis gefunden hätte[31].

Herr Kerrl führte aus, auch er habe die Hoffnung gehabt, ohne diese Verordnung zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen, dies um so mehr, da er doch annehme, daß auch nach der Wahl bei beiden Parteien die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit, wie sie sich bei den früheren Verhandlungen ergeben habe, weiterbestehen werde.

Herr Dr. Adenauer erwiderte, er löse sich durchaus von jeder Parteirücksicht[32] los und folge nur seiner eigenen Überzeugung, aber der letzten Bemerkung des Vorredners gegenüber müsse er doch feststellen, daß ohne Landtagswahl die spätere Zusammenarbeit der beiden Fraktionen vielleicht einfacher zu erreichen gewesen wäre. Wesentlich ändern werde sich nach seiner Ansicht bei der Neuwahl nichts[33]. Die jetzt schon vorhandene Mehrheit beider Fraktionen werde bleiben, also wäre es auch wohl möglich gewesen, sich jetzt auf einen der Reichsregierung genehmen Kandidaten zu einigen.

Herr Nobis führte aus, daß die Sachlage sich im Grunde auf die Frage zuspitze, welchem Satz man den Vorzug gebe, dem Satze: salus rei publicae suprema lex oder dem Satze: fiat iustitia pereat mundus. Es sei wohl kein Zweifel, daß der erstere Satz eine große Staatsweisheit in sich schließe und der letztere Satz am Ende zu unsinnigen Ergebnissen führe. Er legte dann im einzelnen nochmals dar, welche Auswirkungen die durch das Urteil vom 25. Oktober herbeigeführte Teilung der Staatsgewalt in Preußen herbeigeführt habe, und betonte, daß der Staatsgerichtshof noch in seiner Entscheidung vom 25. Juli 1932[34] eine solche Teilung als im besonderen Maße geeignet bezeichnet habe, Verwirrungen in das Staatsleben zu tragen, was sich als nur zu wahr erwiesen habe. Es sei gewiß mit einer neuen Klage der Hoheitsregierung zu rechnen[35]. Man müsse schon jetzt sich im Klaren sein, daß dabei der Frage der Vollstreckung eines etwaigen obsiegenden Urteils unter Umständen der Gesichtspunkt der salus publica erneut in den Vordergrund treten könnte.

Herr von Papen appellierte nochmals an Herrn Präsidenten Adenauer, das Ver-

[31] Am Nachmittag des 2. Februar hatte Prälat Kaas in einer Sitzung der (alten) Reichstagsfraktion des Zentrums in Berlin über eine Unterredung mit Papen berichtet, in der es um die Ausschaltung des Zentrums bei der Regierungsbildung gegangen sei, über deren Gründe Papen eine Auskunft verweigert habe. Aus dem Protokoll der Fraktionssitzung (Fotokopie im Besitz des Bearbeiters) geht nicht hervor, ob Kaas mit Papen auch über den bevorstehenden Wahlkampf gesprochen hat – was an sich nahelag. An der erwähnten Sitzung vom 2. Februar hatte auch Adenauer teilgenommen, der sich gegen jede „einseitige Machtentwicklung" aussprach und eine „starke Mitte" als „Staatsnotwendigkeit" bezeichnete; vgl. auch Morsey, Zentrumspartei, S. 344 und die Dokumentation „Hitlers Verhandlungen mit der Zentrumsführung am 31. Januar 1933", in dieser Zeitschrift 9, 1961, S. 181ff.

[32] Im Protokoll – wohl von Nobis – handschriftlich berichtigt aus: „Parteitätigkeit."

[33] Die Ergebnisse der preußischen Landtagswahl vom 5. März lauteten (in Klammern die Mandatszahlen der vorhergegangenen Wahl) für die fünf großen Parteien: NSDAP 211 (162), SPD 80 (93), Zentrum 68 (67), KPD 63 (57), Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 43 (31).

[34] Am 25. Juli hatte der Staatsgerichtshof in der Streitsache Preußen-Reich Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung abgelehnt. Vgl. Schulthess, Europäischer Geschichtskalender 1933, S. 125f.

[35] Sie erging bereits am 7. Februar; vgl. Schulthess, Geschichtskalender 1933, S. 40; Horkenbach, Das Deutsche Reich 1933, S. 45, wo kurz der Inhalt der Klage referiert wird. Dazu Arnold Brecht, Vorspiel zum Schweigen. Wien 1948, S. 121.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gangene vergangen sein zu lassen. Er glaube selbst, für diese Haltung ein gutes Beispiel gegeben zu haben insofern, als alle Auseinandersetzungen, die zwischen Herrn Adolf Hitler und ihm früher stattgefunden hätten, vergessen seien[36] und sich beide an einen Tisch gesetzt hätten, um ihre Kräfte dem Wohle des Reiches zu widmen[37].

Was die Neuwahlen bringen werden und ob dann, wie Herr Adenauer annehme, mit einer baldigen Wahl eines Ministerpräsidenten zu rechnen sei, wisse niemand. In jedem Falle sei aber heute ein großer Erfolg errungen worden, als durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom heutigen Tage die Einheitlichkeit der Staatsgewalt in Preußen wiederhergestellt sei und die unerträgliche Situation, die sich aus der Aufteilung der Staatsgewalt ergeben habe, ihr Ende gefunden habe.

Herr Adenauer erwiderte, daß er durchaus bemüht sei, zur Eintracht beizutragen, aber es für seine Pflicht erachten müsse, auf das Bedenkliche der neuen Verordnung hinzuweisen.

Herr Adenauer gab dann folgende Erklärung ab[38]:

Der Artikel 17 der Reichsverfassung[39] gewährleistet, wie durch das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober 1932 nochmals ausdrücklich erklärt worden ist, die Eigenstaatlichkeit der Länder. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 6. Februar 1933 widerspricht diesem Artikel und den vom Staatsgerichtshof in dem angeführten Urteil daraus gezogenen Folgerungen. Ich bin daher nicht in der Lage anzuerkennen, daß der Herr Reichskommissar von Papen das nach Artikel 14 der Preußischen Verfassung dem Ministerpräsidenten zustehende Recht auszuüben befugt ist. Ich lehne es daher ab, an der Abstimmung teilzunehmen, und verweise in sachlicher Hinsicht auf meine Erklärung vom 4. Februar 1933[40].

Die beiden anderen Herren nahmen von dieser Erklärung Kenntnis und beschlossen: Gemäß Artikel 14 der Preußischen Verfassung wird der Preußische Landtag mit Wirkung vom 4. März 1933 aufgelöst.

Schluß der Besprechung: 6 Uhr Nachm.[41]. [eigh.] Nobis

---

[36] In unrealistischer Einschätzung der Situation schrieb die in München erscheinende „Katholische Korrespondenz" Nr. 16 am 7. Februar 1933: „In Preußen ist Herr von Papen Meister, nicht Hitler. Beide haben sich noch in letzter Zeit derartige Derbheiten gesagt, daß man an ein plötzliches Herzensbündnis nicht ohne weiteres glauben kann."

[37] Im Protokoll ist die ursprüngliche Fortsetzung dieses Satzes handschriftlich gestrichen: „und sich für eine Auflösung des Landtags auszusprechen."

[38] Abgedruckt bei Schulthess, Geschichtskalender 1933, S. 40.

[39] Art. 17 Abs. 1: „Jedes Land muß eine freistaatliche Verfassung haben. Die Volksvertretung muß in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung..."

[40] Vgl. Anm. 14. Adenauer hatte seine Haltung damit begründet, daß durch Auflösung und Neuwahl des Landtags die Wahl eines Ministerpräsidenten nicht beschleunigt, sondern verzögert und eventuell erschwert werde. Vgl. Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 441; Horkenbach, Das Deutsche Reich 1933, S. 41. Nach der Abgabe seiner Erklärung verließ Adenauer das Sitzungszimmer.

[41] Auf der bereits erwähnten Sitzung des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei am 7. Februar in Köln (vgl. Anm. 27) nahm auch Adenauer das Wort und berichtete über den Verlauf der Sitzung des „Dreimännerkollegiums" vom Vortage. Nach der „Kölnischen Volkszeitung" Nr. 39 vom 8. Februar führte Adenauer – der eingangs auf die „Nichtöffentlichkeit" der Berliner Sitzung und die dadurch gebotene Diskretion hingewiesen hatte, aus: „Bei der *zweiten Besprechung des Dreimännerkollegiums* habe er nach der Notverordnung des Reichspräsidenten, welche der preußischen Hoheitsregierung die letzten Rechte genommen habe, zum Ausdruck gebracht, daß der Vizekanzler von Papen nicht zu Recht in dem Kollegium sitze

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das als rechts- und verfassungswidrig empfundene Vorgehen Papens veranlaßte umgehend den preußischen Ministerpräsidenten Braun – zum letztenmal – zu einer gerichtlichen Klage[42]. Der Präsident des Staatsrats schloß sich dieser Klage gegen den Reichskommissar jedoch nicht an. Er wollte – wie aus einem Schreiben Adenauers vom 7. Februar an Brecht hervorgeht – eine Besprechung der Angelegenheit im Plenum des Staatsrats vermeiden und betrachtete seine Aufführung als „Mitkläger" in sachlicher Hinsicht als „gleichgültig", da die eigentliche Entscheidung in der „Hauptklage" des Staatsministeriums gegen die Reichsregierung fallen mußte. Der Kölner Politiker konnte für seine Haltung noch einen weiteren Grund anführen, den er Brecht allerdings nicht mitteilte[43]: eine sachlich begründete Antipathie gegen das Ministerium Braun, das sich in seiner gesamten Amtszeit dem Preußischen Staatsrat gegenüber höchst „unfreundlich" verhalten habe.

Das hinderte den Kölner Oberbürgermeister aber nicht daran, sich zwei Wochen später, am 23. Februar, dem offiziellen Einspruch des Staatsrats gegen die Präsidialverordnung vom 6. Februar anzuschließen. Es kam indes nicht mehr zu einer Behandlung dieser verschiedenen Klagen durch den Staatsgerichtshof. Der am 5. März neugewählte Landtag mit seiner NSDAP-Mehrheit „billigte" am 23. März – am Tage der Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag – die „Absetzung der sogenannten preußischen Hoheitsregierung". Die Statistenrolle der „resignierenden

---

und daß er (Adenauer) an der Abstimmung sich daher nicht beteiligen könne. Das sei etwas anderes, als was der amtliche Rundfunk verbreitet, der gemeldet habe, daß er sich der Abstimmung enthalten hätte. Die Erklärung, daß er sich an der Abstimmung nicht beteiligen würde, weil Herr von Papen zu Unrecht anwesend sei, habe auf das Kollegium sichtlich peinlich gewirkt.

Die Verhandlungen hätten zwei Stunden gedauert, er habe versucht, mit allem Nachdruck seiner Überzeugung Geltung zu verschaffen. Adenauer fuhr dann unter allgemeiner Bewegung fort: ‚Ich bin auf das tiefste erschüttert, seelisch bewegt, über die unheilvollen, katastrophalen Anschauungen in gewissen maßgebenden Kreisen in bezug auf das, was Recht und Verfassung ist.' (Stürmisches Hört, hört!)

Die *treibenden Kräfte* seien nicht die Nationalsozialisten, sondern die *Deutschnationalen*. Die Deutschnationalen rechneten so: In diesem Landtag ist eine Regierungsbildung ohne sie möglich. Sie rechnen mit einem neuen Landtag, in welchem eine Zweiparteienmehrheit nicht mehr vorhanden ist und daß daher ohne sie keineswegs eine Regierung in Preußen zustande kommen kann.

Die Auflösung des Landtages, schlußfolgerte Präsident Dr. Adenauer, sei aus rein parteipolitischen Erwägungen erfolgt; er bedauere nicht nur diesen verfassungswidrigen Weg, sondern auch, daß Artikel 14 der preußischen Verfassung zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht worden sei."

Nach einem allgemeinen Überblick über die politische Lage kam Adenauer – nach dem weiteren Bericht der „Kölnischen Volkszeitung" – abschließend noch einmal auf die Berliner Sitzung vom 6. Februar zu sprechen: „Warnend rief Adenauer aus: Diejenigen, die jetzt von der Rechten her am Rechtsgedanken rütteln, begehen die schwerste Sünde, die ein Mensch oder eine Partei an der Seele des Volkes begehen kann, das habe er den Männern im Dreimännerkollegium auch vorgehalten. Ich habe gesagt: ‚Gewiß ist salus publica suprema lex, noch richtiger und wichtiger aber: Iustitia est fundamentum rei publicae!' (Stürmischer Beifall!)."

[42] S. Anm. 35.

[43] Das ergibt sich aus einer persönlichen Aufzeichnung vom 8. Februar.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Altminister"[44] war damit endgültig beendet[45]. Sie konnten von Glück sagen, wenn sie nicht sofort oder später dem Terror der NS-Schergen zum Opfer fielen. Göring herrschte inzwischen in Preußen. Die Methoden, mit denen er seine Ziele durchsetzte, schreckten; sie erreichten unmittelbar nach dem Reichstagsbrand einen ersten Höhepunkt.

Der noch amtierende Präsident des Staatsrats wandte sich deswegen am 1. März an Vizekanzler von Papen und beschwor ihn eindringlich, sich dafür einzusetzen, daß die Wahl am 5. März reibungslos vonstatten gehe. Adenauer gab der „großen Besorgnis" Ausdruck, die in den „weitesten Kreisen, nicht nur hier in Köln, sondern insbesondere auch in ländlichen Bezirken" darüber herrsche, daß die Wahlen sowohl am 5. als auch am 12. März (Kommunalwahlen in Preußen) „nicht absolut frei" vonstatten gehen würden. Wörtlich hieß es dann: „Ich glaube, Sie würden sich, sehr verehrter Herr Kanzler, ein außerordentlich großes Verdienst nicht nur vor der deutschen, sondern auch vor der gesamten Öffentlichkeit erwerben, wenn Sie sich dafür einsetzen würden, daß zur Sicherung der Wahlfreiheit nur uniformierte Polizei herangezogen werden darf und daß in den Wahllokalen selbst nur der Wahlvorstand und die ihre Stimme abgebenden Wähler sich aufhalten dürfen. Nach mir gegebenen Schilderungen wird, wie ich glaube, die Heranziehung der Hilfspolizei, namentlich wenn diese in der Uniform ihrer Organisationen auftritt, als eine Beeinträchtigung der Wahlfreiheit allgemein empfunden werden."

Dieses Schreiben, das sich unmißverständlich gegen Görings schlagkräftige und schießfreudige SA-Hilfspolizei wandte und ohne Antwort blieb, war die letzte politische „Amtshandlung" des Staatsrats-Präsidenten. Er wurde wenige Tage später bei der großen „Säuberung" als einer der ersten aus seinen Ämtern entfernt. Der Adressat seines Schreibens, Vizekanzler von Papen, hingegen betrachtete das Zweite Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 7. April 1933 als die „Krönung" des von ihm als Reichskanzler am 20. Juli 1932 eingeleiteten „Schrittes ...zur Beseitung des Dualismus zwischen Reich und Preußen[46]". Papen erhielt auch postwendend von Hitler die Bestätigung, daß er sich als Reichskommissar ein „großes Verdienst für die Durchsetzung des Gedankens der Gleichschaltung der Politik in Reich und Ländern" erworben habe und daß sein, Hitlers, Verhältnis zu ihm ein „so herzlich freundschaftliches" sei, daß er sich „aufrichtig freue über die große Hilfe", die ihm nunmehr durch Papens Mitarbeit im Reichskabinett zuteil werde[47]. Görings Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten am 11. April bedeutete den Schlußpunkt der „siegreichen Durchführung der nationalen Revolution"[48] in Preußen.

Rudolf Morsey

[44] So Bracher, in: Die Machtergreifung, S. 57.

[45] Bereits am 9. Februar hatte Goebbels notiert (Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, S. 259): „Der Landtag ist aufgelöst worden. Braun wurde dabei endgültig abgesetzt. Gespaßt wird jetzt nicht mehr."

[46] Schreiben vom 7. 4. 1933 an Hitler, abgedruckt im Amtlichen Handbuch für den preußischen Landtag von 1933, S. 480f.

[47] Vgl. a.a.O., S. 481 (Hitler an Hindenburg).

[48] Telegr. Hitlers an Göring; a.a.O., S. 482; Horkenbach, Das Deutsche Reich 1933, S. 171.

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Forschungsbericht

LOTHAR GRUCHMANN

DAS FORSCHUNGSVORHABEN „DIE JUSTIZ IM DRITTEN REICH"

Immer wieder im Laufe der letzten Jahre ist die deutsche Justiz während des nationalsozialistischen Regimes in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Dabei sind über die Justiz jener Epoche mehr oder weniger Allgemeinurteile gefällt worden, die erkennen lassen, daß es noch weithin an einem ausreichenden Sachwissen über Struktur, Funktion und Probleme der Justiz unter der nationalsozialistischen Diktatur fehlt.

Es wird daher von Interesse sein, daß es dem Institut für Zeitgeschichte in München gelungen ist, eine Reihe von Fachjuristen für ein gemeinsames Forschungsvorhaben über „Die Justiz im Dritten Reich" zu gewinnen. Die Arbeiten haben inzwischen begonnen. Sie sollen zu einer historischen und rechtssystematischen Untersuchung der gesamten Wirkungsweise der Rechtsprechung im damaligen Deutschland gelangen. Das wissenschaftliche Unternehmen wird vom ehemaligen Präsidenten des Bundesgerichtshofes Dr. Hermann Weinkauff geleitet und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziell unterstützt. Dem Projekt steht ein beratendes Gremium zur Seite, dem der bisherige Staatssekretär im Bundesjustizministerium Dr. Walter Strauß (Bonn), Prof. Dr. Erich Kaufmann (Heidelberg) und Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Berlin) angehören. Das Ergebnis der Untersuchung soll in der vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Reihe „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte" veröffentlicht werden. Da es sich hier um ein wissenschaftlich-historisches Unternehmen handelt, liegt seine Aufgabe nicht primär darin, das Verhalten einzelner in der Justiz handelnder Personen zu untersuchen, zu beurteilen oder gar zu verurteilen. Die einzelnen handelnden Personen sind vielmehr nur insofern interessant, als sie die typische Lage der Justiz im Dritten Reich und dabei mögliche Alternativen des Verhaltens charakterisieren. Das vordringliche Ziel der Untersuchung ist es, die Justiz als Institution, ihre innere Organisation, die ihr im Dritten Reich zugedachte Aufgabe und das daraus sich ergebende problematische Verhältnis zu den Rechtsvorstellungen und Handlungen der nationalsozialistischen Machthaber darzustellen. Wenn der Schwerpunkt der Forschungsarbeit auf dem Sachlich-Institutionellen liegt, so ist das auch schon dadurch bedingt, daß ihr Personalakten fast nicht zugänglich sind. Freilich wird es notwendig sein, um zu einem historischen Gesamtverständnis zu kommen, wenigstens den persönlichen Ausschlag von Leuten in führender Position in der Justiz im Dritten Reich zu schildern, etwa des Reichsjustizministers Gürtner, seines Nachfolgers Thierack, die Rolle Hans Franks, Freislers und anderer.

Ausgangspunkt der ganzen Untersuchung ist das Problem, inwieweit die überkommene äußere Organisation der Justiz, insbesondere die Stellung des Richters im Volksganzen und die Tradition der juristischen Ausbildung den deutschen Juristen

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen den Einbruch des Nationalsozialismus zu wappnen vermochten oder nicht. Hier werden vor allem die einseitige Ausrichtung auf den Rechtspositivismus zu bedenken und ihre Folgen zu untersuchen sein. Letztere lagen bekanntlich vor allem darin, daß Gesetz und Recht weithin gleichgestellt wurden und sich dadurch der Blick trübte für die Tatsache, daß Unrecht auch im Gewande des vom Staat gesetzten Rechts auftreten kann. Eng damit hängt zusammen, daß z. B. ein naturrechtlich begründetes Widerstandsrecht dem Denken der positivistisch ausgerichteten deutschen Juristen völlig fremd war. Die Erforschung der tatsächlichen Wirksamkeit der Gerichte im Dritten Reich wird allerdings auch zu berücksichtigen haben, daß dieses rechtspositivistische Denken nicht nur verhängnisvolle, sondern durchaus ambivalente Folgen hatte: zwar half es auf der einen Seite, Unrecht in gesetzliche Formen zu kleiden, andererseits bildete es aber doch auch einen Damm gegen gesetzloses Unrecht. Insofern vermochte das Wirken der Justiz tatsächlich oft Schlimmeres zu verhüten. Der Rechtspositivismus war – anders ausgedrückt – vielfach das einzige, hinter dem sich der Widerstand der Justiz gegen nationalsozialistisches Unrecht zeitweise erfolgreich verschanzen konnte. Dabei kam ihr zu Hilfe, daß auch die nationalsozialistischen Machthaber nicht lediglich durch Willkürakte unter Nichtbeachtung erlassener Normen regieren konnten, da eine moderne Staats-, Sozial- und Wirtschaftsordnung eines gewissen Maßes von Berechenbarkeit und Voraussehbarkeit staatlichen Handelns bedarf, wenn sie nicht in Anarchie versinken soll. Solange sich das normale bürgerliche Leben im Bereich des Wirtschaftlichen und Sozialen im Einklang mit vorhandenen oder neu erlassenen Rechtsnormen abspielte, gelang es auch wiederum den Machthabern, weiten Bevölkerungskreisen die Gefahr zu verbergen, die aus der Suspendierung des Rechts gegenüber sogenannten Staatsfeinden erwachsen konnte. Die Justiz jedenfalls geriet dadurch in die Situation, daß ihr Wirkungsbereich nicht verfassungsmäßig garantiert, sondern nur innerhalb wechselnder und willkürlich festgelegter Grenzen zugelassen war, – ohne daß auch in diesem Bereich dem Recht nach dem Willen der Machthaber eine andere Aufgabe zukommen sollte als die einer rein technischen Ordnungsfunktion.

Die geplante Untersuchung wird im einzelnen die verschiedenen Mittel und Wege darzustellen haben, durch die der Nationalsozialismus auf die deutsche Justiz einwirkte. Diese Einwirkung erfolgte einmal durch die Aufstellung allgemeiner Leitgedanken zu Recht und Gericht – wie etwa dem Gedanken vom „gesunden Volksempfinden" –, die der Richter der Auslegung der Gesetze und seinen Entscheidungen zugrunde legen sollte. Sie geschah ferner durch Einflußnahme der Publizistik und anderer, nicht zur Justiz gehörender Staats- und Parteistellen auf die Rechtsprechung, bis hin zu zahlreichen direkten Eingriffen Hitlers. Auch die Justizverwaltung selbst wirkte auf Drängen von Parteiseite her auf die Arbeit der Gerichte ein. Die in den ersten Jahren nach der Machtergreifung durchgeführte „Verreichlichung" der Justiz, d. h. die Überleitung der Justizhoheit von den einzelnen deutschen Ländern auf das Reich, erleichterte ihr dabei ein zentrales Vorgehen. Ein wichtiger Gegenstand der Untersuchung in diesem Bereich sind die zahlreichen Änderungen der Gerichtsverfassung, die die Unabhängigkeit des Richters beseitigten und

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch Personal- und Versetzungspolitik eine Lenkung der Justiz ermöglichten. Gerade bei der Ernennung und Beförderung der Richter und Justizbeamten waren die Parteiorgane, wie der Stellvertreter des Führers (später die Parteikanzlei unter Bormann) und die Gauleiter maßgebend eingeschaltet. Wichtig wurden ferner die Änderungen der Verfahrensordnungen – etwa die Einführung des außerordentlichen Einspruchs und der Nichtigkeitsbeschwerde – die eine Aufhebung rechtskräftiger Urteile zuließen. Die Behandlung von Einrichtungen wie der „Vorschau" und „Nachschau", d. h. der Vorbesprechung wichtiger Entscheidungen durch den zuständigen Vorsitzenden des erkennenden Gerichts mit seinen Dienstvorgesetzten und der entsprechenden Berichterstattung nach dem Urteilsspruch, wird dabei zeigen, wie wenig Spielraum dem einzelnen Richter in diesen Fällen praktisch für seine Entscheidung gelassen wurde und wieweit die richterliche Entscheidungsfreiheit durch verwaltungsmäßigen Eingriff eingeengt wurde. Alle diese Maßnahmen wiederum müssen im Licht der Tatsache betrachtet werden, daß sie der von der Gestapo geübten sogenannten „Korrektur von ungenügenden Justizurteilen durch polizeiliche Sonderbehandlung" vorbeugen sollten, d. h. der Verhaftung von Freigesprochenen oder von Verurteilten nach Verbüßung ihrer Haftstrafe zum Zwecke der Unterbringung in einem Konzentrationslager. Für die Beurteilung der Justiz ist nämlich gerade die Tatsache von zentraler Bedeutung, daß das nationalsozialistische Regime neben der Justiz den Behördenapparat der Geheimen Staatspolizei aufgebaut hatte, der ohne das Vorliegen gesetzlich festgelegter Voraussetzungen in Leben, Freiheit und Eigentum des Bürgers eingreifen konnte, – und zwar durch Handlungen, die jeglicher Nachprüfung durch ordentliche oder Verwaltungsgerichte entzogen waren. Die Existenz dieses außerhalb der Justiz wirkenden Verfolgungsinstruments, das zu politischen Gegnern erklärte Staatsbürger durch seine eigenen Methoden unschädlich machte, erklärt manches auf hohe Freiheitsstrafen erkennendes Gerichtsurteil: Richter haben verschiedentlich Angeklagte, auf denen das Auge der Gestapo ruhte, in die der Justiz unterstehenden Strafanstalten geschickt, um sie vor dem sonst unvermeidlichen Schicksal einer Konzentrationslagerhaft zu retten, die oft genug dem Vollzug der Todesstrafe gleichkam.

Eine wesentliche Einwirkung auf die Justiz erfolgte auf dem Wege über die Gesetzgebung durch die Einführung neuen Rechts nationalsozialistischer Prägung, das teilweise – wie z. B. bei der Judengesetzgebung – schlechthin Unrechtscharakter aufwies. Eine Übersicht über die Änderung des materiellen Rechts in der Zeit von 1933 bis 1945 auf den Gebieten des Verfassungsrechts, des Verwaltungs- und Beamtenrechts, des bürgerlichen Rechts und des Strafrechts soll diesen Sektor der Einwirkung beleuchten. Der Übersicht soll eine Auswahl charakteristischer Urteile aus allen diesen Rechtsgebieten gegenübergestellt werden, die die verschiedenartige Reaktion der Rechtsprechung auf das neue Recht und die genannten Lenkungsmaßnahmen, auch die eigenen Methoden zeigt, deren sie sich gelegentlich bediente, um den nationalsozialistischen Forderungen auszuweichen. Dazu gehörte z. B. die Praktik, auf Grund echter richterlicher Überzeugung gefällte Urteile – die

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Machthabern zwangsläufig als zu milde erscheinen mußten – in nationalsozialistische Phrasen und Scheingründe zu kleiden. Die Untersuchung soll zugleich allgemein etwas über die Haltung der Justiz gegenüber den Einwirkungen des Nationalsozialismus aussagen. Es ist zu hoffen, daß diese Arbeit daher zur Klärung der bisher meist mit allgemeinen Werturteilen begegneten Frage der Bewährung oder des Versagens des Richterstandes im Dritten Reich durch die Feststellung beizutragen vermag, welche objektiven Chancen dem nicht-nationalsozialistischen Richter geblieben waren, seiner wahren Überzeugung von Recht und Gerechtigkeit durch seine Entscheidungen Ausdruck zu verleihen.

Neben der gesonderten Behandlung der Wehrmachtjustiz wird ein eigener Abschnitt der Forschungsarbeit der Organisation und Rechtsprechung des Volksgerichtshofes und dem von ihm anzuwendenden materiellen Recht gewidmet sein. Die Entwicklung dieses Gerichtshofes zu einem Terrorinstrument, das jede vom Nationalsozialismus abweichende Gesinnung ausrotten sollte, wird an Hand bestimmter Erscheinungen nachzuweisen sein: etwa an der überdehnten Auslegung der Hochverratsbestimmungen oder der unbegrenzten Anwendung des Wehrkraftzersetzungs-Paragraphen, die jede oppositionelle Äußerung – auch wenn sie in privatem Kreise getan wurde – als todeswürdiges Verbrechen ahndete. Ein weiterer Beitrag wird sich mit dem Verhalten der politischen Leitung der Justiz, d. h. der führenden Männer im Reichsjustizministerium, gegenüber den Forderungen Hitlers, der Partei und der SS befassen. Hier soll beleuchtet werden, wieweit so unterschiedliche Charaktere wie Gürtner, Schlegelberger oder Thierack den Bestrebungen der justizfeindlichen Kräfte Widerstand leisteten, ihnen nachgaben oder sie förderten. Wie standen diese an der Spitze der Justiz stehenden Männer zu den beiden Haupttendenzen der Machthaber, einmal die Justiz zu einem gefügigen Werkzeug zu machen, ihr zum anderen Zuständigkeiten auf Gebieten mit politischem Einschlag – wie z. B. im Bereich der Strafverfolgung – überhaupt zu entziehen und diese Kompetenzen der mit der SS verschmolzenen Polizei und Gestapo zu übergeben? Wieweit gaben sie hier der einen Tendenz unter Bruch rechtsstaatlicher Prinzipien und Traditionen auf dem Wege zum Unrecht nach, nur um der anderen Tendenz zu wehren und eine Sache in der Zuständigkeit der Justiz zu halten und vor weiterem Abgleiten in den reinen Willkür- und Polizeistaat zu bewahren? Wieweit aber waren diese Rückzugsgefechte, dieses Verteidigen von Zuständigkeiten und Positionen unter Nachgeben in der Sache nicht mehr Kampf um das Recht, als vielmehr Handeln, um „Schlimmeres zu verhüten", oder gar bloßer Ressortegoismus? Auch auf diese Fragen eine Antwort zu finden, hat sich das Forschungsvorhaben zum Ziel gesetzt.

An Quellenmaterial stehen dem Forschungsprojekt neben gedrucktem Material aus der nationalsozialistischen Zeit, das juristische und rechtspolitische Monographien, amtliche Veröffentlichungen und Fachzeitschriften umfaßt, vor allem die Dokumente der Nürnberger Prozesse einschließlich des sogenannten Juristenprozesses zur Verfügung. Besonders wertvolle Unterstützung erfuhr das Vorhaben seitens des Bundesjustizministeriums, das die General- und Geheimaktenbestände des

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ehemaligen Preußischen und Reichsjustizministeriums – mit Ausnahme der Personalakten – für diesen Zweck zur wissenschaftlichen Auswertung freigab. Ferner sind im Archiv des Bundesjustizministeriums noch Urteile des Volksgerichtshofes und verschiedener Sondergerichte zugänglich. Das Document Center Berlin verwahrt die Handaktensammlung des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof, die Vorgänge aus etwa 15 000 Verfahren enthält, sowohl solcher, die vom Volksgerichtshof selbst abgeurteilt wurden, als auch solcher, die von der Reichsanwaltschaft eingestellt oder an die Generalstaatsanwälte abgegeben wurden. Im Document Center befinden sich außerdem Splitterbestände von Akten des Nationalsozialistischen Deutschen Rechtswahrerbundes und der Akademie für Deutsches Recht. Weiteres wertvolles Material steht dem Forschungsprojekt in den Beständen des Bundesarchivs in Koblenz zur Verfügung, darunter das erst im November 1960 auf dem Gelände des ehemaligen Volksgerichtshofes in Berlin gefundene Aktenmaterial. Unterlagen der früheren Kriegsgerichte werden in der Abteilung Zentralnachweisstelle des Bundesarchivs in Kornelimünster bei Aachen verwahrt. Die Bitte an die Justizministerien und Justizsenatoren der deutschen Bundesländer und an die Anwaltsorganisationen, das Vorhaben mit noch vorhandenem Aktenmaterial zu unterstützen, hat bisher nicht allzu großen Erfolg gehabt. Es ist beabsichtigt, die aus den schriftlichen Quellen erarbeiteten Ergebnisse durch Ermittlung und Befragung von Auskunftspersonen zu ergänzen und abzurunden, die über persönliche Erlebnisse und Erfahrungen in der nationalsozialistischen Justiz berichten können.

Das Forschungsvorhaben „Die Justiz im Dritten Reich" will helfen, eine Lücke in der zeitgeschichtlichen Erforschung des Nationalsozialismus zu schließen, der bisher vom Aspekt der Justiz her nur ungenügend durchleuchtet worden ist. Es will aus der Untersuchung der damaligen Entwicklung zugleich auch Lehren und Folgerungen ziehen und den Blick für die Vorgänge beim Einbruch des Unrechtsstaates in den Rechtsstaat schärfen, der durchaus weite Gebiete der Justiz zunächst unberührt und normal weiterfunktionieren lassen kann. Ziel des Forschungsvorhabens ist es nicht zuletzt, der Öffentlichkeit allgemein die Probleme einer geordneten Justiz nahezubringen und den Sinn für rechtsstaatliche Gedanken und Prinzipien zu wecken, um damit einer Wiederholung des Geschehenen vorzubeugen.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Walter Baum, Oldenburg (Oldb.), Sperlingsweg 5

Hermann Graml, Mitarbeiter des Instituts f. Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26

Dr. Lothar Gruchmann, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26

Dr. Rudolf Morsey, Mitarbeiter der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn, Schedestraße 9

Prof. Dr. Sigmund Neumann †, Wesleyan University, Middletown, Connecticut, USA

Dr. Conrad Roediger, Vortragender Legationsrat a. D., Bundesverfassungsrichter a. D., Honorar-Professor an der Universität Tübingen, Tübingen, Achalmstraße 29

Dr. Hans-Ulrich Wehler, wissenschaftlicher Assistent am Amerika-Institut der Universität Köln, Köln-Lindenthal, Albertus-Magnus-Platz

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen:

INTERNATIONALE TAGUNG ZUM EUROPÄISCHEN WIDERSTAND

Großbritanniens Verhältnis zur europäischen Résistance während des Zweiten Weltkrieges ist vom 9. bis 16. Dezember 1962 auf einer Arbeitstagung im Oxforder St. Antony's College diskutiert worden, zu der Mr. F. W. Deakin, der Warden des College, neben den britischen Repräsentanten Vertreter derjenigen vom nationalsozialistischen Deutschland besetzten Länder des Kontinents geladen hatte, die in den Jahren 1939–45 durch ihre Widerstandsgruppen nicht nur flüchtige Kontakte, sondern längere und festere Beziehungen zu London unterhalten haben: also Vertreter der Tschechoslowakei, Polens, Dänemarks, Norwegens, Hollands, Belgiens und Frankreichs, Jugoslawiens, Albaniens, Griechenlands und Italiens; dazu Beobachter aus der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland. Technisch ist so verfahren worden, daß jedes Land gesondert behandelt wurde, wobei jeweils Sprecher der britischen Seite und des Landes selbst zu Wort kamen. So ist, um nur einige Beispiele zu nennen, das Verhältnis Großbritannien–Frankreich von M. R. D. Foot (britischer Referent) und von M. Michel und M. Baudot (französische Referenten) dargestellt worden; das britisch-dänische Verhältnis von General Sir Colin Gubbins und J. Haestrup; das britisch-polnische Verhältnis von H. T. Willetts und Graf E. Raczynski bzw. General Kopanski; das britisch-jugoslawische Verhältnis von F. W. Deakin und J. Marjanovic; und das britisch-griechische Verhältnis von C. M. Woodhouse und C. Piromaglou.

Die bei manchen früheren Gelegenheiten gemachten Erfahrungen, daß die Geschichte der einzelnen europäischen Widerstandsbewegungen und damit die Geschichte ihrer Beziehungen zu den drei Großmächten der Koalition gegen Hitler – zu Großbritannien, den USA und der Sowjetunion – noch immer von Emotionen belastet ist und nicht selten lediglich Argumente für die heutigen politischen Auseinandersetzungen liefern muß, solche Erfahrungen hatten den Veranstalter und Gastgeber, Mr. Deakin, zu diesem Versuch bewogen, die mit dem Thema verknüpfte Problematik einmal möglichst unberührt von äußeren Einflüssen und in einem wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht werdenden Geiste ruhiger Sachlichkeit zu untersuchen. Man wird wohl sagen dürfen, daß der Versuch gelungen ist. Die Atmosphäre eines Oxforder College, die unaufdringlich zu wissenschaftlicher Objektivität mahnt und gleichzeitig zu ungezwungenem Meinungsaustausch anregt, bot ideale Voraussetzungen. Nicht zuletzt sorgten die Mitglieder des College, die schon an jener Atmosphäre keinen geringen Anteil hatten, dafür, daß diese Voraussetzungen gut genutzt wurden. Schließlich kam der Tagung zugute, daß als Referenten und Diskussionsteilnehmer sowohl Historiker wie damals aktiv handelnde Politiker und Militärs auftraten; die auf allgemeinere Züge gerichtete historische Darstellung erhielt durch die Ergänzung mit den Erfahrungen der in den Ereignissen selbst Engagierten Farbe und Leben, während das notwendig subjektive persönliche Zeugnis von der objektivierenden Historie in den größeren Zusammenhang gerückt wurde.

Die vielleicht wichtigste Leistung des Kongresses bestand in dem Beweis der gewiß schon oft zuvor aufgestellten Behauptung, daß es sich bei der europäischen Résistance nicht so sehr um einen Faktor der militärischen, als vielmehr um eine Erscheinung der politischen Geschichte des Zweiten Weltkriegs handelt. Nach den Vorträgen und Diskussionen konnte zwar kein Zweifel mehr bestehen, daß die einzelnen Widerstandsbewegungen nicht nur im Osten (z. B. in Jugoslawien), sondern auch in Westeuropa

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine gewisse militärische Rolle gespielt haben, etwa zur Unterstützung der Invasion in Frankreich; aber noch klarer ist geworden, daß ihre politische Bedeutung die militärische Funktion weit übertraf. Von Deutschland überrannte Staaten mit gesunder innerer Ordnung konservierten in der Résistance gleichsam die politische Substanz; etwas zugespitzt könnte man sogar sagen, daß in ihr die politische Struktur und das Staatsgefühl der zunächst geschlagenen Völker überlebten. In solchen Staaten, etwa in Norwegen und Holland, konnte daher der politische Organismus 1945 wieder zu arbeiten beginnen, als habe er nur vorübergehend in tiefer Narkose gelegen. In Ländern hingegen, deren politische und gesellschaftliche Konstitution schon vor dem Kriege ungefestigt gewesen war, wie in Jugoslawien oder Griechenland, bis zu gewissen Graden auch in Italien, zerstörte der deutsche Eingriff eine mehr äußerliche Ordnung und machte dadurch den Weg frei für eine Revolutionierung der inneren Verhältnisse; und diese Revolution wurde von und in der Résistance ausgefochten, in die sich auch hier das politische Leben der Nation zurückgezogen hatte. Die Widerstandsbewegungen dieser Staaten sind so zum Ort von Auseinandersetzungen geworden, die bereits weitgehend über die Gestaltung der innenpolitischen Verhältnisse nach dem Kriege entschieden.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Entwicklung der Résistance den Zweig des britischen Kriegsapparates, der die Verbindung zu den Widerstandsbewegungen zu halten hatte, also SOE (Special Operations Executive), vor Probleme stellte, die im ursprünglichen Konzept dieser Organisation nicht vorgesehen waren. Wenn SOE die Résistance anfänglich nur im Rahmen militärischer Vorstellungen begreifen und ihre Funktionen vor allem in der Erfüllung nachrichtendienstlicher Aufgaben, in der Durchführung von Sabotageakten und schließlich in der Organisierung einer bei der Rückkehr alliierter Truppen auf das Festland aktiv werdenden „schlafenden" Armee erkennen wollte, so war das angesichts der militärischen und politischen Situation der Jahre 1940 und 1941 zwar verständlich, erwies sich aber bald als ungenügend. Da es die Organisation mit politischen Gruppen und nicht einfach mit militärischen Einheiten zu tun hatte, mußten ihre Vertreter, ohne die militärischen Notwendigkeiten zu vergessen, allmählich auch politische Aufgaben wahrnehmen und politische Entscheidungen treffen. War SOE an sich schon ein recht unorthodoxes Instrument britischer Kriegführung, so hatte sie sich außerdem noch zu einem nicht weniger unorthodoxen Instrument britischer Außenpolitik zu entwickeln. Daß sich diese Erweiterung des Konzepts und der Kompetenzen nicht ohne Konflikte mit den Repräsentanten orthodoxer Kriegführung und Politik vollziehen konnte, wie es auch die Referate der Tagung zeigten, versteht sich im Grunde von selbst. Auch daß die manchmal schroff vor die Wahl zwischen politischer Einsicht und militärischer Notwendigkeit gestellte Organisation in einem solchen Zwiespalt nicht immer fehlerlos operierte, nimmt angesichts des chronischen Schwankens der Westmächte zwischen der Verfolgung politischer Ziele und der Unterwerfung unter militärische Erfordernisse nicht wunder. Davon abgesehen, hat aber SOE, dies ist wohl die zweite wichtige Erkenntnis des Kongresses, die (1940) vorübergehend abgerissene Verbindung zwischen Großbritannien und dem Kontinent wiederhergestellt und so das Tor zur Rückkehr Englands in die festländische Politik offengehalten; es mußte nicht erst gewaltsam aufgebrochen werden. *Hermann Graml*

Jahrgang 11 (1963), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte